



- Hirtenbrief des Papstes
- deutsches Engagement in Afghanistan
- Autobahnkirchen in Deutschland
- Haupttagung der GKMD
- Bundeskanzler Kohl und die Bundeswehr (II)

EDITORIAL	3
SEITE DES BUNDESVORSITZENDEN	4
SICHERHEIT UND FRIEDENSETHIK	
Katholische Kirche gründet „Zentrum für ethische Bildung in den Streitkräften“ <i>von Paul A. Schulz</i>	5
Zwischen Politik und Völkerrecht <i>von Dr. Klaus Achmann</i>	8
Regierungserklärung der Kanzlerin: Angela Merkel nimmt historische Herausforderung an <i>von Klaus Liebetanz</i>	10
Das Kundus Syndrom <i>von Bertram Bastian</i>	12
Neue Deutsche Strategie für Afghanistan <i>von Klaus Liebetanz</i>	13
Zur Proliferationsproblematik <i>von Werner Bös</i>	15
GESELLSCHAFT NAH UND FERN	
Neues Selbstbewusstsein russisch-orthodoxer Kirche – ein Jahr Patriarch Kyrill I. <i>von Oliver Hinz/KNA</i>	23
Endlich! Leben und Überleben Salzburger Hochschulwochen 2010 <i>von Bertram Bastian</i>	24
Autobahnkirchen in Deutschland <i>von Bertram Bastian</i>	25
BILD DES SOLDATEN	
Eine starke Gemeinschaft <i>von Georg-Peter Schneeberger</i>	27
Willst Du den Frieden fördern, so bewahre die Schöpfung <i>von Karl-Heinz Lather</i>	28
RELIGION UND GESELLSCHAFT	
Was ich in den letzten drei Monaten gelernt habe <i>von Pater Klaus Mertes SJ</i>	32
Hirtenbrief des Papstes Benedikt XVI an die Katholiken in Irland	33
Vatikanische Statistik deutet für die Weltkirche Gewichtsverschiebung an <i>KNA</i>	38
Gemeinschaft Katholischer Männer Deutschlands: Mann und Macht – was man(n) damit macht <i>von Paul A. Schulz</i>	39
Probleme der Bioethik <i>von Reinhold Gradl</i>	43

BLICK IN DIE GESCHICHTE	
50 Jahre Bundeswehr: Helmut Kohl (II. Teil): Der sechste Bundeskanzler und die Bundeswehr <i>von Dieter Kilian</i>	44
Am Ursprung der Christenheit – 100 Jahre Dormitio Kirche in Jerusalem <i>von Gabi Fröhlich/KNA</i>	56
1.100 Jahre Abteigründung Cluny – religiöses Zentrum des Mittelalters <i>von Christoph Strack/KNA und Paul A. Schulz</i>	57
KIRCHE UNTER SOLDATEN	
PERSONALIA	
Tragischer Verlust der polnischen Militärseelsorge	62
Kurzporträt Hanna-Renate Laurien	62
Josef Rommerskirchen	62
Neuer belgischer Militärbischof Andre-Josef Leonard	62
Neuer Wehrbeauftragter des Bundestages Hellmut Königshaus	62
AUS BEREICHEN, STANDORTEN UND GKS	
BEREICH SÜD	
DAK I/2010	64
BEREICH WEST	
DAK I/2010	65
MILITÄRPFARRAMT BONN	
Familienwochenende in Lennestadt	65
KURZ BERICHTET:	9, 22, 23, 26, 31, 42, 61, 63
BUCHBESPRECHUNGEN	66
IMPRESSUM	68

**Redaktionsschluss für
AUFTRAG 279
Freitag, 25. Juni 2010**

UNSER TITELBILD: Hinweisschild an der Autobahn Koblenz-Ludwigshafen (A 61) auf die Autobahnkirche in Waldlaubersheim (siehe Artikel Seite 25)

editorial:



Liebe Leserschaft,

auf dem Titelbild sieht man den Hinweis, wo es zur Autobahnkirche bei der Abfahrt 47 auf der A 61 von Koblenz nach Ludwigshafen in der Ortschaft Waldlaubersheim geht. Man könnte es auch interpretieren, dass die Kirche abseits des pulsierenden Lebens steht und nicht nur abseits der Autobahn. Zurzeit ist unsere Mutter Kirche anscheinend in der Krise. Nur anscheinend? Nun, es war ein Mann der Kirche, der die Aufarbeitung der zurückliegenden Missbrauchsfälle einschließlich der Misshandlungen eingeleitet hat. Der Leiter des Canisius-Collegs in Berlin Pater Klaus Mertes SJ, dessen Erklärung vor dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken Sie in diesem Heft lesen können, brachte den Stein ins Rollen, nicht die Justizministerin, die als Beirätin der Humanistischen Union sich die Chance nicht entgehen ließ, in der Öffentlichkeit gegen die Kirche zu agitieren. In der Humanistischen Union, die sich gegen die Kriminalisierung von Pädophilen und Sexualstraftätern stark macht, wurde im Jahr 2000 eine Erklärung, dass durch die Verpolizeilichung der Gesellschaft im Bereich der Sexualstraftaten eine mediale und öffentliche „Erzeugung moralischer Panik“ betrieben werde, verhindert. Die Ministerin, unterstützt durch die Parteivorsitzende und die Fraktionsvorsitzende einer im Bundestag vertretenen Partei kriminalisierte zuerst die gesamte katholische Kirche und

schürte so die „moralische Panik“. Eine sachliche Diskussion erscheint unmöglich, wie auch die Vorgänge um unseren Militärbischof zeigen. Wer schon einmal ehrenamtlich in einer Kirchenverwaltung tätig war, der weiß um die Probleme, wenn Seelsorger sich als Manager eines Kindergartens oder gar einer Waisenhausstiftung bewähren müssen. Trotzdem müssen die Vorfälle unaufgeregt aufgeklärt werden.

Jeder Vorfall ist ein Vorfall zuviel, keine Frage! Aber jeder Vorfall bedingt auch eine Einzelbetrachtung (auch eine einzeln zu erfolgende Täterbetrachtung) und keine pauschalisierte Vorverurteilung ganzer Institutionen. Schuldige müssen zur Rechenschaft gezogen werden, dabei sind die Opfer unserer besonderen Sorgfalt anvertraut. Diese dürfen nicht instrumentalisiert werden, um alte Grabenkämpfe aufleben zu lassen, sondern die Opfer brauchen Hilfe, um ihre Situation bewältigen zu können, damit sie das traumatisierende Erlebnis des Missbrauchs verarbeiten können. Dies muss der Mittelpunkt des Bestrebens sein, um die Diskussion um diese abscheulichen Vorfälle so zu führen, dass eine Aufarbeitung zweckmäßig ist, im Sinne der Opfer.

Wenn man dann davon liest, dass sich Kirchenaustritte signifikant erhöhen, dann stellt sich die Frage: Wenn man erwartet, dass die Kirche in schwierigsten persönlichen Situationen hilfreich zur Seite steht, warum sind diese Leute dann in schwierigen Situationen der Kirche nicht an ihrer Seite? Die Antwort könnte sein: Damit die Kirche in Zukunft stärker ist! Dann würde sich die Krise als reinigendes und stärkendes Feuer erweisen, durch welches die Institution gestählt würde!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, liebe Leserschaft, angeregte Lektüre in unserem neuen Heft,

Dr. J. Janssen

Kirche in der Krise – Auftrag für die Gemeinschaft

Die katholische Kirche steckt in der Krise, daran besteht kein Zweifel. Die sprunghaft angestiegene Anzahl der Kirchaustritte scheint dies zu bestätigen. Feinsinnig wird von manchem unterschieden, dass es eine Krise der Kirche sei, keine Krise des Glaubens. Ich halte diese Unterscheidung für so nicht zulässig. Auch wenn der Anlass in der Kirche begründet liegt, so gehören Glaube und Kirche doch zusammen, denn Glaube kann nur in der Gemeinschaft wirklich gelebt werden. Und diese Gemeinschaft ist eben zuerst die Kirche. Aber auch unsere Gemeinschaft Katholischer Soldaten hat hier ihren Platz, denn die Laienorganisationen tragen die Kirche als Ganzes mit. Was aber ist in diesem Zusammenhang die genaue Aufgabe der Gemeinschaft Katholischer Soldaten?

Der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick, in der Deutschen Bischofskonferenz zuständig für die Männerseelsorge, hat in einem Interview gefordert, dass in der aktuellen Diskussion um Missbrauch der Missbrauch von Macht in jeder Form zu einem Dauerthema werden muss (dazu der Artikel über die Haupttagung der Gemeinschaft Katholischer Männer Deutschlands, GKMD, in dieser Ausgabe). Soldaten sind in Ausübung ihrer spezifischen Aufgaben zur Machtausübung befugt und damit potenziell zum Machtmissbrauch befähigt. Macht darf nie zügellos und ohne Kontrolle ausgeübt werden und Soldaten sind unter den widrigen Bedingungen im Einsatz oft gefordert, eigenverantwortlich zu entscheiden, welche konkrete Handlung von ihnen gefordert ist und

welche unzulässig bleibt. Die Kontrollinstanz für die eigene Macht ist damit für den Soldaten im Einsatz regelmäßig das eigene Gewissen. Wie wichtig diese Funktion ist, haben die jüngsten Ereignisse eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Zur Entwicklung dieser eigenen Kontrollinstanz einen Beitrag zu leisten, haben wir uns auf die Fahne geschrieben. Und ist es für den Einzelnen auch nur ein Beitrag, für den Orientierung Suchenden jedoch vielleicht ein wichtiger. Dieser Aufgabe werden wir uns weiter stellen.

Mit diesem Beispiel möchte ich den Nachweis erbringen, dass wir als Gemeinschaft Katholischer Soldaten gebraucht werden. Wir werden gebraucht in der Kirche, genauso wie die Kirche in der Gesellschaft gebraucht wird – gerade heute.

Der katholischen Kirche den Rücken zu kehren ist daher aus meiner Sicht keine Lösung, die noch zu erfüllenden Aufgaben machen es schlicht nicht verantwortbar. So werden wir uns weiter bemühen, unseren bescheidenen, aber spezifischen Beitrag zur Identität der katholischen Kirche zu leisten.

In Abwandlung einer bekannten Losung möchte ich sagen: „und in dem wir diese Aufgabe recht erfüllen, tragen wir wahrhaft zur Entwicklung in der Kirche bei“.

*Rüdiger Attermeyer
Bundesvorsitzender*



Katholische Kirche gründet „Zentrum für ethische Bildung in den Streitkräften“ (zebis)



VON PAUL A. SCHULZ

In einem „Zentrum für ethische Bildung in den Streitkräften“ (zebis) – angesiedelt am Hamburger Institut für Theologie und Frieden (ithf) – sollen Militärseelsorger für ihre Aufgabe, einen Beitrag zur ethischen Bildung der Soldaten im Rahmen des Lebenskundlichen Unterrichts zu leisten, fortgebildet werden. Darüber hinaus soll das Zentrum Bundeswehr-Angehörigen, die in Führungsverantwortung stehen, berufs- und friedensethische Qualifikationen anbieten.

Das seit dem 1. März 2010 von der Sozialethikerin Dr. Veronika Bock (47) geleitete Zentrum wurde am 12. April vom Katholischen Militärbischof Dr. Walter Mixa im Haus der kirchlichen Dienste des Erzbistums Hamburg feierlich eröffnet. Unter den Vertretern aus Politik, Bundeswehr und Kirche befanden sich u.a. der ehemalige Generalinspekteur General a.D. Wolfgang Schneiderhan, der Kommandeur der Führungsakademie Generalmajor Robert Bergmann und der Kommandeur des Zentrums Innere Führung Brigadegeneral Alois Bach. Das Erzbistum Hamburg vertrat Weihbischof Norbert Werbs. Die Eröffnungsveranstaltung, die vom Bläserensemble Elbe-Brass musikalisch begleitet wurde, moderierte der Direktor des ithf Dr. Heinz-Gerhard Justenhoven.

Mit der zebis-Gründung reagiert die katholische Kirche in Deutschland u.a. auf zwei von ihr bemängelte Feststellungen:

- Das „Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“ macht keine wesentlichen Ausführungen zu ethischen Fragen des Soldatenberufes. Erst gegen Ende des 170-seitigen Weißbuchs ist die Rede von ethischen Konfliktsituationen.¹ Im

Vordergrund der Aussagen stehen Ausrüstung und Schlagkraft der Truppe, die wachsenden Anforderungen durch Auslandseinsätze sowie mögliche Einsätze im Inland.

- Die katholischen Bischöfe in Deutschland hatten bereits Ende 2005 die wachsende Bedeutung der „Inneren Führung“ bei der Bundeswehr betont und vor deren Infragestellung oder Nivellierung gewarnt.²

richtung in den Streitkräften“, welches die kirchliche Seite zur Verfügung stelle. Dies sei ein „nachhaltiger Beitrag zur Verbesserung der ethischen Bildung“. Wichtige Einrichtungen der Bundeswehr wie Universitäten, die Führungsakademie Hamburg und das Zentrum Innere Führung Koblenz wollen mit zebis kooperieren. Das Evangelische Kirchenamt für die Bundeswehr ist zur Mitwirkung eingeladen.



Festakt zur Eröffnung des Zentrums für ethische Bildung in den Streitkräften. In der ersten Reihe v.r.: Brigadegeneral Alois Bach (Kdr ZInFü Koblenz), General a.D. Wolfgang Schneiderhan (ehem. Generalinspekteur), Dr. Heinz-Gerhard Justenhoven (Direktor ithf), Weihbischof Norbert Werbs (Erzbistum Hamburg), Militärbischof Dr. Walter Mixa.

Die Bundeswehr begrüßt in einer Äußerung des STAL Füs I, Brigadegeneral Reinhard Kloss, das zebis als „hochrangige Ausbildungsein-

historische Bildung. Die Intensivierung der ethisch-moralischen und interkulturellen Bildung trägt dazu bei, die Handlungsfähigkeit von Soldatinnen und Soldaten in ethischen Konfliktsituationen und in einem durch kulturelle Unterschiede geprägten Einsatzgebiet zu stärken.

- 2 vgl. Die deutschen Bischöfe, Soldaten als Diener des Friedens. Erklärung zur Stellung und Aufgabe der Bundeswehr vom 29.11.2005, herausgegeben vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 2005.

In seinem Grußwort wies Bischof Werbs auf Johannes den Täufer hin, der auf die Frage von Soldaten, „Was sollen wir tun?“, antwortete: „Tut niemandem Gewalt an, erpresst niemanden und begnügt euch mit eurem Solde“ (Lk 3,14). Dies zeige, so der Bischof, dass der militärische Dienst neben einer ethischen auch eine theologische Dimension habe und der Soldat sich letztlich Gott gegenüber zu verantworten habe.

Der Kommandeur der Führungsakademie, Generalmajor Robert Bergmann, merkte an, verantwortliches Handeln entspreche den Grundsät-

¹ Weißbuch 2006, Kap. 7.5, S. 164:

„Vor allem Offiziere und Unteroffiziere erhalten eine umfassende politische und

zen der Inneren Führung und dem Bild des Soldaten in der Demokratie. Deshalb werde an den Bildungseinrichtungen der Streitkräfte ethische Kompetenz vermittelt. Hierbei gehe es nicht um die Stärkung der Moral der Truppe, betonte der General, son-

dern um die moralische Willensbildung bei allen Soldaten, besonders aber der Führer. Diese hätten neben den allgemeinen Tugenden besonders ihre moralische Urteilsfähigkeit zu schulen, um die Voraussetzungen und Wirkungen eigenen Handelns unter

Zeitdruck und in Krisensituationen richtig bewerten zu können.

Nachstehend das Redemanuskript des Katholischen Militärbischof zur Eröffnung sowie die Äußerungen der Leiterin zur Konzeption des zebis:

Militärbischof Dr. Walter Mixa anlässlich des Festaktes zur Eröffnung des Zentrums für ethische Bildung in den Streitkräften (zebis)

Am 1. März dieses Jahres habe ich das Zentrum für ethische Bildung in den Streitkräften (zebis) hier am renommierten Institut für Theologie und Frieden in Hamburg gegründet. Mit der Einrichtung des Zentrums für ethische Bildung in den Streitkräften will ich die ethische Reflexion und Orientierung in den Streitkräften stärken und ausbauen. Zugleich soll damit Zeugnis von einer Friedensethik abgelegt werden, die dem Ernst der anstehenden Fragen dieser Zeit gerecht wird.

Die Militärseelsorgerinnen und Militärseelsorger leisten dazu einen wertvollen Beitrag. Die neue Zentrale Dienstvorschrift 10/4 „Selbstverantwortlich leben – Verantwortung für andere übernehmen können“ überträgt ihnen (den Seelsorgern/-innen) mit der Durchführung des Lebenskundlichen Unterrichts eine wichtige Aufgabe.

Die unterschiedlichen Fortbildungsformate und -Inhalte des zebis werden die Militärseelsorgerinnen und Militärseelsorger dabei unterstützen, damit sie ihren Beitrag zur berufsethischen Bildung des Soldaten und der Soldatin noch qualifizierter leisten können. Das Fortbildungsangebot des zebis zu individualethischen Fragen sowie aktuellen friedensethischen und sicherheitspolitischen Themen richtet sich darüber hinaus auch an weitere Angehörige in der Bundeswehr – zumal an solche in Führungsverantwortung.

Im zebis sollen zunächst die Kompetenzen all derjenigen gebündelt werden, die an den unterschiedlichen Orten in der Bundeswehr in der ethischen Bildung tätig sind. Dazu zählen natürlich auch die qualifizierten externen Fachkräfte in den Erwachsenenbildungseinrichtungen der Kirchen und Akademien.

Das Zentrum für ethische Bildung in den Streitkräften soll ein Ort für die maßgeblichen Debatten hinsichtlich der ethischen Aspekte des soldatischen Dienstes werden, die dann wiederum in Gesellschaft, Politik und in die Kirchen hineinwirken.

Besondere Bedeutung hat das zebis gerade im Blick auf die wachsenden Belastungen deutscher Soldaten und Soldatinnen bei Auslandseinsätzen. Sie müssen Entscheidungen treffen, die über das Wohl und Wehe anderer, oft aber auch über das eigene Schicksal bestimmen.

- Welche Tragweite ihre Entscheidungen haben können, mussten und müssen wir immer wieder neu erfahren?
- Welche Möglichkeiten bleiben den Soldaten, die eigene Urteils- und Handlungsfähigkeit zu bewahren – gerade in Situationen, in denen notwendige Entscheidungen unter Zeitdruck, bei Ungewissheit über mögliche Folgen und oftmals unter Bedingungen der Fremd- und Selbstgefährdung getroffen werden müssen?
- Welches moralische Selbstverständnis trägt in derartigen Situationen?
- Wann und wie darf und muss ich mich selbst und die mir zum Schutz Anvertrauten verteidigen?

All das sind im Einzelfall sehr schwer zu treffende Entscheidungen.

Charakteristisch für solche Konfliktsituationen ist die Konkurrenz unterschiedlicher Werte und Pflichten, die verschiedene Handlungsmöglichkeiten erlauben und immer ein Abwägen der jeweiligen Folgen beinhalten. Hier geht es um Ermessensfragen, in denen die eigene verantwortliche, d.h. die auf Recht und moralische Urteils-

kompetenz gründende Entscheidung gefordert ist.

Ethische Bildung ist dabei immer mehr als ein rein kognitiver Vorgang. Sie ist zugleich Wissensbildung und verbunden mit der Entwicklung lebenspraktisch wirksamer Werthaltungen. In unseren alltäglichen Entscheidungssituationen sehen wir uns in aller Regel nicht mit der einfachen Unterscheidung von Schwarz und Weiß, sondern mit einem Spektrum von Grautönen konfrontiert, an dem sich die moralische Unterscheidungsfähigkeit erst zu erweisen hat. Diese Unübersichtlichkeit vieler ethischer Entscheidungssituationen hat mit der anwachsenden Komplexität unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit zu tun. Dies zeigt sich in besonderer Weise im Umgang mit militärischen Gewaltmitteln. Die Auswirkungen von militärischen Entscheidungen sind oft gravierend und nicht selten irreversibel. Der hohe sittliche Ernst militärischer Entscheidungen ist daher deutlich hervorzuheben. Verstärkend kommt hinzu, dass militärische Kampfsituationen unter einem erheblichen, nicht zuletzt zeitlichen Druck erfolgen. Will man Gewaltdynamiken und die mit ihnen verbundenen Folgen minimieren, sind entsprechende Haltungen und Handlungen vorher einzuüben.

Das Konzept der Inneren Führung, das wir deutschen Bischöfe zuletzt in unserer Erklärung „Soldaten als Diener des Friedens“ (2005) noch einmal ausdrücklich befürwortet haben, versucht dies seit Jahrzehnten mit beachtlichem Erfolg. Es zeichnet die Kultur der Inneren Führung aus, dass sie bemüht ist, einen Freiheitsspielraum zu schaffen, in dem eine Auseinandersetzung mit friedensethischen Themen möglich wird. Sie tut dies mittels einer

auf ethische Bildung und Einübung beruhenden Stärkung von Haltungen, die dem sittlichen Ernst der Anwendung von militärischer Gewalt angemessen sind.

Allerdings haben wir deutschen Bischöfe wiederholt mit Sorge festgestellt, dass das Konzept der Inneren Führung von verschiedenen Seiten her unter Druck gerät. Insbesondere die zunehmende Bedeutung der Auslandseinsätze, die damit verbundenen Anforderungen an die Interoperabilität in multinationalen Einsätzen oder Verbänden bringen die Gefahr einer Nivellierung des Konzepts der Inneren Führung mit sich.¹ Die Einbin-

1 vgl. Die deutschen Bischöfe, a.a.O. S. 10-12.

dung deutscher Truppen in multinationalen Strukturen bei Auslandseinsätzen führt darüber hinaus zur Konfrontation mit fremden Führungskulturen, die zum Teil auch durch andersgeartete Wertestandards geprägt sind.

Soldaten und Soldatinnen begegnen überdies im Rahmen ihres Auslandseinsatzes nicht selten Lebensverhältnissen, die dem eigenen Verständnis eines menschenwürdigen Lebens zutiefst widersprechen – etwa die Konfrontation mit Not, Elend, Diskriminierung und Gewalt gegenüber hilflosen Menschen.

Mit Blick auf die Komplexität dieser Fragestellungen freue ich mich, mit Frau Dr. Bock eine aus-

gewiesene Sozialethikerin mit langjähriger Erfahrung in Forschung und Lehre als Leiterin für dieses Institut gewonnen zu haben. Für Ihre verantwortungsvolle Aufgabe wünsche ich Ihnen, liebe Frau Dr. Bock, und Ihrem Mitarbeiter alles Gute und erbitte Gottes Segen.

Der Gedanke ein Zentrum für ethische Bildung in den Streitkräften zu gründen, wurde im ökumenischen Gespräch geboren und ausformuliert. Daher hoffe ich, dass die Arbeit an diesem Zentrum in ökumenischer Offenheit zur ethischen Bildung in den Streitkräften beiträgt und für die Kirche unter den Soldaten ökumenische Impulse setzt

Dr. Veronika Bock zur Konzeption von zebis

... ich danke Ihnen, Herr Bischof Mixa, dass Sie mir diese verantwortungsvolle und wichtige Aufgabe der Leitung des Zentrums für ethische Bildung in den Streitkräften übertragen haben. Und ich freue mich mit meiner Familie nach Hamburg zurück- und heimgekehrt zu sein.

Ich denke sehr gerne an meine Zeit an der Helmut-Schmidt-Universität als wissenschaftliche Mitarbeiterin am sozialetischen Lehrstuhl von Herrn Professor Hoppe zurück. Die Auseinandersetzung dort mit Themen der Allgemeinen Ethik, mit friedensethischen und sicherheitspolitischen Fragen und aktuellen Menschenrechtsthemen bilden den Hintergrund für meine geplanten Schwerpunktsetzungen im zebis. Und sie lässt mich eine Position innerhalb der theologischen Friedensethik vertreten, wie sie im Schreiben der Deutschen Bischöfe „Gerechter Friede“ aus dem Jahr 2000 ihren Ausdruck findet.

Ich möchte Fragen der Allgemeinen Ethik und Moraltheologie verbinden mit Themen der Angewandten Ethik, noch genauer: der Politischen Ethik und der Friedensethik – wie die Frage nach der interkulturellen Gültigkeit von Moralprinzipien wie der Menschenwürde; so beispielsweise die Frage nach der Universalität von Menschenrechten, oder die Frage:

- Was hat es mit dem Phänomen Gewissen überhaupt auf sich?

- Wie bildet sich das Gewissen heraus?
- Gibt es Menschen ohne Gewissen?
- Wie frei ist der Mensch wirklich in seinen Entscheidungen?
- Die Frage nach Verantwortung und Schuld.

Ich werde diese Fragen konkretisieren vor dem Hintergrund der ethischen Herausforderungen, mit denen sich die Bundeswehr, die einzelne Soldatin, der einzelne Soldat in Auslandseinsätzen gegenwärtig konfrontiert sieht.

So wurde ich in einem Interview zum zebis gefragt: „Wie greifen Sie in ihren Seminaren den Gegensatz auf, dass sich die Bundeswehr an gewisse ethische Maßstäbe und Regeln halten soll, bzw. hält, die Aufständischen in den Einsatzgebieten dies aber nicht tun? Wie geht das zebis mit solch einem Dilemma um, wenn der Gegner sich nicht an minimale ethische Vorgaben hält?“

Neben der Frage der interkulturellen Geltung von Menschenrechten möchte ich das Phänomen der Posttraumatischen Belastungsstörung zu einem Schwerpunkt der Seminare in diesem Jahr machen. Posttraumatic stress disorder (PTSD) – ein Begriff der psychische Reaktionen auf Extrembelastungen wie Auslandseinsätze zu fassen sucht.

Hier spielen nicht nur Faktoren wie die Konfrontation mit unauslöschbaren Erlebnissen und Bildern eine zentrale Rolle – der US-amerikani-



Militärbischof Mixa überreicht Dr. Veronika Bock, die Ernennungsurkunde zur Leiterin zebis und betont, dass er sich mit Blick auf die Komplexität der von ihm aufgezeigten Fragestellungen freue, mit Frau Dr. Bock eine ausgewiesene Sozialethikerin mit langjähriger Erfahrung in Forschung und Lehre als Leiterin für dieses Institut gewonnen zu haben. „Für Ihre verantwortungsvolle Aufgabe wünsche ich Ihnen und Ihrem Mitarbeiter alles Gute und erbitte Gottes Segen.“

sche Psychoanalytiker Robert Jay Lifton spricht vom „death imprint“, vom „Todesstempel“ –, sondern auch moralische und sozialetische Aspekte, wie Schuldgefühle der Betroffenen, die Einordnung des Erlebten in ein (möglichst) sinnhaftes Ganzes und die Akzeptanz oder eben Nicht-Akzeptanz, auf die der Einzelne in der Gesellschaft und Öffentlichkeit stößt.

Seit sechs Wochen arbeite ich als Direktorin des zebis im Institut für Theologie und Frieden – und ich kann sagen: Ich fühle mich dort sehr wohl und gut aufgehoben. Ich finde es spannend, an welchen Themen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Institut arbeiten: an der Fortentwicklung des humanitären Völkerrechts, also an Fragen des *ius in bello*. So fand am vergangenen Samstag eine Tagung zur Zulässigkeit des Targeted Killing, des gezielten Tötens, statt.

Weitere Forschungsschwerpunkte sind die *responsibility to protect*, deren Bedeutung der Papst in seiner UNO-Rede hervorgehoben hat, Gewalt und Islam, Cicero und das *bellum iustum* oder das dunkle Kapitel der Kindersoldaten.

Konzeptionell sehe ich das zebis als didaktische Verlängerung und Übersetzung dieser Forschungsarbeit in Akademieformate. Akademieformate unterschiedlichen Zuschnitts – Podiumsdiskussionen oder ein- bis dreitägigen Seminare – hier in Hamburg, aber auch in anderen Städten.

Oder Formen des E-Learning, also der Aufbau einer Internetplattform, auf der – zielgruppenspezifisch – Unterrichtsmaterialien zur Förderung der ethischen Kompetenz in den Streitkräften zur Verfügung gestellt werden.

Die erste Zielgruppe der Qualifizierungsangebote wurde von meinen Vorrednern schon genannt: die Militärseelsorgerinnen und Militärseelsorger. Darüber hinaus will das zebis die Qualifizierung von Lehrkräften außerhalb der Bundeswehr zur Durchführung des lebenskundlichen Unterrichts weiter fördern und ausbauen.

Über den unmittelbaren Kontext des lebenskundlichen Unterrichts hinaus will das zebis Seminarangebote zur Qualifizierung von Angehörigen der Streitkräfte in Führungs-

verantwortung entwickeln, die als Multiplikatoren für die Ethikvermittlung und die ethische Bildung eingesetzt werden.

Dies will und kann das zebis nicht allein stemmen, sondern in Kooperation mit den sozialetischen Lehrstühlen an den Universitäten der Bundeswehr, mit dem Bereich der sozialetischen Lehre und Forschung an der Führungsakademie der Bundeswehr, mit dem Zentrum für Innere Führung und dem Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr. Sie sehen allein an dieser – immer noch unvollständigen – Auflistung, wie viele Akteure der Ethikvermittlung und -bildung es in der Bundeswehr gibt. Und ich freue mich sehr, dass Vertreter all dieser Institutionen heute zu diesem Festakt, zur feierlichen Eröffnung des zebis gekommen sind – ein gutes Signal für die zukünftige Zusammenarbeit!

Sie, verehrter Herr Bischof, haben in Ihrem Grußwort bereits auf die ökumenische Offenheit des Zentrums verwiesen – auch dies ist mir neben den genannten Inhalten und Kooperationen ein Anliegen. ... □

Zwischen Politik und Völkerrecht

Die Probleme der deutschen Soldaten in Afghanistan mit ihren Politikern

VON KLAUS ACHMANN¹

Seit 2001 ist die Bundeswehr auf Wunsch der afghanischen Regierung als Teil der International Security Assistance Force (ISAF) in Afghanistan. Nach Angaben der Bundeswehr gab es dort bisher 43 tote Soldaten, davon sind 22 Soldaten durch Fremdeinwirkung (Gefechte, Anschläge, Minen usw.) gefallen, 146 Soldaten wurden verwundet. Zuletzt fielen am Karfreitag drei Soldaten, acht weitere wurden zum Teil schwer verwundet,

¹ Dr. jur. Klaus Achmann, Oberst a.D., 1998-2003 Vorsitzender des GKS-Sachausschusses „Sicherheit und Frieden“, 1999-2004 Vertreter der GKS in der Dt. Kommission „Justitia et Pax“, 2000-2007 Bundesgeschäftsführer der GKS.

knapp eine Woche später das Feuergefecht mit vier Toten und fünf Schwerverletzten. Gab es dafür vermeidbare Ursachen?

Die Nordregion Afghanistans, seit 2006 das Verantwortungsgebiet der Bundeswehr, war relativ ruhig, als der Einsatz begann. Die deutsche Politik war darüber erleichtert und sah nur die Notwendigkeit eines reinen Stabilisierungseinsatzes. Sie vergaß die Gärtnerpflicht, das überall aufkeimende Unkraut rechtzeitig zu jäten, also konsequent jede Tätigkeit der Taliban zu unterbinden – bis es zu spät war und schließlich Krieg herrschte. Die Selbsttäuschung, es handele sich nur um einen Stabilisierungseinsatz, war verur-

sacht durch Politiker, die unbequemen Fragen ausweichen wollten und durch Generäle, die es versäumten, die nötigen Forderungen zu stellen. Heute werden unsere Soldaten mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln der Taliban kaum noch Herr.

Am Karfreitag waren unsere Soldaten in heftige Kämpfe verwickelt. Sie hatten weder Kampfhubschrauber noch andere dringend benötigte schwere Waffen. Die Kampfflugzeuge, die über ihnen kreisten („show of force“), griffen nicht ein: Seit der Oberkommandierende der NATO-Streitkräfte in Afghanistan, der US-General Stanley McChrystal, den möglichst weitgehenden Schutz von Zivilpersonen an-

geordnet hat und seit sich Oberst Georg Klein wegen des Angriffs auf die Tanklastwagen in der Nähe von Kundus heftigsten Vorwürfen ausgesetzt sieht, wagt niemand mehr, einen Luftangriff zu befehlen, der das Leben von Zivilisten kosten könnte.

Dies ist politisch und auch ethisch-moralisch sinnvoll. Gleichwohl sollte die Rechtslage klar sein: Die NATO-Streitkräfte in Afghanistan handeln in einem nicht internationalen bewaffneten Konflikt im Sinne des humanitären Völkerrechts, sie sind legitimiert u.a. durch die Resolutionen 1386 (2001) und 1890 (2009) des VN-Sicherheitsrat und sie sind in Afghanistan auf Einladung der afghanischen Regierung. In dieser Situation ist es rechtlich nicht zu beanstanden, wenn nicht direkt am Kampf beteiligte Zivilpersonen bei einem Angriff auf militärische Ziele unbeabsichtigt getötet werden, sofern der Angriff der militärischen Notwendigkeit und der Verhältnismäßigkeit entspricht (§ 11 Abs. 1 Nr. 3 des deutschen Völkerstrafgesetzbuchs). Freilich wird die Mission der westlichen Truppen in einem solchen Fall in den Augen der einheimischen Bevölkerung in Frage gestellt. Da es in Afghanistan häufig kaum möglich ist, zwischen bewaffneten Kämpfern und unbeteiligten Zivilisten zu unterscheiden, steht der jeweils verantwortliche Soldat oft in einer äußerst schwierigen Entscheidungssituation. Politik und Öffentlichkeit in Deutschland haben bisher nicht den Eindruck vermittelt, diese komplexe Situation umfassend zu verstehen und vorurteilsfrei zu bewerten.

Bei dem von Oberst Klein befohlenen Angriff wurde eine ganze Reihe von Mängeln deutlich, die nicht von den Soldaten vor Ort zu verantworten sind. Es fehlte ein strategisches Aufklärungssystem, es fehlten Kampfhubschrauber, es fehlte eine Reserve an Kräften. Unabhängig von der Frage, ob Fehler begangen wurden, trugen diese Mängel dazu bei, dass es zu dem Angriff auf die Tanklastwagen kam. Erst jetzt begann in Deutschland die politische Debatte über Defizite bei Ausbildung und Ausrüstung der in Afghanistan eingesetzten Soldaten.

Nach dem Angriff auf die Tanklastwagen mit den vielen toten Taliban-Kämpfern und Zivilpersonen wurde in Deutschland über Monate hinweg dis-

kutiert, ob die Entscheidung von Oberst Klein nach deutschem Strafrecht oder nach Kriegsvölkerrecht zu beurteilen sei. Diese Ungewissheit ist für die Soldaten vor Ort – und besonders natürlich für Oberst Klein – in jeder Hinsicht unzumutbar. Allzu lange haben die Politiker die Augen vor der Notwendigkeit verschlossen, Klarheit zu schaffen.

Schon 2002 hatte Deutschland die Verantwortung für den Aufbau und die Ausbildung der neuen afghanischen Polizeikräfte übernommen, diese Mission jedoch durch Unterfinanzierung und personelle Unterbesetzung faktisch scheitern lassen. Nach langen Jahren hat die Bundesregierung jetzt endlich ein schlüssiges Afghanistan-Konzept beschlossen, das den nötigen Schwerpunkt auf den zivilen Aufbau, auf die Polizeiausbildung und auf die militärische Ausbildung legt. Wenn es gelingt, diese Ziele zu erreichen und Stabilität in Afghanistan herzustellen, werden auch die Voraussetzungen für einen Abzug der deutschen Truppen gegeben sein. Die Afghanistan-Konferenz in London am 28. Januar 2010 hat diese Zielsetzung bestätigt. Fachleute, darunter auch Soldaten wie zum Beispiel die Gemeinschaft Katholischer Soldaten, fordern schon seit 2004 ein solches Gesamtkonzept. Stattdessen wurde das Militär ständig unter Umständen eingesetzt, die weit hinter den möglichen stabilen und friedlichen Zuständen zurück blieben, die das Ziel aller Bemühungen waren.

Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Das Parlament hat mit dem Anspruch, über alle Auslandseinsätze zu entscheiden, auch die entsprechende Verantwortung übernommen. Aber das Hauptthema im Deutschen Bundestag ist seit Wochen nicht die Frage, wie der zivile und militärische Einsatz in Afghanistan erfolgreich und mit möglichst wenigen Verlusten an Menschen zu Ende geführt werden kann. Vielmehr wird detailliert untersucht, wer nach der so genannten Kundus-Affäre wem wann welche Informationen und Berichte weitergegeben hat. Ausrüstung und Ausbildung unserer Soldaten wurden nicht einmal nach den Mahnungen des Wehrbeauftragten in seinem letzten Bericht diskutiert, sie geraten nur gelegentlich in das Blickfeld, wenn es gerade wieder einmal Tote gegeben hat.

Zweifellos wurde in Afghanistan viel erreicht: Tausende von Schulen wurden errichtet, Millionen von Kindern – davon mehr als ein Drittel Mädchen – konnten den Unterricht besuchen. Ein großer Teil der Bevölkerung kann medizinisch versorgt werden. Infrastruktur wurde wieder hergestellt, eine rechtsstaatliche Verfassung verabschiedet, in vielen Bereichen wurde die Sicherheit verbessert. Dem stehen Probleme und Rückschläge gegenüber: Das Erstarken der Taliban, dadurch verursacht der Rückgang des Schulbesuches, die Manipulationen bei den Präsidentenwahlen, Korruption und Drogenanbau, die Macht der Warlords, die Verzögerungen bei der Ausbildung von Polizei und Militär und manches andere.

Die Diskussionen über den Abzug der westlichen Truppen sind einerseits nötig, um die Perspektive einer selbst tragenden Stabilität in Afghanistan als realistisches Ziel im Auge zu behalten, andernfalls gefährlich, weil es nicht zu einer Situation kommen darf, in der die Aufständischen damit rechnen können, ihre Ziele ohne Verhandlungen und Kompromisse durch schlichtes Zuwarten erreichen zu können. Daher muss der zivile Aufbau energisch vorangetrieben werden, die Ausbildung von Polizei und Militär muss intensiviert werden, aber die westlichen Streitkräfte müssen gleichzeitig so lange wie nötig in der Lage sein, ihren Auftrag zu erfüllen. Für das Bundeswehrkontingent in Afghanistan ist dies in die Diskussion geraten. □

Ermittlungsverfahren eingestellt

Die Bundesanwaltschaft hat nach einer Mitteilung vom 19. April das Ermittlungsverfahren gegen Oberst Georg Klein wegen des Luftangriffs bei Kundus eingestellt. Klein und sein Flugleitoffizier haben bei dem Bombardement am 4.9.2009 mit zahlreichen Toten und Verletzten weder gegen die Vorschriften des Völkerstrafgesetzbuches noch gegen die Bestimmungen des deutschen Strafgesetzbuches verstoßen.

Angela Merkel nimmt historische Herausforderung an

Regierungserklärung zu Afghanistan in Auszügen

In ihrem Vorwort zum Weißbuch „Zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ von 2006 fordert Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel „eine vorausschauende und nachhaltige, letztlich erfolgreiche Sicherheitspolitik, die zivile und militärische Instrumente auf einander abstimmen und zum Einsatz bringen muss.“ Damit war ihre Richtlinienkompetenz als Kanzlerin gefordert (vgl. AUFTRAG 264 vom Dez. 2006 „Eine historische Herausforderung für Angela Merkel“). Mit ihrer Regierungserklärung vom 22. April 2010 hat sie sich endgültig dieser historischen Herausforderung gestellt, wohl wissend, dass Afghanistan ein schwieriger Fall für eine „Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgephase“ ist. Im Folgenden werden wesentliche Aussagen ihrer Regierungserklärung zu Afghanistan wiedergegeben und am Schluss durch Klaus Liebetanz kommentiert. Die Zwischenüberschriften wurden von dem Kommentator eingefügt.

Die Bundeskanzlerin steht zu den gefallenen deutschen Soldaten

„Jeder einzelne gefallene Soldat verpflichtet deshalb uns alle, sorgsam mit seinem Andenken umzugehen. Unser Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel hat die drei Toten des Karfreitags zurück nach Deutschland begleitet. Unser Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg ist unmittelbar nach dem Gefecht der vergangenen Woche zurück nach Masar-i-Scharif geflogen. Ich bin vor zwei Wochen nach Selsingen zur Trauerfeier gefahren, und ich werde am Samstag gemeinsam mit dem Bundesaußenminister und dem Bundesverteidigungsminister in Ingolstadt sein. Wir alle haben das nicht allein als Regierungsmitglieder getan, wir tun es auch – wie viele andere aus diesem Hohen Hause – als Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Denn auch als Abgeordnete haben wir diesen Einsatz beschlossen und damit die Verantwortung dafür übernommen, was mit unseren Soldatinnen und Soldaten geschieht. Das, was unsere toten Soldaten für uns getan haben, hat im Mittelpunkt unseres öffentlichen Andenkens zu stehen.“

Deutschland führt Krieg in Afghanistan

„Am 10. Februar dieses Jahres hat Bundesaußenminister Guido Westerwelle für die Bundesregierung vor diesem Hohen Haus erklärt:

„Die Intensität der mit Waffengewalt ausgetragenen Auseinandersetzung mit Aufständischen und deren militärischer Organisation führt uns zu der Bewertung, die Einsatzsituation von ISAF auch im Norden Afghanistans als bewaffneten

Konflikt im Sinne des humanitären Völkerrechts zu qualifizieren.“ Das, meine Damen und Herren, ist das, was landläufig als kriegerische Handlung oder Krieg bezeichnet wird. Jedem Mitglied dieses Hauses, das sich ernsthaft mit dieser Frage beschäftigt hat – und das unterstelle ich jedem von uns –, war dies vor der Abstimmung über das aktuelle Mandat bewusst. Wir können von unseren Soldaten nicht Tapferkeit erwarten, wenn uns selbst der Mut fehlt, uns zu dem zu bekennen, was wir beschlossen haben.“

Merkel beruft sich auf Obama

„Anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises am 10. Dezember des letzten Jahres hat der amerikanische Präsident Barack Obama gesagt:

„Ja, die Mittel des Krieges spielen eine Rolle in der Erhaltung des Friedens. Und doch muss diese Wahrheit neben einer anderen bestehen, nämlich der, dass Kriege menschliche Tragödien bedeuten, wie gerechtfertigt sie auch immer sein mögen. Der Mut des Soldaten ist ruhmreich, ein Ausdruck der Aufopferung für sein Land, für die Sache und für seine Waffenbrüder. Doch der Krieg selbst ist niemals ruhmreich, und wir dürfen ihn niemals so nennen.““

Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt

„Dass afghanische Frauen heute mehr Rechte als früher haben, dass Mädchen zur Schule gehen dürfen, dass Straßen gebaut werden und dass vieles, vieles mehr geschafft wurde, ist das Ergebnis unseres Einsatzes in Af-

ghanistan. Das lohnt sich, und das ist mancher Mühe wert. Dadurch alleine könnte der Einsatz unserer Soldaten dort aber nicht gerechtfertigt werden. In so vielen anderen Ländern dieser Welt werden die Menschenrechte missachtet, werden Ausbildungswege verhindert, sind Lebensbedingungen katastrophal und trotzdem entsendet die internationale Gemeinschaft keine Truppen, um sich dort militärisch zu engagieren. Nein, in Afghanistan geht es noch um etwas anderes. Der berühmte Satz unseres früheren Verteidigungsministers Peter Struck bringt das für mich auf den Punkt. Er sagte vor Jahren: ‚Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt.‘ Bis heute hat niemand klarer, präziser und treffender ausdrücken können, worum es in Afghanistan geht. Bislang ist diesem Satz aber vielleicht noch nicht eine ausreichende Debatte darüber gefolgt, was genau es bedeutet, wenn wir sagen: Deutschlands Sicherheit wird auch am Hindukusch verteidigt.“

Auch Deutschland ist im Visier des internationalen Terrorismus

„Es wäre jedoch ein Trugschluss zu glauben, Deutschland wäre nicht im Visier des internationalen Terrorismus. Die Anschläge des 11. September haben uns ahnen lassen, was sich mittlerweile bestätigt hat: dass sich unter den Bedingungen der Globalisierung die Herausforderungen an unsere Sicherheitspolitik nach dem Ende des Kalten Krieges drastisch gewandelt haben. Es wird in Zukunft weit weniger als bisher um Konflikte zwischen Staaten gehen. Es sind die asymmetrischen Konflikte, die unsere

sicherheitspolitische Zukunft dominieren werden. Es sind Taliban und ihre Verbündeten in Afghanistan, die sich hinter Stammes- und Dorfstrukturen unerkannt verstecken und damit selbst hinter Frauen und Kindern, um dann mit militärischen Mitteln zuzuschlagen. Es sind Piraten vor der Küste Somalias, die mit räuberischen Attacken unsere Handelswege in Gefahr bringen. Es sind die Gefahren, die nicht dem klassischen, dem gewohnten Muster von Konflikten und Kriegen entsprechen, die auch aus weiter Entfernung in Windeseile direkt zu uns gelangen können.“

Merkel fordert den gesellschaftlichen Rückhalt

„Dies ist wichtiger denn je. Denn die Bundeswehr wird ihren Auftrag nur dann erfüllen können, wenn sie sich auf den nötigen Rückhalt in der Gesellschaft verlassen kann und wenn dieser Rückhalt auch sichtbar wird. Auf der Grundlage dieses rechtlichen Rahmens für unsere Bundeswehr sage ich unmissverständlich: Zum Einsatz der Bundeswehr im multilateralen Rahmen wie den Vereinten Nationen, der Europäischen Union und der Nato sind wir bereit, wenn er dem Schutz unserer Bevölkerung oder dem unserer Verbündeten dient. Wer deshalb heute den sofortigen, womöglich sogar alleinigen Rückzug Deutschlands unabhängig von seinen Bündnispartnern aus Afghanistan fordert, der handelt unverantwortlich.“

Die besondere Bedeutung der Londoner Afghanistan-Konferenz

„Es ist deshalb in seiner Bedeutung gar nicht hoch genug einzuschätzen, dass auf der Londoner Afghanistan-Konferenz vor gut drei Monaten gemeinsam mit der neuen afghanischen Regierung wichtige neue Weichenstellungen unseres bisherigen Vorgehens in Afghanistan vorgenommen wurden. Es wurde die Strategie der vernetzten Sicherheit verabschiedet, in der die Sicherheitspolitik und die Entwicklungspolitik eng miteinander verbunden sind.

Die Londoner Strategie schließt alle politischen Kräfte Afghanistans ein. Ja, es ist ein Angebot auch an diejenigen unter den Taliban und den Aufständischen, die bereit sind, Ge-

walt und Terror abzuschwören. Es ist ein Angebot an alle, die sich am Aufbau einer guten Zukunft ihres Landes beteiligen wollen. Die Londoner Strategie sieht vor, die afghanischen Sicherheitskräfte so auszubilden, dass sie schnellstmöglich in die Lage versetzt werden, für die Sicherheit und Stabilität ihres Landes selbst zu sorgen. Bereits 2011 wollen wir mit der Übergabe in Verantwortung beginnen. Die Londoner Strategie stimmt unsere Aufbau- und Ausbildungsleistung mit den Entwicklungsmaßnahmen unserer Partner genau ab. Die Londoner Strategie hat ausdrücklich eine regelmäßige Überprüfung von Benchmarks, Zielen und Maßnahmen festgelegt. Eine erste Bilanz wird die nächste Konferenz am 20. Juli in Kabul ziehen, an der der Bundesaußenminister teilnehmen wird.“

Voraussetzungen für die Übergabe in Verantwortung

„In einem Wort: Die Londoner Strategie schafft die Voraussetzungen für eine Übergabe in Verantwortung. Darum, um eine Übergabe in Verantwortung, hat es der internationalen Staatengemeinschaft zu gehen, nicht um einen Abzug in Verantwortungslosigkeit wie auch nicht um den Versuch, Afghanistan zu einer Demokratie nach westlichem Vorbild zu machen. Das missachtete entweder unsere eigenen Sicherheitsinteressen, oder es wäre zum Scheitern verurteilt, weil es die kulturellen, historischen und religiösen Traditionen der afghanischen Gesellschaft unberücksichtigt ließe. Es ist wahr: Die Traditionen der Stammesversammlungen und der Loya Jirga in Afghanistan sind uns nicht vertraut, sondern fremd. Aber wahr ist auch: Sie sind eine eigene afghanische Tradition der konsensorientierten Entscheidungsfindung, die auf ihre Weise Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit ermöglichen kann. Nicht nur aufgrund meiner eigenen Erfahrung in der DDR halte ich den Rechtsstaat für die größte zivilisatorische Errungenschaft der Menschheit.“

Abzug nach Erfüllung der Voraussetzungen

„Es ist die vornehme Aufgabe der internationalen Staatengemeinschaft, Afghanistan beim Aufbau einer sol-

chen Ordnung zu unterstützen, und zwar weil das unserer eigenen Sicherheit dient. Das ist der Auftrag, den die NATO und ihre Verbündeten, also auch die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, dort erfüllen. Es ist richtig: Sicherheit kann es auf Dauer nicht ohne Entwicklung geben; aber genauso richtig ist: Sicherheit ist die Voraussetzung jeder Entwicklung und die Voraussetzung dafür, dass sich in einem Land wie Afghanistan nicht wieder Brutstätten des internationalen Terrorismus bilden, die uns in Europa und der Welt bedrohen können. Das eine ist die Voraussetzung des anderen. Die internationale Gemeinschaft wird ihre militärische Präsenz so lange aufrechterhalten, wie es nötig ist, nicht länger, aber auch nicht kürzer. Unser Einsatz ist nicht auf Dauer angelegt, aber auf Verlässlichkeit. Das ist der Kern der Übergabe in Verantwortung, die wir in London eingeleitet haben und die wir erfolgreich beenden werden.“

Abschließende Kommentierung

Mit der Entscheidung für eine Strategie, die den Vorrang der zivilen Mittel (effektiver, rechtstaatlicher Polizeiaufbau, wirksamer wirtschaftlicher Wiederauf- und Ausbau zu Gunsten auch der einfachen Bevölkerung und die Förderung von rechtstaatlichen Instrumenten, wie eine ordentliche Gerichtsbarkeit und der Zivilgesellschaft) vor dem reinen militärischen Einsatz setzt, beginnt etwas völlig Neues und Zukunftweisendes. Wird diese Strategie auch in den zu erwartenden künftigen Konflikten so durchgesetzt, dann ist dies ein wichtiger Schritt für die weitere Entwicklung der Welt zu Frieden und Gerechtigkeit. Damit fügt sich Angela Merkel in die Reihe ihrer historisch bedeutsamen Vorgänger im Amt ein, nämlich von Konrad Adenauer und Helmut Kohl. Adenauer hat mit der Einführung der „Sozialen Marktwirtschaft“ zum Wohlstand der einfachen Bevölkerung beigetragen und so letzten Endes den Untergang des sozialistischen Lagers bewirkt, weil dieses – im Vergleich zum Westen – an seinen eigenen Ansprüchen gescheitert ist. Helmut Kohl hat durch sein konsequentes Eintreten für die Einigung Europas dazu verholfen,

dass heute von Portugal bis kurz vor St. Petersburg eine Zone entstanden ist, in der aus strukturellen Gründen ein Krieg innerhalb dieser Region

ausgeschlossen ist. Angela Merkels historisches Verdienst besteht darin, dass sie angemessen von ihrer Richtlinienkompetenz Gebrauch gemacht

hat und die verschiedenen Bundesministerien auf ein gemeinsames friedenspolitisches Ziel eingeschwo- ren hat. □

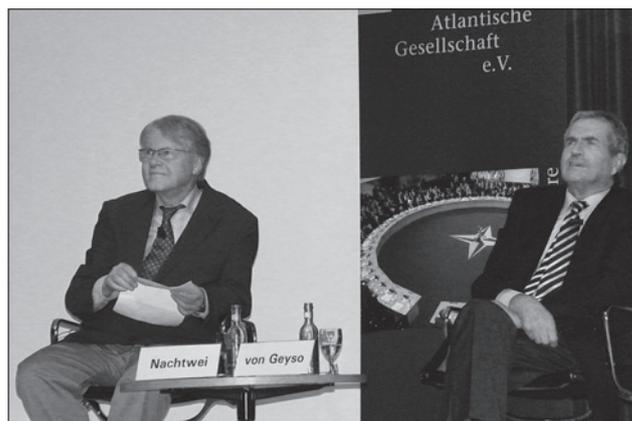
Das Kundus-Syndrom

Sicherheitspolitische Herausforderungen für die Deutsche Politik

Unter dem oben genannten Titel hielt Winfried Nachtwei am Dienstag, den 13. April 2010, einen Vortrag bei der DAG (Deutsche Atlantische Gesellschaft) im Haus der Geschichte in Bonn. Nach der Begrüßung durch GenMaj a.D. Peter von Geysso, Sprecher des Bonner Forums der DAG, begann der ausgewiesene sicherheitspolitische Fachmann Nachtwei mit seinem Vortrag. Zu Beginn schilderte der Vortragende die Historie des Einsatzes in Afghanistan, der nach seinen Worten eine zu stark auf Afghanistan fokussierte Nabelschau beinhalte und durch rosa oder schwarze Brillen gesehen würde. Der richtige Blick aber müsse immer die Gesamtheit im Auge behalten. Deshalb stellte Nachtwei zuerst die Geographie Afghanistans vor, schilderte den Zuhörern die ethnische Fragmentierung dieses großen Landes und hinterlegte diesen Informationen die Rolle der Warlords in den einzelnen Gebieten, damit der ca. 200 Personen große Zuhörererkreis einen Überblick über den Ort des Geschehens hatte.

Deutlich schilderte der ehemalige Bundestagsabgeordnete die Anfänge des Afghanistan-Einsatzes, als die internationale Gemeinschaft noch mit dem Ansatz operierte, ja nicht als Besatzer zu erscheinen (light foot prints). Dieser Ansatz sei gescheitert, da 2003 der Schwerpunkt von Amerika und Großbritannien im Irak lag und sich in Afghanistan alles um Kabul dreh-

te. Als Folge forderten im Juni 2003 knapp 80 Nichtregierungsorganisationen den NATO-Einsatz in der Fläche des Landes, was dazu führte, dass die Verantwortlichkeiten in Afghanistan neu verteilt wurden. Ausführlich zeigte Nachtwei die positiven Ergebnisse des Wiederaufbaus in den Bereichen Bildung und Gesundheit, sowie Infrastruktur.



Der ehemalige Bundestagsabgeordnete Winfried Nachtwei und GenMaj a.D. Peter von Geysso blicken während der Diskussion auf die erhöht sitzenden Gäste der Veranstaltung im großen Vortragssaal im Haus der Geschichte

Nach diesen allgemeinen Betrachtungen schilderte der Redner den Bereich der deutschen Verantwortlichkeit im Norden. Auch hier begann er seine Ausführungen mit einer geographischen Betrachtung, um die Ausdehnung aufzuzeigen, die verbunden mit der vorhandenen Infrastruktur eine stabile Sicherung des Gebietes mit den wenigen Kräften nicht zulasse. Hinzu kam die strategische Aufwertung des Gebietes, da der Nachschub für die ISAF-Truppen nicht mehr allein über Pakistan geschähe, sondern auch über den Norden nach Afghanistan gelänge.

Dies führte auch dazu, dass sich die Taliban-Kämpfer ebenso nach Norden orientierten. Der Wechsel der Kampfweise der Aufständischen von „hit and run“ hin zu militärisch geführten Operationen führte dazu, dass sich die zivile Entwicklung auf die Stadt Kundus selbst zurückziehe. Die Berichterstattung beschränke sich auf das Wahrnehmen der schlechten Nachrichten, wobei gelegentlich übersehen werde, dass von 123 Distrikten nur acht sogenannte „hot spots“ seien. Die politische Betrachtung sei auf die Obergrenze der Truppe fixiert und sei somit nicht erfolgsorientiert. Hier nahm der Redner die Politiker in die Verantwortung. Er mahnte einen offenen und ehrlichen Umgang mit dem Geschehen und erinnerte an die Verantwortbarkeit des Einsatzes. Der Einsatz müsse durchführbar sein und die Soldaten benötigten die dazu notwendigen Mittel, führte der Redner aus. Alles andere sei nicht vermittelbar. Mit der Hinwendung auf die neue Strategie schloss der Vortragende seine Ausführungen, bevor es dann zu einer angeregten Diskussion kam.

Als einer der Hauptgründe für zögerlichen Beginn des Afghanistan-Einsatzes nannte der ehemalige Bundestagsabgeordnete, dass ein Rechtfertigungsdiskurs im Vordergrund stand, nicht der Wirksamkeitsdiskurs. So werde auch bis heute stets eine Mandatsverlängerung im Bundestag besprochen aber nie eine Mandatserweiterung erwogen. Ein strukturelles Defizit sieht Nachtwei in der fehlenden Wirksamkeitsbetrachtung. So werde zwar die Ar-

1 W. Nachtwei war von 1994 bis 2009 für die Grünen im Deutschen Bundestag und von 2002 bis 2009 der Obmann der Partei im Verteidigungsausschuss.

mee immer in den Fokus der Berichterstattung und des „Hinsehens“ gerückt, aber die anderen beteiligten Ressorts stünden nicht im Rampenlicht. Hier gelte es, eine Ehrlichkeit anzustreben, die dem Gesamtansatz gerecht werde.

Bei Zwischenfällen werde reflexartig nach besserer Ausrüstung und besserer Ausbildung gerufen, bevor das Ereignis überhaupt analysiert sei. Schwerere Fahrzeuge schränkten den Radius der Wirksamkeit von Patrouillen noch wei-

ter ein und dies bei der Größe des Landes! Ziel und Auftrag der eingesetzten Soldaten sei nach wie vor Aufbau des Landes und seiner Strukturen. Dies sei nach wie vor erreichbar.

(Text und Foto: Bertram Bastian)

Neue deutsche Strategie für Afghanistan

Bericht von der Tagung in Loccum

VON KLAUS LIEBETANZ

In der Zeit vom 7. bis 9. April 2010 fand in der Evangelischen Akademie Loccum eine kompetent besetzte Tagung zum Thema „Vorrang für Zivil! Neue deutsche Strategie für Afghanistan?“ statt. Wesentliche Ergebnisse und Stellungnahmen werden im Folgenden wiedergegeben.

Ziele und Strategie für das deutsche Engagement in Afghanistan

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung Thomas Kossendey (CDU) äußerte sich wie folgt zum deutschen Engagement in Afghanistan: Bereits bei der Afghanistankonferenz 2006 in London wurde der AFGAN COMPACT von allen beteiligten Ländern beschlossen. Die Ziele für einen sich selbst tragenden Friedensprozess sollten bereits 2011 in Afghanistan erreicht sein. Die von der internationalen Gemeinschaft zur Verfügung gestellten Mittel und der politische Wille der verantwortlichen Afghanen waren offensichtlich nicht ausreichend. Auch Deutschland hatte, wie z.B. beim Aufbau der afghanischen Polizei, illusionäre Vorstellungen.

Ziel der Neuen Strategie ist die Übergabe einzelner Provinzen in die Verantwortung der afghanischen Hände, und zwar irreversibel in Bezug auf Sicherheit (Leben der Bevölkerung ohne Furcht) und in wirtschaftlicher Zukunft. Von 123 Distrikten in AFG sind 115 einigermaßen befriedet, lediglich in acht Distrikten ist die Sicherheit gefährdet oder überhaupt nicht gegeben.

Die neue militärische Vorgehensweise der ISAF wurde von den Amerikanern übernommen:

SHAPE – CLEAR – HOLD – BUILD – TRANSFER

Dazu kamen Fragen aus dem Auditorium: Wie säubert man Gebiete? Wie erkennt man Taliban-Sympathisanten? Was macht man mit Ihnen? Hierzu gab es keine befriedigende Antwort. Ferner ging Kossendey auf das „Partnering“ ein. Deutsche Soldaten sollen gemeinsam Schulter an Schulter mit Soldaten der afghanischen Streitkräfte (ANA) Gebiete im Norden von Taliban säubern und anschließend sichern. Anfangs 2003 hatte die Bundeswehr 280 Ausbilder für die ANA vorgesehen, in der neuen Strategie sind es 1.400 deutsche Ausbilder. Ferner sollen 200 deutsche Polizeiausbilder jährlich 2.500 afghanische Polizisten ausbilden, die u.a. in der Phase HOLD eingesetzt werden können.

Es geht bei der militärischen Umgliederung um die Aufstellung von Ausbildungs- und Schutzbataillonen. Die Umgliederung soll Ende August 2010 abgeschlossen sein. Dann wird sich die neue Strategie auswirken und für die deutschen Soldaten wird der Auftrag nicht ungefährlicher sein.

Derzeit kommen zusätzliche 5.000 amerikanische Kämpfer in den deutschen Bereich. Ferner gibt es eine Entwicklungsinitiative mit ca. 430 Mio. Euro (250 Mio. BMZ, 180 Mio. AA (einschl. Polizeiausbildung). Hierzu führte der Leiter Sonderstab AFG/PAK Rüdiger König (AA), aus, dass eine kohärente Politik (AA, BMZ, BMI, BMVg) Vorrang haben wird. Für

verschiedene zivile Wiederaufbauarbeiten stehen aus dem Titel „Friedenserhaltene Maßnahmen“ (FEM) 180 Mio. Euro zur Verfügung.

Beachtung der kulturellen Eigenheiten der Afghanen

Cornelia Bringmann, erfahrene Friedensfachkraft in Afghanistan, erläuterte anschaulich, wie in Afghanistan auf unterer Ebene Probleme einvernehmlich gelöst werden müssen. Dazu gehören die Familie, Malik (Bürgermeister), ehem. Kommandeure, Mullah, Khan (wirtschaftlich Potente Leute) etc. Auf mittlerer Ebene müssen Schuren, Ältestenräte, das Paschtun Wali (Rechtssystem) und die allgegenwärtige Korruption beachtet werden. Offiziere und Feldwebel der Bundeswehr, die mit der Zivilbevölkerung umgehen, müssen ein Mindestmaß an entwicklungspolitischen Kenntnissen, interkultureller Kompetenz und viel Zeit mitbringen, damit sich Ihre guten Absichten nicht ins Gegenteil verkehren.

Interessierte Afghanen (auch die Taliban) haben eine zeitnahe Information über die Situation in Deutschland. Ziel der Attacken gegen deutsche Soldaten ist immer auch die deutsche Öffentlichkeit.

Beachtung der Schutz und Patronagebeziehung

Dr. Citha Maaß (Politikwissenschaftlerin, Spezialgebiet: AFG, PAK;

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) Berlin) erläuterte das allgegenwärtige Schutz- und Patronagebeziehungen. Jeder muss etwas abgeben. Es gibt eine große Verquickung mit der offiziellen Hierarchie, z.B. mit dem Clan-System Karsai. Die Zentralregierung sei korrupt, ineffizient und dennoch notwendig.

Citha Maaß bezweifelte die Fähigkeit des BMZ, dass es die verdoppelten Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) abfließen und umsetzen kann. Ferner führte C. Maaß aus, dass die Deutschen in erster Linie Afghanen schützen sollten, die sich für Afghanistan einsetzen und nicht nur in die eigene Tasche wirtschaften. Man bräuchte eine Verwaltungsakademie in AFG.

Tragfähige Binnenwirtschaft statt Drogenökonomie und Hilfslieferungen

Barbara Rippel, GTZ, führte aus, dass das Ziel eine tragfähige Binnenwirtschaft sein muss statt einer Drogenökonomie: Trockenobst, Teppichdesign, andere Fruchtverarbeitung, Verbesserung der Bewässerung, Wolle- und Lederproduktion modernisieren. Kabul hat jetzt durchgehend Strom. Ferner kommt es darauf an, den Afghanen beim Stellen von komplizierten deutschen Anträgen zu helfen. Es gibt z.B. Trainingsmaßnahmen an der Uni Bochum und eine Masterausbildung für Afghanen. In Afghanistan gibt es mittlerweile eigene Wirtschaftsforschungsinstitute. Am Anfang gab es auf beiden Seiten viel Enthusiasmus. Dem ist mittlerweile ein Reality Check gewichen. Seit 2002 gab es immerhin eine Steigerung des Bruttosozialprodukts um 70%. Der Jugend müsse eine Perspektive gegeben werden, damit es langfristig besser werden könne.

Bundeswehr als Schützer und Helfer: Was können Soldaten leisten?

Oberst Frank Baumgard, Kommandeur CIMIC Zentrum, Nienburg hielt einen Vortrag über CIMIC. Begriffe wie „Force Protection“ und „Quick impact“ Projekte werden nicht mehr erwähnt, weil sich diese als entwicklungspolitische Unwörter herausgestellt haben. CIMIC hat im deutschen Bereich von Nordafgha-

nistan 45 Dienstposten. Sie führen u.a. das zivile Lagebild. Der Provincial Development Fund beträgt 16.679.000 Euro. Damit sollen in 2010 350 Projekte zwischen 2.000 und 20.000 € implementiert werden.

Die Ausbildung der CIMIC-Offiziere dauert nur 5 Wochen. Im zivilen Bereich hingegen absolvieren Projektleiter bei den Hilfsorganisation ein zweijähriges Zusatzstudium an der Uni Bochum (Humaningenieur).

Wie schaffen wir den Aufbau von Frieden?

Martin Kipping, BMZ-Referent für AFG/PAK, war auch zwei Jahre vor Ort. Er berichtete über Fortschritte im Bildungsbereich: Zurzeit der Taliban gab es eine Mio. Schüler (nur Jungen). Derzeit gibt es sieben Mio. Schüler, davon ein Drittel Mädchen. 80% der Bevölkerung hat Zugang zum Basisgesundheitsystem. Die Kindersterblichkeit (bis fünf Jahre) betrug in 2002 noch 250 Tote pro 1.000 Kinder, 2008 verringerte sich die Rate auf 161 pro 1.000. Zur Wirtschaftsentwicklung erläuterte Kipping, dass seit 2002 der Durchschnittsverdienst um 70% gewachsen ist. 2009 hatte man die größte Ernte u.a. durch die verbesserten Bewässerungsanlagen. Heute gibt es sieben Mio. Mobiltelefone in Afghanistan. Mikrokredite werden von 400.000 Haushalten genutzt. Ferner zitierte Martin Kipping eine Untersuchung von Prof. Zülcher, Berlin, dass wirtschaftlicher Fortschritt nicht das Entscheidende für die Zustimmung der Bevölkerung ist. Entscheidend sei die subjektive Einschätzung der Bevölkerung zur Sicherheitslage.

Wie lässt sich das deutsche Engagement evaluieren und weiterentwickeln?

Roderich Kiesewetter, MdB (CDU), Mitglied des Auswärtigen BT-Ausschusses fordert Erfolgskriterien (Benchmarking), insbesondere die Wahrnehmung der Sicherheit durch die afghanische Bevölkerung. Des weiteren fordert er ein Lage- und Krisenzentrum beim Kanzleramt und ein Handbuch für ähnliche Krisen. R. Kiesewetter war vor kurzem noch Oberst i.G. im Führungsstab des Heeres.

Oberst a.D. Friedel Eggelmeyer, neuer Abteilungsleiter IV im BMZ

Seine neue Abteilung umfasst Mittel-Osteuropa (MOE), Süd-Osteuropa (SOE), den gesamten Nahen Osten (einschließlich Ägypten) und reicht über den Irak, Iran bis Afghanistan und Pakistan. Ferner ist er im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für Friedenssicherung verantwortlich, einschließlich der Friedensdienste und des Referats „Entwicklungsorientierte Nothilfe“. Ferner gehören in seinen Bereich die sog. failing states. Nach Aussagen von Friedel Eggelmeyer sieht sich das BMZ nicht als Anhängsel des AA und des BMVg. Es betreibt seine Zusammenarbeit mit den anderen Ministerien auf Augenhöhe, also nach den Prinzipien der Entwicklungshilfe, die sich von denen des AA und BMVg unterscheiden.

Das BMZ sei weiterhin der menschlichen Sicherheit (Kofi Annan: Human Security) verpflichtet, was bedeutet, dass die Menschen der 3. Welt in Freiheit und ohne Furcht und ohne Mangel (Hunger, Krankheit, ohne Umweltzerstörung) leben können. Bei den Friedensfachkräften steht AFG und Palästina an erster Stelle.

Bis Ende April 2010 werden 10 Mio Euro den deutschen Nichtregierungsorganisationen für AFG zur Verfügung gestellt. Hierzu wird es entsprechende Gespräche geben. In ca. 70 Staaten betreibt das BMZ vorbeugende Krisenprävention, baut strukturelle Defizite ab und trägt langfristig zur Staatsbildung (funktionierender Staat) bei. Bei der bilateralen Hilfe gibt es keine Budgethilfe (auch nicht für AFG), was den afghanischen Politikern nicht angenehm ist, wie sich das beim Besuch von BM Dirk Niebel in Afghanistan zeigte. Die Hilfe des BMZ erfolgt zu einem Drittel multilateral und zu zwei Dritteln bilateral.

Schlussfolgerungen

Deutschland hat durch illusionäre und halbherzige Vorgehensweise fünf Jahre in AFG verloren. Wenn die Bundesregierung das neue, jetzt vorliegende Konzept schon 2005 implementiert hätte, als die Taliban noch

nicht so erstarkt waren, wäre alles viel einfacher gewesen. Es scheint aber in AFG noch nicht zu spät zu sein. Die Bundesregierung muss jetzt Kurs halten, trotz voraussehbarer Rückschläge und weiterer, durch Kampfhand-

lungen getöteter deutscher Soldaten. Das neue Ausbildungskonzept während des Kampfeinsatzes außerhalb der befestigten Lager beginnt ja erst im August 2010. Wenn das neue ehrgeizige Konzept versagen sollte und

die radikal-islamischen Taliban in den Besitz von pakistanischen Atomwaffen kommen sollten, dann besteht die Gefahr eines Atomkrieges. Das muss unter allen Umständen vermieden werden. □

Sachausschuss Sicherheit und Frieden

Entwicklungen bei der Weiterverbreitung von nuklearer (Waffen-)Technologien

(13. gekürzte Fortschreibung – Zeitraum März 2010 bis April 2010)

VON WERNER BÖS

Die Redaktion wird auch weiterhin über das Monitoring der Proliferationsproblematik des Sachausschusses „Sicherheit und Frieden“ berichten. Wie gewohnt, verzichten wir auf die detaillierte Wiedergabe der chronologischen Ereignisse und werden uns auf die Bewertungen des Autors stützen. An der chronologischen Entwicklung interessierte Leser könne diese bei der Redaktion AUFTRAG per E-Mail abrufen (redaktion-auftrag@kath-soldaten.de). Zu den Wahlen im Iran und zum neuen Chef der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) Yukiya Amano kann eine gesonderte Bewertung von Werner Bös bei der Redaktion angefordert werden. Aufgrund des aktuellen Geschehens bei der nuklearen Abrüstung wird die Bewertung des Autors zu den Fortschritten auf diesem Gebiet abgedruckt.

Iran:

Wenn der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad eine Rede hält, dann hören ihm auch arabische Fernsehzuschauer zu. Viele von ihnen sind hin- und hergerissen – zwischen Begeisterung für einen Politiker, der gegen Israel wettet und selbstbewusst das Recht seines Landes auf Nuklearenergie verteidigt, und Misstrauen gegenüber einem Präsidenten, der seine Gegner verhaften lässt. Die arabischen Staatspräsidenten und Monarchen stellen den Konflikt um das iranische Atomprogramm im öffentlichen Diskurs gern als Problem zwischen Teheran und dem Westen dar. Dabei beobachten die meisten von ihnen die Entwicklung im Iran teilweise mit noch größerer Sorge als die USA und die Europäer. Noch bedeutsamer als der Atomstreit seien derzeit die Konfrontation zwischen dem Regime und der Opposition sowie „zwischen diesem Regime und seiner arabisch-islamischen Umgebung“, stellt die arabische Zeitung „Al-Hayat“ fest.

Denn die Araber sind nahe dran. Die schiitische Bevölkerungsmehrheit

im Irak und in Bahrain beobachtet die Entwicklung in Iran sehr genau. Die Auswirkungen interner Konflikte bei den persischen Nachbarn bekommen nicht die Europäer sondern die Araber als erste zu spüren. Genauso, wie die Folgen eines möglichen israelischen Angriffs auf die iranischen Atomanlagen, der auch zu einem neuen Krieg zwischen Israel und der proiranischen Hisbollah im Libanon führen würde.

Dass sich die arabischen Herrscher mit radikaler Kritik am iranischen Regime trotzdem so zurtückhalten, hängt vor allem damit zusammen, dass sie sich machtlos fühlen. Das außenpolitisch ambitionierte Golfemirat Katar lädt Ahmadinedschad zwar gelegentlich ein. Doch Einfluss auf die Entscheidungen Teherans haben die Araber kaum. Syrien ist sogar ein Verbündeter Irans; allerdings spielen die Syrer in dieser Allianz eher die Rolle des Juniorpartners. Das Gleiche gilt für die Hisbollah, die auf die Waffenlieferungen der Iraner angewiesen ist. Aus Sicht der libanesischen Schiiten-Bewegung hat das iranische Atom-

programm schon jetzt seinen Zweck erfüllt, „weil Israel dadurch seine Sicherheit gefährdet sieht“.

Unabhängiger und objektiver klingt da ein Kommentar der überregionalen arabischen Zeitung „Al Sharq Al-Awsat“. Ahmadinedschad handele nach dem Prinzip: Wenn du in einer Sackgasse steckst, dann mache deine Feinde nervös, dann werden die Karten noch einmal ganz neu gemischt. Und sie warnt: „Diese Strategie endet – das hat die Geschichte gezeigt – immer mit einer Katastrophe.“

Von dem notorischen Holocaust- und neuerdings auch „9-11“-Leugner sowie Israel-Feind Ahmadinedschad ist der Westen Schmähungen und Säbelrasseln gewöhnt. Doch was bewegt seinen seit 30 Jahren wichtigsten Verbündeten in der Region, den syrischen Staatschef Baschar al Assad, seinen Schulterchluss mit dem iranischen Regime so eng zu gestalten, wie das bei dem Treffen Ende Februar 2010 in Damaskus zum Ausdruck gekommen ist? Obwohl die Politik der beiden Regime nicht deckungsgleich ist, scheint die Gegnerschaft zu Israel das einende

Band in dieser Allianz zu sein. Einst schmiedete die beiderseitige Feindschaft zum irakischen Baath-Regime Saddam Husseins die beiden Länder zusammen, doch das Bündnis muss nicht ewig halten.

Nachdem sich der iranische und syrische Präsident demonstrativ ihrer Freundschaft versichert hatten, sind sie mit den Spitzen der libanesischen Hizbullah und der Hamas, Hassan Nasrallah und Chef des Hamas Politbüros in Damaskus Chaled Meschal, zusammengekommen, um sich auf eine gemeinsame Position gegenüber Israel zu verständigen. Dabei seien die „wiederholten Drohungen“ Israels gegenüber dem Libanon und Syrien beraten worden. Ziel der Unterredungen Ahmadinedschads mit den radikalen Palästinensern sei es gewesen, eine „permanente Koordination“ zwischen Iran und den palästinensischen Gruppen herzustellen. Aufgrund der Entwicklungen haben Assad, Ahmadinedschad, Nasrallah und Meschal mutmaßlich eine militärische Zusammenarbeit im Falle eines Angriffs Israels auf die Hizbullah und den Libanon erörtert.

Iran versucht mit der Hilfe seiner Verbündeten Spannungen an der israelischen Nordgrenze zu schüren und will damit die internationale Aufmerksamkeit von den Bemühungen um Sanktionen gegen Iran wegen seines Atomprogramms ablenken. Es ist nicht auszuschließen, dass Israel durch eine gezielte Provokation zu einem Militärschlag verleitet werden könnte. „Wir haben nicht nur gemeinsame Interessen und Ziele, sondern auch gemeinsame Feinde“, sagte Ahmadinedschad und erneuerte während einer gemeinsamen Pressekonzferenz seine Drohungen, Israel zu vernichten. Mit Genugtuung und dankbar nahm der Iran den Ausspruch des syrischen Präsidenten bei diesem Treffen zur Kenntnis: „Amerikas Haltung gegen Iran ist eine neue Form des Kolonialismus. Die Kritik des Westens an Irans Atomprogramm ist ein neokoloniales Gebaren“. Heute solle der Iran daran gehindert werden, diese Technologie zu nutzen, morgen treffen es die Araber, sagte er. Welch eine Enttäuschung! Hatten doch vor allem die USA, die erstmals seit 2005 jüngst einen neuen Botschafter in Damas-

kus ernannt hatten, eine konstruktive Rolle Syriens in der Region erwartet, nämlich den „Iran zu einer Änderung seines Verhaltens zu bewegen“.

Währenddessen hat Israel seinen neuesten, unbemannten großen Fernaufklärer vorgestellt. Das Flugzeug erreicht mit annähernd 30 Metern in etwa die Spannweite einer Boeing 737 und ist mit modernster Technik ausgerüstet. Das Gerät ist die neueste Version der Heron-Drohne mit dem Namen Eitan (hebr. Stark). Das Flugzeug kann bis in den Persischen Golf fliegen – und damit auch den Iran erreichen. Die über vier Tonnen schwere Eitan kann mit einer Tankfüllung mehr als einen Tag fliegen, dabei mehrere Tausend Kilometer zurücklegen und bis zu einer Tonne Ladung mitnehmen. Sie ist eine Allwetter-Vielzweck-Plattform, die vielerlei Aufgaben übernehmen kann. Dazu gehören Aufklärungsflüge im sichtbaren und Infrarot-Bereich, die Aufzeichnung von Funkverkehr und die Überspielung per Satellit aller Daten an die Heimatbasis wie auch die Übermittlung von Videoaufnahmen in bester Qualität. Theoretisch könnte die neue Super-Drohne auch mit Raketen und Bomben ausgestattet werden.

Alle drei Monate muss der Chef der Internationalen Atomenergiebehörde dem UN-Sicherheitsrat Bericht über das iranische Atomprogramm erstatten. Der Neuigkeitswert dieses Reports erschöpfte sich in den vergangenen eineinhalb Jahren darin, dass die Inspektoren der IAEA den aktuellen Stand der Urananreicherung in Natans referierten. Denn bei der entscheidenden Frage, ob Iran heimlich an Atomwaffen gearbeitet hat oder das immer noch tut, konnte der damalige Generaldirektor El Baradei immer nur feststellen: Kein Fortschritt. Iran weigert sich, dazu beizutragen, dass dieser Verdacht ausgeräumt wird. Daran hat sich nichts geändert. Dennoch wurde der erste Bericht von El Baradeis Nachfolger Yukiya Amano mit Spannung erwartet.

Erstens hat das unabhängige Urteil der IAEA ein nicht zu unterschätzendes Gewicht in der Debatte im UN-Sicherheitsrat über neue Sanktionen gegen Iran, vor allem für jene Länder, die den Vorwürfen des Westens skeptisch gegenüberstehen.

Zweitens sah sich El Baradei immer wieder Vorwürfen ausgesetzt, er halte aus politischen Gründen belastendes Material gegen den Iran zurück. Etwa um jenen keine Munition zu liefern, die harte Sanktionen oder gar einen Militärschlag gegen Irans Atomanlagen wollen.

Die Frage war also drittens, wie der neue IAEA-Chef mit dem Dossier umgehen würde, das seine Inspektoren zusammengetragen haben. Dieser Bericht galt als Indiz dafür, wie Amano die IAEA auszurichten gedenkt und wie er die internen Grabenkämpfe zwischen Inspektoren und Diplomaten in den Griff bekommen will. Diese Rangeleien hatten dazu geführt, dass die Glaubwürdigkeit der IAEA beschädigt und ihre Integrität in Frage gestellt wurde.

Seit Mitte Februar lag Amanos Erstlingswerk vor, und man musste ihm dazu gratulieren. Er hatte keine Sensationen enthüllt, aber zu einer klaren Sprache und einer anderen Betonung gefunden, ohne seinen Vorgänger zu brüskieren oder bloßzustellen. Amano hat ein umfassendes Bild vom Stand des iranischen Atomprogramms gezeichnet. Und er hat klargestellt, dass es die Regierung in Teheran ist, die ihren Pflichten nicht nachkommt – und nicht etwa der Westen. Amano ist nicht der Versuchung erlegen, den schwerwiegenden Verdacht, dass Iran an Atomwaffen arbeitet, mit Hilfe schwer verständlicher technischer Fragen zu chiffrieren.

Die Nachricht, dass der Iran wahrscheinlich mithilfe eines Wissenschaftlers aus einem früheren sowjetischen Nuklearwaffenlabor bereits den Bauplan für einen fortgeschrittenen und funktionsfähigen „nuklearen Nutzlast für eine Rakete“ entwickelt, verleitet einen dazu, auszurufen: „Also doch!“ Danach arbeitet der Iran wieder oder immer noch an einem Atomwaffenprogramm. Damit weist der Bericht die verbreitete Fehlannahme zurück, der Iran habe keinesfalls mehr nach 2003 an der Bombe gearbeitet. Der Iran besitzt offenbar Pläne zur Herstellung eines Atomsprenkopfs, mit dem er seine Mittelstreckenraketen bestücken kann. Unklar bleibt nur, wann das Land über genügend, d.h. ca. 25 Kilogramm, hochangereichertes waffenfähiges Uran verfügen

wird, um eine Nuklearwaffe zünden zu können. Für einen funktionsfähigen Sprengstoff braucht es weiter eine Reihe praktischer Tests.

Doch niemand kann sich mehr darauf verlassen, dass dies nicht schon sehr bald der Fall sein wird. Ob die Iraner nun entschieden haben, eine Bombe zu bauen oder ob sie sichergehen wollen, dass sie sie schnell bauen können, sobald sie sich dazu entschließen, ist nachrangig. Dem Regime in Teheran genügt ohnehin fürs Erste die technische Fähigkeit zum Atomwaffenbau. Denn dadurch kann die Islamische Republik ihre Ansprüche gegenüber dem Westen wie gegenüber seinen Nachbarn in der Region stets mit der unterschweligen Drohung verknüpfen, den letzten Schritt zur Bombe zu vollziehen.

Durch die neuesten Erkenntnisse über den Stand der iranischen Nuklearrüstung erweist sich die Beteuerung des Regimes, es verfolge mit seinem Atomprogramm ausschließlich zivile Absichten, als systematische Lüge – und sie stellen Verharmlosern der wahren Ziele des Iran ein schlimmes Zeugnis aus. Das Regime will höchstwahrscheinlich den Besitz der Atom-bombe und strebt die Vorherrschaft im Nahen Osten an.

Der neue IAEA-Chef richtet zudem ein klares Wort an Iran und auch an jene Verschwörungstheoretiker, die alle belastenden Indizien gegen Iran als „gefälscht“ abtun und hinter dem Ganzen ein Komplott wittern. Die Informationen sind laut Amano „umfangreich und aus einer Reihe verschiedener Quellen“. Er charakterisiert sie als „stimmig und glaubhaft“, was die technischen Details angeht, aber auch in Bezug auf den zeitlichen Ablauf sowie auf Organisationen und Personen in Iran.

Amano hat damit nach innen das Zeichen gesetzt, dass der Generaldirektor seinen Inspektoren vertraut, nachdem El Baradei es zugelassen hatte, dass daran Zweifel aufkamen. Wichtiger aber ist, dass die Welt nun eine solide Grundlage hat für ihre Beratungen über das weitere Vorgehen gegen Iran. Den hohlen Phrasen aus Teheran, Iran strebe nicht nach Atomwaffen, kann nach diesem Bericht nun guten Gewissens niemand mehr Glauben schenken.

In Peking geben sich die Besucher aus aller Welt die Klinke in die Hand. Die Volksrepublik ist zu einer Top-Adresse geworden, wenn es darum geht, Lösungen für internationale Konflikte zu suchen. Ein brennendes Thema, bei dem die Chinesen eine neue Schlüsselrolle spielen, ist das Atomprogramm Irans. In der Vergangenheit zeigte sich China nicht besonders besorgt. Mitte März allerdings ließen neue Zwischentöne aufhören. Zwar wünscht sich China einen Atomstaat Iran ebenso wenig wie die anderen Staaten. Aber während in den Vereinigten Staaten und Europa die Stimmen immer lauter werden, die schärferen Strafen gegen Iran fordern, will die chinesische Regierung von Sanktionen noch immer nichts wissen, zeigt sich aber – wie bei dem „Nuclear Security Summit“ im April in Washington – andeutungsweise flexibel.

Hinter der Pekinger Zurückhaltung steckt der Wunsch, Iran als einflussreichen islamischen Staat nicht zu verärgern. Zudem will die Regierung die muslimische Minderheit in China nicht verprellen. Hinzu kommen handfeste wirtschaftlich Interessen: Iran deckt mittlerweile elf Prozent des chinesischen Energiebedarfs. Im Jahr 2009 unterzeichneten Firmen beider Länder einen Vertrag im Wert von 4,7 Milliarden US-Dollar über die Förderung iranischer Erdgasvorkommen. Chinesische Arbeiter und Ingenieure bauen in Iran U-Bahnen, Pipelines, Kraftwerke, Straßen, Telefonleitungen und Autofabriken. Mittlerweile ist die Volksrepublik der wichtigste Handelspartner Irans.

Trotz seiner engen Kontakte zu Iran hat China keine der drei früheren UNO-Resolutionen verhindert. Im ersten Quartal des Jahres jedoch haben sich die Funktionäre stark über die USA geärgert: Waffen für Taiwan, Empfang des Dalai Lama durch Präsident Obama. Die Pekinger Parteizeitung „Global Times“ erinnert daran, dass es die Amerikaner waren, die Irans Atomindustrie ursprünglich gefördert hätten – allerdings noch zu Zeiten des Schahs, der 1979 gestürzt wurde.

Gleichwohl darf man davon ausgehen, dass China UN-Sanktionen nicht mit einem Veto blockieren wird,

da das Verhältnis zu den USA trotz aller Schwierigkeiten immer noch als wichtiger eingeschätzt wird, als die chinesischen Interessen im Nahen und Mittleren Osten. Bis es im Sicherheitsrat zu einer Entscheidung kommt, dürften Chinas Diplomaten jedoch versuchen, die Sanktionen zu verwässern. Das diplomatische Tauziehen dauert schon Monate an und kann sich noch einige Zeit hinziehen. Auch wenn es ein sehr langer und zögerlicher Prozess ist – China scheint sich mit dem Gedanken an neue UN-Sanktionen gegen Iran angefreundet zu haben. Nach monatelanger Verzögerungstaktik hat sich das Reich der Mitte zu ernstern Gesprächen dazu bereit erklärt. Wenn Russland Sanktionen unterstützt, wird sich China dem wahrscheinlich auch anschließen, um eine diplomatische Isolation zu vermeiden.

Iran will in den kommenden 12 Monaten durch die Privatisierung von zwei Ölraffinerien und zwei Autoherstellern sowie von anderen Staatsbetrieben umgerechnet 12,5 Milliarden Dollar einnehmen. Das gab die Privatisierungsbehörde bekannt. Als erstes könnten die Raffinerien Bandar Abbas und Abadan an die Börse gebracht werden, dann die Autohersteller Iran Khodro und Saipa. Ferner will der Staat Aktien des Versicherers Dana verkaufen. Insgesamt stehen 524 Staatsbetriebe zur Privatisierung bereit. Die iranische Wirtschaft ist zu etwa drei Viertel in der Hand des Staates oder staatsnaher Institutionen. Der Spielraum der Regierung für Investitionen ist gering. Um zu sparen, soll an Subventionen gekürzt werden. Doch das Parlament, das mehrheitlich die Wirtschaftspolitik der Regierung ablehnt, hat nur der Hälfte der von Präsident Ahmadinedschad vorgeschlagenen Kürzungen zugestimmt. Die Subventionen im Staatshaushalt gehen damit nur von 100 Milliarden auf 80 Milliarden Dollar zurück. Dabei hat der Staatshaushalt ein Gesamtvolumen von 347 Milliarden Dollar, finanziert zu zwei Dritteln mit Erdölverkäufen. Diese sinken aber stark. In den ersten Monaten des Jahres ist die Menge des Rohöls, das Iran an China liefert, im Vergleich zu den Vorjahresmonaten um 37 Prozent zurückgegangen. Auf Druck Amerikas

bezieht China nun mehr Erdöl aus Saudi-Arabien, Russland und Angola. Keine Fortschritte macht Irans Erschließung seiner großen Gasvorkommen. Bei der internationalen Auktion für 12 Gasblöcke war im vergangenen November kein Angebot eingegangen. Keines der Projekte, Gas an Pakistan, Indien oder die arabischen Nachbarn zu liefern, macht Fortschritte, da wegen der Sanktionen keine Gasleitungen verlegt werden können. Unterdessen hat die Arbeitslosigkeit die Marke von 3 Millionen überschritten. Drei Viertel der Arbeitslosen sind jünger als 30 Jahre. Jedes Jahr drängen weitere 800 000 Schulabgänger neu auf den Arbeitsmarkt.

Seit mehr als drei Jahrzehnten findet sich die Bühne der Weltkonflikte im Mittleren Osten. Aber keiner ist gefährlicher als der Atomstreit mit der revolutionär-religiösen Islamischen Republik Iran, wo die Mullahs und ihre Revolutionsgarden mit Folter und Galgen regieren. Was auf dem Spiel steht sind die Bemächtigung der Bombe und die Vorherrschaft am Golf, die Sicherheit des Staates Israel sowie die Verteidigung der konservativen sunnitischen Regime Ägyptens, Saudi-Arabiens und Jordaniens. Die Bundesregierung, zusammen mit den fünf permanenten Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates mit der bisher vergeblichen Zählung des Iran befasst, lässt von Zeit zu Zeit hören, die „militärische Option müsse ausgeschlossen sein“. Wohl wissend, dass bisher alle nicht militärischen Anwendungen so gut wie nichts brachten. Die Stationierung von Abwehrsystemen am Golf und der Flottenaufmarsch sind vor allem im Verhandlungspoker von Bedeutung, die Ultima Ratio sind sie nicht. Gelingt es nicht, in diesen Monaten den Iran zu stoppen, dann ist das zwar nicht das Ende der Welt, und auch nicht der Diplomatie, wohl aber eine militärische, politische und psychologische Revolution, die weit über die Region hinaus alle strategischen Gleichungen verändert. Die Führer des Iran würden entdecken, dass sie eine Waffe hätten, die sie gar nicht einzusetzen brauchten, um ihre Ziele zu erreichen. Diese scheinbar komfortable Lage würde nur die arabischen Staaten anspornen, es dem Iran gleich zu tun.

Der Westen darf sich von weiteren Hinhaltenmanövern der iranischen Führung nicht mehr irritieren lassen. Bisher war jeder scheinbare iranische Kompromiss eine Finte. Und so sollte man die weiteren Winkelzüge schon im Ansatz betrachten. Zumindest solange, bis Teheran durch praktische Schritte beweist, dass es das ganze Ausmaß seiner Nuklearambitionen offen legen will. Der Westen muss einstweilen zügig zu schärferen Sanktionen übergehen – notfalls einseitig, wenn China seine Zustimmung im UN-Sicherheitsrat verweigert.

Werden die Atompläne des Iran nicht bald gestoppt, steuert der Nahe Osten auf einen kriegerischen Konflikt zu. Obwohl fraglich ist, ob eine Militärintervention die Iraner noch von ihrem Abenteuer abhalten kann. Gewalt würde das Atomprogramm nur temporär zurückwerfen – und die Bevölkerung und das Regime zusammenschweißen.

Nordkorea

Dass Nordkoreas ehemaliger oberster Wirtschaftslenker Pak Nam-Ki zum Sündenbock für die misslungene Währungsreform in 2009 gemacht wurde und Mitte März von einem Erschießungskommando hingerichtet wurde, wirft einen alarmierenden Schatten auf die wirtschaftliche Lage des Landes. Er sei ein „Sohn der Bourgeoisie“ gewesen, der die „Ränge der Revolution infiltrierte, um die Volkswirtschaft zu zerstören“. Dass die Umstellung des Geldes nicht wie gewünscht klappte und scheiterte, sei Ergebnis seiner Sabotage. Die Währungsreform hatte in dem verarmten Land seit Monaten für Unruhe gesorgt und das Vertrauen in die Regierung so stark beschädigt, dass sich sogar der als unfehlbar geltende Diktator Kim Jong Il im Februar 2010 zu einem öffentlichen Reuebekenntnis genötigt sah.

Da das staatliche Versorgungssystem seit Jahren nicht mehr funktioniert, sind viele Menschen für Nahrungsmittel und andere Lebensnotwendigkeiten auf den Schwarzmarkt angewiesen. Doch selbst mit dieser Parallelwirtschaft, die zum Teil auf Schmuggel aus China beruht, lässt sich der Bedarf der Nordkoreaner kaum decken, so dass die wenigen

vorhandenen Produkte immer teurer werden. Um die grassierende Inflation einzudämmen und die Schwarzmarktgeschäfte zu unterbinden, gab Pjôngjang im vergangenen November neues Geld aus. Beim Zwangsumtausch gab es für 100 alte Won einen neuen, wobei jede Familie maximal 100.000 Won umtauschen durfte, was rund 30 Euro entspricht. Viele Sparguthaben wurden so vernichtet. Wer konnte, verweigerte der Regierung die Gefolgschaft und wechselte sein Geld heimlich in sicherere Währungen wie den chinesischen Yuan oder gar US-Dollar um.

Die Verunsicherung der Bevölkerung trieb die Preise für Grundnahrungsmittel noch schneller in die Höhe als bisher. Allein der Reis verteuerte sich um den Faktor 50. Vollerorts kam es zu Unruhen, Geschäfte wurden mehrere Tage lang geschlossen. Nach wenigen Wochen war die Versorgungslage so dramatisch, dass Pjôngjang allen politischen Querelen zum Trotz nach zweijähriger Unterbrechung wieder Lebensmittelhilfen aus Südkorea annahm. Um den Volkszorn auf andere ablenken zu können, ließ Kim im Februar erklären, sein Herz sei gebrochen, dass die Menschen in seinem Land nur noch „gebrochenen Reis“ essen könnten. Gemeint ist Reis, der in anderen Ländern als Abfall gilt.

Es war ein ungewöhnliches Eingeständnis der Probleme des eigenen Landes, denn normalerweise suggeriert der Propagandaapparat den Nordkoreanern, dass die Welt sie um ihren Wohlstand beneide. Südkoreanischen Medien zufolge steckt Kims Regime in seiner größten Krise seit Jahren. Denn mit der Hinrichtung Paks dürfte sich das Vertrauen kaum wiederherstellen, geschweige denn das Währungsproblem lösen lassen.

Außerdem soll die missglückte Reform in Wahrheit im Namen von Kims drittem Sohn Kim Jong-un angestoßen worden sein, der bisher als Wunschnachfolger des gesundheitlich angeschlagenen Diktators gilt. Im vergangenen Oktober hatten die Vereinten Nationen Kim vorgeworfen, einem Drittel seiner 24 Millionen Einwohner das Menschenrecht auf Nahrung vorzuenthalten. Nach dem Währungsdebakel dürfte der Anteil sogar noch höher sein.

Exkurs und Bewertung zur atomaren Abrüstung:

Immer wieder haben Friedensnobelpreisträger Barack Obama und Kremlchef Dimitri Medwedew atomare Abrüstung versprochen. Im März schließlich ist den Vertretern der beiden größten Atomkräfte der Durchbruch gelungen. In Prag, wo Obama vor einem Jahr seine Vision einer atomwaffenfreien Welt verkündete, haben er und Medwedew am 8. April 2010 schließlich den ersten großen Abrüstungsvertrag dieses Jahrhunderts unterzeichnet. Obama sprach von einem „Meilenstein“, der die USA und die Welt sicherer machen werde. Medwedew bezeichnete das Abkommen als „historisch“. Beide senden nun ein klares Stopp-Signal an alle, die nach Massenvernichtungswaffen streben. Die nukleare Abrüstung steht wieder auf der internationalen Agenda wie seit Ende des Kalten Krieges nicht mehr. Die Unterzeichnung des amerikanisch-russischen Vertrags über die Abrüstung strategischer Nuklearwaffen ist dabei nur Mosaikstein in einer Reihe von militärpolitischen Initiativen, mit denen Obama die Welt überrascht.

Der Vertragstext umfasst 20 Seiten plus über 100 Seiten Anhänge. Das Abkommen betrifft eine einzige Kategorie von Atomwaffen, nämlich Langstreckenwaffen. In den USA sind dies 288 Interkontinentalraketen mit Atomsprengköpfen an Bord von U-Booten, 450 in unterirdischen Silos im Mittleren Westen und 60 weitere, die von B-2 und B-52-Bombern transportiert werden – insgesamt 798 Systeme. Die strategischen Atomwaffen Russlands sind stärker landgestützt. Ihre Zahl liegt nach allgemeiner Einschätzung bei weniger als 600 Systemen. Die Menge der Trägersysteme, also schwere Bomber sowie auf U-Booten oder zu Land stationierte Raketen, wird mit der neuen Obergrenze von 800 rechnerisch halbiert. Beide Seiten verpflichten sich weiter, binnen sieben Jahren die Zahl der Atomsprengköpfe auf strategischen Trägersystemen von 2200 gemäß des ausgelaufenen Vertrages auf maximal 1550 zu senken. Das ist viel und liegt immerhin 30 Prozent unter der jetzt erlaubten Zahl. Die Zählweise hat sich im neuen Vertrag geändert: Atom-

sprengköpfe in Reserve, von denen die USA und Russland je etwa 6700 haben dürften, werden nicht auf die Obergrenzen angerechnet und sollen letztlich unbrauchbar gemacht werden. Kurzstrecken-Atomwaffen werden vom neuen Vertrag nicht erfasst. Davon haben die USA schätzungsweise 500, von denen rund 200 in Europa stationiert sind. Russland hat etwa 2000 Stück, alle auf eigenem Gebiet stationiert. Die Vertragspartner informieren einander zudem über ihre Raketentests. Der Vertrag sieht einen neuen Kontrollmechanismus vor, der weniger umständlich und teuer sein soll.

Die US-Regierung hat angekündigt, nach Inkrafttreten des neuen Abkommens mit Russland über Obergrenzen sowohl für Kurzstrecken- als auch für Langstreckenwaffen verhandeln zu wollen. Der Vertrag ist nicht nur deshalb wichtig, weil er die atomare Gefahr drastisch verringert, sondern vielmehr, weil er eine Brücke zu weiteren, potenziell substantiellen Abrüstungsvereinbarungen baut. Außerdem demonstrieren die beiden Staaten damit, dass sie selbst in der Lage sind, zumindest einige Waffen abzubauen, deren kompletten Verzicht sie von anderen Staaten, wie zum Beispiel dem Iran, fordern.

Das neue Abkommen ist nach seiner Ratifizierung auf 10 Jahre ausgelegt, wobei eine Verlängerung um fünf weitere Jahre möglich ist. Es löst den START I-Vertrag aus dem Jahr 1991 ab, der am 5. Dezember 2009 ausgelaufen war. Moskau und Washington haben sich damit in einem sehr diffizilen und für die Sicherheit der Welt außerordentlich wichtigen Bereich nach intensiven Verhandlungen geeinigt. Das lässt für eine weitere Ausgestaltung der bilateralen Beziehungen hoffen, deren Zustand für das Klima der Welt nicht mehr so entscheidend ist wie im Kalten Krieg, die aber immer noch – je nach Wetterlage – für kühle oder eben auch wärmere Stimmung sorgen können.

Doch bis das neue Abkommen zur Reduzierung strategischer Offensivwaffen gültig wird, ist noch ein weiter Weg. Denn die Vereinbarung von Obama und Medwedew wird erst gültig, wenn auch die Parlamente den Vertrag ratifizieren. Im US-Kongress und

in der Staatsduma hat es bereits in der Vergangenheit Probleme gegeben. Ob die US-Republikaner angesichts der Kongresswahlen im November stillhalten werden, ist fraglich. Bei dem Vertrag von 1991 dauerte die Ratifizierung rund drei Jahre. Präsident Obama jedoch ist zuversichtlich, dass seine Regierung die im Senat dafür benötigten 67 Stimmen erhalten wird. Auch die Optimisten im russischen Lager halten angesichts der Unterstützung des Vertrages durch den Kreml die Zustimmung der Staatsduma für wahrscheinlich.

Während Obama auf einen konstruktiven Dialog mit Russland bei den umstrittenen US-Raketenplänen hofft, ist für Moskau die Frage der Raketenabwehr weiterhin nicht vom Tisch und trägt zumindest das Potential des Scheiterns in sich. Ungeachtet ihrer atomaren Abrüstungsvereinbarung streiten Russland und die USA weiter darüber. So behält sich Moskau das Recht vor, aus dem neuen START-Folgeabkommen über die Reduzierung strategischer Offensivwaffen wieder auszusteigen, wenn es Washingtons Raketenpläne weiter als Bedrohung ansieht. „Der Vertrag enthält keine Bestimmungen, die den Aufbau einer US-Raketenabwehr erleichtern, die eine Gefahr für Russland darstellen würde“, stellte der russische Außenminister Lawrow fest. Auf der anderen Seite werfen viele Osteuropäer Obama vor, dass er sich von den Plänen seines Vorgängers für einen Raketen-schild in Polen und Tschechien verabschiedet hat. Es treibt sie die Sorge um, dass Mittel-Osteuropa der neuen Freundschaft zwischen Moskau und Washington „geopfert“ werden könnte.

Nachdem US-Vizepräsident Biden auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2009 einen „Neustart“ in den russisch-amerikanischen Beziehungen angekündigt hatte, ist die Unterzeichnung des Nachfolgevertrages für das erste Start-Abkommen sicher ein Meilenstein. Für Präsident Obama ist das neue Abkommen nur ein erster Schritt in seiner ehrgeizigen Abrüstungsagenda, auf dem Weg in eine Welt ohne Atomwaffen. „Yes, we can“, rief er den Menschen in Prag vor einem Jahr zu: Eine Welt ohne Nuklearbedrohung sei möglich. Weitere konkrete Schritte nahm Obama

bereits ins Visier. Ginge es nach den Vereinigten Staaten, sollen sich mit Russland Verhandlungen über taktische nukleare Gefechtsfeldwaffen wie Kurzstreckenraketen, Bomben und Artilleriegeschosse anschließen. Hier sind die Bestände Russlands um ein Vielfaches höher als die der USA. Diese Absicht kann man nur unterstützen: Das Abkommen muss als Sprungbrett für eine umfassendere nukleare Abrüstung und eine sicherere Welt genutzt werden. Wirklich nützlich ist das START-Folgeabkommen nur, wenn es nicht am Ende, sondern am Anfang weiterer Verhandlungen stünde. Dafür muss sich Europa von seiner passiven Haltung verabschieden und sich entschlossen in die Nuklearabrüstungsverhandlungen einbringen.

Neben strategischen Nuklearwaffen, deren Arsenal im Rahmen des START-Abkommens begrenzt sind, unterliegen alle anderen Atomwaffentypen keiner internationalen Begrenzung. Dies betrifft insbesondere „taktische Nuklearwaffen“, die die NATO ursprünglich als Abschreckung gegen einen konventionellen sowjetischen Angriff auf Westeuropa einführte. Im heutigen strategischen Kontext sind diese Waffen irrelevant geworden. Dennoch sind sie immer noch auf dem gesamten europäischen Kontinent verteilt und bleiben eine nicht zu unterschätzende Gefahr, z. B. im Falle eines Raubs durch Terroristen, die sie für einen Terroranschlag einsetzen könnten. Trotz alledem sind bisher die Versuche zur vollständigen Beseitigung taktischer Nuklearwaffen gescheitert. Die Gründe hierfür sind vor allem politisch-strategischer Natur: Für Russland bleiben taktische Nuklearwaffen ein Mittel, die militärische und strategische Überlegenheit des NATO-Bündnisses zu kompensieren. Russland wird deshalb erst dann über die Abrüstung von taktischen Atomwaffen verhandeln, wenn es die Garantie hat, dass die NATO keine Gefahr mehr darstellt. Deswegen muss Russland als gleichwertiger Partner in die europäischen Sicherheitsstrukturen eingebunden werden.

Hier wird Europas Verantwortung deutlich. Der erfolgreiche Abschluss des Start-Nachfolgevertrags bietet eine einmalige Gelegenheit, die Abrüstung taktischer Nuklearwaffen

endlich voranzutreiben. Wenn Europa dieses Ziel tatsächlich erreichen möchte, wie es Bundesaußenminister Westerwelle bereits erklärt hat, muss es sich aktiv – und mit einer Stimme – zugunsten einer besseren Einbindung Russlands in die europäischen Sicherheitsstrukturen einsetzen.

Die US-Regierung hat die Überprüfung ihrer neuen Nukleardoktrin beendet. Präsident Obama bricht mit der neuen „Nuclear Posture Review“ mit der bisherigen Militärdoktrin und will den Einsatz von Kernwaffen beschränken. Das Weiße Haus will keine derartigen Waffen mehr gegen Staaten einsetzen, die selbst nicht über Atomwaffen verfügen. Voraussetzung sei jedoch, dass die betreffenden Länder den Atomwaffensperrvertrag einhalten. Damit bleiben der Iran und Nordkorea weiter potenzielle Ziele amerikanischer Kernwaffen. Die neue Strategie ist ein klarer Bruch mit der Politik der Vorgängerregierung, die eine atomare Vergeltung für Angriffe mit bakteriologischen und chemischen Waffen vorgesehen hatte sowie die Entwicklung neuer bunkerknackender „Mini-Nukes“ plante. So heißt es jetzt, die Vereinigten Staaten würden den Einsatz von Kernwaffen nur noch unter „extremen Umständen“ erwägen und auf die Entwicklung neuer Sprengköpfe verzichten. Kritiker aus dem oppositionellen Lager der Republikaner werfen ihm vor, der Verzicht auf Nuklearwaffen gerade angesichts neuer Bedrohungen durch Iran und Nordkorea sei naiv. Während dem linken Flügel der Demokratischen Partei der Kurswechsel Obamas nicht weit genug geht, werfen ihm die Konservativen die Gefährdung der nationalen Sicherheit vor. Aber es wäre eine Sensation gewesen, wenn Präsident Obama klipp und klar auf die Option des atomaren Erstschlags verzichtet hätte. Indem er weiterhin mit der Möglichkeit droht, Atomwaffen gegen Außenseiter-Staaten einzusetzen, die die Welt mit Nuklearwaffen bedrohen, nimmt Obama freilich Rücksicht auf die aufgeheizte Stimmung in Washington. Auch unter Obama halten die USA an der atomaren Abschreckung fest – mit behutsamen Akzentverschiebungen. Der erklärte, umstrittene Verzicht, keine Atomwaffen mehr zu entwickeln und

nicht-atomare Angriffe auch nicht mit Atomwaffen zu vergelten, ist trotz aller Einschränkungen ein bedeutendes Zeichen des amerikanischen Abrüstungswillens. Zusammen mit der Unterzeichnung des START-Folgeabkommens und dem großen „Nuclear Security Summit“ im April in Washington, startete Obama eine überzeugende neue Offensive zur nuklearen Abrüstung.

Der „Nuclear Security Summit“ endete mit einem vollen Erfolg und war nach Worten von Bundeskanzlerin Merkel ein „bemerkenswertes Ereignis“. 47 Staaten haben sich erstmals gegen den illegalen Handel mit Nuklearmaterial zusammengeschlossen. Auf dem von Präsident Obama initiierten Atom-Gipfel einigten sie sich dazu auf eine gemeinsamen Erklärung und einen Aktionsplan. Der Gipfel war sich klar, dass der Nuklearterror zu den größten Gefahren für die Weltsicherheit gehöre. Ziel ist die Eindämmung des Handels in den nächsten vier Jahren sowie eine strenge juristische Aufsicht. Allerdings handelt es sich um unverbindliche Absichtserklärungen. 2012 soll in Südkorea ein Folgetreffen zur nuklearen Sicherheit stattfinden. Die durch die Tschernobyl-Katastrophe traumatisierte Ukraine sicherte zu, ihr Nuklearmaterial, das für den Bau mehrerer Atombomben ausreicht, in den nächsten beiden Jahren bis zum letzten Gramm vernichten zu wollen. Auch Kanada plant, mehrere 100 Kilo hoch angereichertes Uran aus seinen Forschungseinrichtungen in die USA zu verlagern. Dass Chile nach dem großen Erdbeben im März sein Nuklearmaterial aus Sicherheitsgründen bei Nacht und Nebel in die USA verschiffen ließ, ist in Obamas Augen ein hoffnungsvolles Zeichen für das wachsende Verantwortungsbewusstsein im Umgang und bei der Lagerung radioaktiver Materialien. Die USA und Russland unterzeichneten ein Abkommen zur Vernichtung von 34 Tonnen Plutonium ab 2018. Vor allem waffenfähiges Uran und Plutonium sollen nicht in falsche Hände geraten. Gemessen an heutigen Bedrohungsszenarien sei die Zeit des Kalten Krieges zwar „schwierig, aber übersichtlich“ gewesen. Die Sorge, dass sich El Kaida eines Tages mit

Hilfe skrupelloser Wissenschaftler und profitgieriger Schmuggler eine Atombombe verschafft, treibt vor allem die Amerikaner um. Auch all das radioaktive Material, das sich in Forschungseinrichtungen und medizinischen Geräten befindet, ist für den Bau einer schmutzigen Bombe verwendbar und ist zu sichern. Pakistan, das praktisch über Nacht zur Atommacht aufgestiegen war, wehrte sich gegen die Rolle des „bösen Buben“, der atomar weiter aufrüstet, ohne sich internationalen Kontrollen zu unterwerfen. Dass Indiens instabiler Nachbar und Rivale darüber hinaus noch die Kaida-Terroristen vor der eigenen Haustür weiß, lässt die Alarmglocken schon seit längerem schrillen. Iran hatte Obama ebenso wie Nordkorea gar nicht erst eingeladen. Auf Granit biss der abrüstungswillige Gastgeber ausgerechnet bei Frankreichs Präsidenten Sarkozy. Auf seine Atomwaffen, Frankreichs Eintrittskarte für den Club der Großen, will Sarkozy auf keinen Fall verzichten. Israels Premierminister Benjamin Netanjahu war vorsorglich gar nicht erst zur Konferenz erschienen, um nicht Zielscheibe von arabischen und anderen islamischen Staaten zu werden, die weniger über Nuklearsicherheit reden, sondern Israel wegen seiner Atompolitik an den Pranger stellen und seine Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages betreiben wollten. Die vermuteten israelischen Atomwaffen sind nach juristischen Maßstäben nicht illegal, weil das Land, anders als der Iran, und so wie Indien und Pakistan den Nichtverbreitungsvertrag nie unterzeichnet hat. Deshalb hat die internationale Gemeinschaft auch kein Recht, Inspektionen zu fordern. Israels Umgang mit seinen Atomwaffen ist jedoch problematisch, Sie stellen eine Anomalie dar, die nur dadurch erklärbar ist, dass der kleine Staat in den letzten 60 Jahren wie kaum ein anders Land gefährdet war und Vorsorge treffen wollte. Israel hat aber nie zugegeben, über Atomwaffen zu verfügen und eine „Politik der Mehrdeutigkeit“ verfolgt. Denn herauszuposaunen, dass man diese Waffen hat, hätte die umliegenden, zum Teil feindseligen Staaten gezwungen, ebenfalls Atomwaffen zu entwickeln – schon um dem Druck ihrer Öffentlichkei-

ten zu begegnen. Je mehr Jerusalems Atomwaffen aber in den Fokus geraten und je mehr sie nicht nur in der Wahrscheinlichkeitsform, sondern als Faktum auf internationalen Foren diskutiert werden, desto weniger haltbar ist diese Politik der Mehrdeutigkeit. Dieses Thema auf dem „Nuclear Security Summit“ hochzuziehen, nur um einmal gegen Israel zu punkten, wäre nicht klug gewesen. Denn es hätte von den wirklichen Problemen abgelenkt. Etwa vom iranischen Atomprogramm, das die eigentliche strategische Bedrohung für die arabischen Staaten ist, weil Teheran offen terroristische Organisationen wie die libanesische Hisbollah und die palästinensische Hamas unterstützt. Schließlich sind es vor allem islamistische Terroristen – mit einer starken arabischen Komponente wie El Kaida – die sich bisher bemüht haben, an Atombombenmaterial zu kommen.

Mit Obama steht die atomare Abrüstungsdebatte, die nach dem Ende des Kalten Krieges tatsächlich ein Stück weit in Vergessenheit geraten schien, wieder auf der Tagesordnung.

In Deutschland sind wahrscheinlich noch zehn bis 20 Nuklearbomben nahe dem Ort Büchel in der Eifel stationiert. Auch in Italien, Belgien, der Türkei und den Niederlanden lagern noch amerikanische Atomwaffen, insgesamt wohl nicht mehr als 200 Stück. In der neuen Strategie legt sich Obama nicht auf einen Abzug dieser Atomwaffen aus Europa fest. Wie Amerikas Vizepräsident Joe Biden verkündet hat, soll die deutliche Reduzierung der Sprengköpfe zum Teil dadurch aufgewogen werden, dass mehr Sorgfalt darauf verwendet wird, die Funktionsfähigkeit der verbleibenden Waffen sicherzustellen. Im Haushalt für 2011 hat Obama deshalb eine Erhöhung des Budgets der Nuklearsicherheitsbehörde um 13 Prozent auf 11,2 Milliarden Dollar vorgesehen – die größte Ausweitung aller Regierungsinstitutionen. Offenbar soll das Kritiker auch auf republikanischer Seite besänftigen. Die bemängeln, dass der geplante Abbau nicht in eine Zeit passe, in der Problemstaaten wie Nordkorea und der Iran Atomwaffen haben oder entwickeln.

Hinter den Kulissen hat es auch Gespräche mit den europäischen Al-

liierten über die in Europa verbliebenen taktischen Nuklearwaffen gegeben. Die Zahl der amerikanischen Atomwaffen in Europa hat in den vergangenen 40 Jahren drastisch abgenommen: Waren es 1971 noch etwa 7300, sollen es inzwischen höchstens 350 Stück sein. Die US-Waffen in Büchel werden im Rahmen des NATO-Konzepts der nuklearen Teilhabe gelagert, mit dem jene Mitgliedstaaten in einen Einsatz einbezogen werden können, die selbst über keine Atomwaffen verfügen. Deutschland stellt die Tornado-Trägerflugzeuge für die Bomben. Noch im Sommer 2008 warnte die damalige Bundesregierung davor, die nukleare Teilhabe als Kern des Nordatlantischen Bündnisses in Frage zu stellen. Die Wende in dieser Haltung kam mit dem Regierungswechsel. Der heutige deutsche Außenminister Guido Westerwelle hatte schon länger auf einen Abzug der Waffen als wichtiges Abrüstungssignal gepocht. Die Unionsparteien stimmten letztlich in den Koalitionsverhandlungen unter der Bedingung zu, dass es keinen deutschen Alleingang gebe. Westerwelle und seine Amtskollegen aus Norwegen und den Benelux-Staaten haben in einem Brief an NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen eine Debatte darüber gefordert. Bei der NATO-Außenminister-Tagung im April in der estnischen Hauptstadt Tallin waren Beratungen über weitere Schritte zur nuklearen Abrüstung auf die Tagesordnung gesetzt worden. Ein Bündnis aus Deutschland, Belgien und drei weiteren NATO-Mitgliedsländern will von den USA den Abzug aller Atomwaffen aus Europa verlangen. Diesem Bündnis gehören auch Luxemburg, die Niederlande und Norwegen an. Es hofft, dass die USA ihr Atomwaffenarsenal möglicherweise um Tausende Waffen und damit auch die taktischen Atomwaffen in den betroffenen Ländern reduzieren wird. Diese Erwartung ist verständlich, aber wohl etwas verfrüht. Die Reduzierung der so genannten taktischen Atomwaffen mit kurzer Reichweite in Europa ist für Obama tatsächlich kein vorrangiges Ziel. Keine dieser Waffen bedroht schließlich die eigenen Grenzen. Dringenden Handlungsbedarf sieht Washington auch unter einem prinzipiell abrüstungsbereiten

Präsidenten dafür nicht. Bundesaußenminister Westerwelle hatte bei wiederholten Gelegenheiten, auch bei der Münchner Sicherheitskonferenz, die Forderung nach Abzug der noch in Deutschland verbliebenen Atombomben bekräftigt. Angesichts der im Mai in New York stattfindenden, alle 5 Jahre terminierten Überprüfungs-Konferenz zur Nichtverbreitung von

Atomwaffen und nuklearem Material, begrüßen die Minister in ihrem Brief an den NATO-Generalsekretär das Ziel von US-Präsident Obama, alle Atomwaffen abzuschaffen. „Wir glauben, dass wir auch in der NATO diskutieren sollten, wie wir diesem übergeordneten politischen Ziel näher kommen können“. Zugleich rechnen sie damit, dass die Chancen für

ihr Vorhaben in diesem Zusammenhang besser stehen. Zudem wollen die Außenminister die Debatte über das strategische Konzept der NATO beeinflussen, das voraussichtlich auf den NATO-Gipfel im November in Lissabon für die nächste Dekade festgelegt wird, welche Rolle die Allianz der nuklearen Abschreckung künftig noch beibehält. □

Kurznachrichten

Caritas in Russland ist wieder aufgeblüht

Sant'Egidio organisiert Tagung in Rom

Die Caritas in Russland ist wieder aufgeblüht. Der Metropolitan Filaret von Minsk, vom Moskauer Patriarchat, wies jetzt in Rom darauf hin, dass die Werke der Nächstenliebe nach dem Ende des Sowjetregimes in den orientalischen Kirchen wieder aufgeblüht sind.

Ber der Tagung „Die Armen sind der kostbare Schatz der Kirche: Orthodoxe und Katholiken auf dem Weg der Nächstenliebe“, die jetzt in Rom stattfand erklärte Filaret: „In den Sprachen der heutigen Gesellschaft verschwinden die Worte ‚Nächstenliebe‘ und ‚Wohltätigkeit‘ Schritt für Schritt aus dem Sprachgebrauch und nehmen einen etwas archaischen Klang an“.

Die von der Gemeinschaft Sant'Egidio in Rom ausgerichtete Tagung führte Vertreter der katholischen und orthodoxen Kirche zusammen.

Ein zahlreiches und aufmerksames Publikum im überfüllten Tagungssaal und auch in den über Video verbunde-

nen Nebenräumen verfolgte die Arbeiten dieser Tagung, die ein Thema der verschiedenen christlichen Traditionen zur Sprache brachte, das – wie erwähnt wurde – ein unumgängliches Element der christlichen Identität und ein Faktor der Einheit der Kirche darstellt.

„Wir Christen der verschiedenen Konfessionen sind schon in der Liebe zu den Armen vereint“, betonte Andrea Riccardi, der Gründer der Bewegung Sant'Egidio. Riccardi betonte, dass diese Liebe auch auf die tiefen Fragen der Männer und Frauen unserer Zeit eine Antwort gibt: „Wir leben in einer schwierigen Zeit. Viele Menschen leiden in den reichen Ländern unter der Wirtschaftskrise, die die Armut vergrößert. Es gibt nicht nur happy days. Im Süden der Welt leiden viele in den armen Ländern. Die Solidarität im Bereich des Marktes wird durch die Wirtschaftskrise und den Wettbewerb schwächer“.

„Es geht immer weniger um die Frage, wie man die Armen

verteidigen kann, und immer mehr darum, wie man sich vor den Armen verteidigen kann. Ja, sich vor den Armen verteidigen!“, so Riccardi.

„In einer Gesellschaft, in der die Wirtschaft zum Maßstab des Urteilens wird, ist der Arme bedeutungslos. So werden die Armen unsichtbar, sie treten nicht in Erscheinung. Die alten Menschen (es ist ein großes Geschenk unserer Zeit, dass die Zahl der Lebensjahre ansteigt, was den Traum von Jahrhunderten verwirklicht) werden aus den Familien vertrieben und sterben allein in Heimen, ungesehen. Kranke, Gefangen sind außerhalb unseres Blickes. Die Bettler werden aus den Stadtzentren vertrieben, weil sie das Umfeld hässlich machen. Die Armen machen keine Schlagzeilen. Die Medien vergessen die Armut schnell: das ist der Fall bei Haiti, das nach der richtigen Medienaufmerksamkeit in den ersten Tagen nach dem schrecklichen Erdbeben vergessen ist“.

(ZENIT)

Neues Selbstbewusstsein

Russisch-orthodoxe Kirche: Ein Jahr Patriarch Kyrill I.

VON OLIVER HINZ (KNA-KORRESPONDENT)

Der Moskauer Patriarch Kyrill I. hat in den ersten 15 Monaten an der Spitze der russisch-orthodoxen Kirche klare Akzente gesetzt. So boykottierte er die im Oktober 2009 gewählte Spitzenrepräsentantin der deutschen Protestanten, Bischöfin Margot Käßmann, und schmiedet zur Verteidigung konservativer Werte ein Bündnis mit dem Vatikan. Seit Amtsantritt des charismatischen Kyrill I. am 1. Februar 2009 strotzt Russlands orthodoxe Kirche vor neuem Selbstbewusstsein – manchmal sogar gegenüber dem Kreml.

Das Oberhaupt von weltweit 150 Millionen russisch-orthodoxen Chri-

sten kann bereits eine Reihe von Erfolgen vorweisen. Staatspräsident Dmitri Medwedew erfüllte nach Gesprächen unter vier Augen gleich drei zentrale Patriarchenwünsche. Mit einem Pilotprojekt ebnete er der Wiedereinführung des Religionsunterrichts an Schulen den Weg. Auch den Ausbau der bislang bescheidenen Militärseelsorge ordnete der Kremlchef an. Und erst vor wenigen Wochen erreichte Kyrill das Versprechen, dass die Kirche fast ihr gesamtes zu Sowjetzeiten enteignetes Eigentum zurückbekommt.

Großen Respekt genießt der Patriarch bei vielen Russen besonders we-



*Patriarch Kyrill von Moskau und ganz Russland nach seiner Intronisation.
(Quelle: www.oki-regensburg.de)*

Stichwort

Russisch-orthodoxe Kirche

Die russisch-orthodoxe Kirche ist mit rund 150 Millionen Gläubigen die mit Abstand größte orthodoxe Nationalkirche. In Russland bekennen sich gut zwei Drittel der Bevölkerung zu ihr – etwa 100 Millionen Menschen. Fast alle übrigen ehemaligen Sowjetrepubliken zählt das Moskauer Patriarchat ebenfalls zu seinem kanonischen Territorium. Die Zahl der Pfarreien und Geistlichen stieg nach dem Ende des kirchenfeindlichen kommunistischen Regimes stark an. Heute gibt es 167 Diözesen, rund 30.000 Pfarreien und 202 Bischöfe.

Nach dem Tod des Moskauer Patriarchen Alexij II. im Dezember 2008 wurde im Januar 2009 Metropolit Kyrill von Smolensk und Kaliningrad zum neuen Patriarchen gewählt. Zwischen der Kirche und dem geistigen Zentrum der Weltorthodoxie, dem Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel, gibt es Meinungsverschiedenheiten beim Umgang mit den nationalen orthodoxen Abspaltungen in der Ukraine und Estland.

Das Wort „orthodox“ stammt aus dem Griechischen und bedeutet „rechter Lobpreis“. Die russische Kirche entstand im Jahr 988 mit der Taufe des Kiewer Großfürsten Wladimir. Nach dem Zerfall der Kircheneinheit 1054 erkannte die Orthodoxie allein die sieben ersten ökumenischen Konzilien an. Sie verwirft die neueren katholischen Dogmen wie die Unfehlbarkeit des Papsts oder Aussagen über Maria. Auch sieht die Orthodoxie den Papst nicht als Oberhaupt der Gesamtkirche, sondern als Bischof von Rom und gleichgeordneten Patriarchen des Westens.

Ende des 16. Jahrhunderts erhielt die Kirche von Moskau den Rang eines Patriarchats. Während der Kirchenreform von Zar Peter dem Großen (1682-1725) wurde die russisch-orthodoxe Kirche Staatskirche. Bis 1917 blieb sie staatsgebunden. Nach der Oktoberrevolution spaltete sich in den 1920er Jahren die russisch-orthodoxe Kirche außerhalb Russlands (ROKA) von der Mutterkirche ab. Erst 2007 kam es zur Wiedervereinigung.

gen seines souveränen und bisweilen humorvollen Auftretens. Vor Fernsehpublikum scherzte er etwa über seine Aversion gegen das Klavierspielen und lobte seine selbst gemachten Frikadellen. In der „Elite-Rangliste“ des staatlichen Meinungsforschungsinstituts VCIOM landete Kyrill I. im Dezember auf Platz vier – höher stufte die Bevölkerung nur Ministerpräsident Wladimir Putin, Präsident Medwedew und eine Musikerin ein.

Auch der langjährige katholische Moskauer Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz bewundert den „enormen Enthusiasmus“, mit dem Kyrill I. die größte orthodoxe Nationalkirche leitet. „Er ist ein sehr guter Organisator, sehr aktiv, gut vorbereitet, sehr beredt und beliebt, nicht nur in Russland, sondern weltweit bekannt, eine echte Führungspersonlichkeit“, sagte der heutige Minsker Erzbischof der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Der Patriarch habe seiner Kirche einen neuen Schub geben. Auch die Beziehungen zur katholischen Kirche hätten sich stark entwickelt – die Standpunkte des Patriarchen deckten sich in theologischen Fragen fast vollständig mit denen von Benedikt XVI.

Einen Zeitplan für eine historische Begegnung der Oberhäupter beider seit rund tausend Jahren getrennten Kirchen gebe es allerdings noch nicht.

Stark abgekühlt haben sich dagegen die Beziehungen zu den deutschen Protestanten. Wegen der Wahl Käßmanns zur EKD-Ratsvorsitzenden kam es im November zum Eklat: Die in Berlin und Moskau geplanten Feiern zum 50-jährigen Jubiläum des Dialogs zwischen beiden Kirchen platzten. Kyrill I. lehnte Käßmann als Gesprächspartnerin ab. Nun herrscht auf Spitzenebene erst einmal Funkstille. Eine Frau als Kirchenführerin – das widerspricht den Grundsätzen der orthodoxen Kirche. Zwar kappte das Patriarchat den Kontakt zur EKD nicht vollends, stoppte aber den einst fruchtbaren Dialog beider Kirchen in der bisherigen Form. Kyrill I. hatte nicht einmal auf einen Brief Käßmanns geantwortet, in dem diese ihn kurz nach ihrem Amtsantritt um die Weiterführung des Dialogs gebeten



Staatspräsident Dmitri Medwedew im Gespräch mit Patriarch Kyrill I. Das Kirchenoberhaupt Kyrill I. erklärte bei diesem Treffen, es sei sehr wichtig, dass Religionsunterricht auf freiwilliger Basis stattfindet. Man müsse ohne jeglichen Druck und Einfluss von außen frei zwischen den Grundlagen der russischen Orthodoxie, des Islam, des Judentums oder des Buddhismus auswählen können. (domradio.de)

hatte. Auch nach dem Rücktritt der EKD-Vorsitzenden wurde der Dialog noch nicht wieder aufgenommen. Die Nummer zwei des Moskauer Patriarchats, Außenamtschef Erzbischof Hilarion, will jedoch bald nach Deutschland kommen.

Dass Kyrill I. nicht immer auf Kremlkurs ist, zeigte er im Fall des von Georgien abtrünnigen Abchasien. Während das russische Parlament die Unabhängigkeit der Kaukasusregion anerkannte, entriß der Patriarch die Kirchenprovinz nicht der georgisch-orthodoxen Kirche. Eine herbe Enttäuschung für die selbst ernannte abchasische Nationalkirche, die gerne unter die Fittiche Moskaus möchte. Wie eng die Bindung von Kyrill I. zu Medwedew sonst ist, sah man während des Weihnachtsgottesdienstes. Vor dem Altar tauschten beide Geschenke aus. Der Staatschef übergab ein handgeschriebenes Neues Testament, der Patriarch eine Sammlung russischer Gedichte. (KNA/PS)

Salzburger Hochschulwochen

Endlich! Leben und Überleben

VON BERTRAM BASTIAN

Unter diesem Titel wird von Montag, den 2., bis Sonntag, den 8. August 2010, in verschiedenen Diskursen nach dem Stellenwert und der Bedeutung von dem gefragt, was das Ende und die Endlichkeit in unserem Leben und für unser Überleben darstellt. Die Salzburger Hochschulwoche, die seit 1931 durchgeführt wird, soll das Gespräch der Theologie mit den anderen Wissenschaften pflegen und führen, jungen Studierenden die Möglichkeit am interdisziplinären Gespräch der Wissenschaften bieten und nicht zuletzt ein Forum der Begegnung verschiedener Generationen und Länder sein.

Geschichtlicher Rückblick

Im Jahr 1931, in der Zeit der Weltwirtschaftskrise, dem Emporkommen des Nationalsozialismus in Deutschland, wurde die deutschsprachige Öffentlichkeit aufgefordert, ihr Wissen und ihre Bildung nach katholischen Grundsätzen in streng wissenschaftlicher Methode zu erweitern und zu vertiefen. Mit diesem Anschreiben zu den ersten Hochschulwochen setzten die Salzburger Wissenschaftler ein theologisches Signal in einer Zeit, in der die Menschen nach Orientierung suchten. Es ging um die wissenschaftlich fundierte Vermittlung

katholischer Positionen, und zwar als Selbstüberprüfung nach innen wie als Darstellung nach außen hin. Als Sommeruniversität konzipiert, sollten die Salzburger Hochschulwochen die Gründung einer katholischen Universität in Salzburg forcieren, was aber nicht gelang. 1939 wurde die Veranstaltung auf Anweisung der Nationalsozialisten verboten und nahm ihren „Vorlesungsbetrieb“ gleich 1945 wieder auf, als die Menschen Halt und Stütze brauchten.

Träger der Einrichtung sind die Theologische Fakultät der Universität Salzburg, die Salzburger Äbte-

konferenz der Benediktiner, das Katholische Hochschulwerk Salzburg, die Görres-Gesellschaft, die Katholischen Akademikerverbände Deutschlands und Österreichs sowie das Forum Hochschule und Kirche der Deutschen Bischofskonferenz. Karl Rahner hat in Salzburg seinen „Hörer des Wortes“ erstmals entwickelt und vortragen – einen der religionsphilosophischen Grundtexte des 20. Jahrhunderts. Mehrfach ist Joseph Ratzinger, bevor er Papst wurde, als Festredner aufgetreten. Aber auch Persönlichkeiten wie Ruth Klüger, August Everding oder Hans-Georg Gadamer und

zuletzt Peter Simonischek, um nur einige zu nennen, haben die Salzburger Hochschulwochen als ein Forum offener Katholizität und auseinandersetzungsbereiter Gesprächskultur etabliert.

Veranstaltung 2010

„Die Salzburger Hochschulwoche 2010 stellt sich einem Thema, das im Zuge begrenzter Lebensressourcen eine besondere Intensität verspricht und zu kritischen Positionsbestimmungen herausfordert: ‚Endlich! Leben und Überleben‘. Die befristete Lebenszeit und das Ende des Lebens überhaupt sind Probleme, die Religionen immer wieder bearbeitet haben. Für das Christentum verbindet sich damit eine Hoffnungsperspektive. Die menschliche Endlichkeit, die sich komplex in unseren Hand-

lungsoptionen durchsetzt, vermittelt sich im Glauben an die unendliche Lebensmacht Gottes. Die Reich-Gottes-Botschaft Jesu Christi erfasst sie unter einem besonderen Vorzeichen: nichts ist dringlicher als der Macht des Lebens über den Tod Raum zu geben. Das „Endlich!“ des Programmtitels arbeitet in seinen unterschiedlichen Wortbedeutungen an dem, was an- und was aussteht. Endlich – das nimmt unsere Existenz-Limits ernst. Endlich – darin steckt ein befreiendes Moment, ein Anfang. Endlich – das meint zugleich die Anspannung angesichts anstehender Aufgaben.“ Mit diesen Worten stellt der Obmann des Direktoriums der Salzburger Hochschulwochen, Univ.-Prof. Dr. Gregor Hoff, die diesjährigen Veranstaltungen in dem Flyer vor. In diesem Direktorium sind von der Katholischen

Akademikerarbeit Deutschlands, in der die GKS Mitglied ist, zwei Mitglieder des Präsidiums vertreten, Frau Elke Peters, die Vizepräsidentin und Schatzmeisterin, und Dr. Wolfgang Löhr, der Altpräsident.

Die Tage beginnen mit einer Eucharistiefeier oder einem gemeinsamen Gebet in der Regel ab 08.45 Uhr. Zwischen 10.00 Uhr und 12.00 Uhr finden Vorlesungen statt, am Nachmittag ab 14.30 Uhr werden Vorlesungen mit Kolloquien veranstaltet. Ausnahme ist der Donnerstagnachmittag, an diesem wird der Publikumspreis verliehen. Am Sonntag findet der Festgottesdienst im Salzburger Dom statt, bevor der Akademische Festakt in der großen Aula der Universität die diesjährigen Hochschulwochen beschließen wird. Festrednerin wird an diesem Tag Gesine Schwan sein.

Autobahnkirchen in Deutschland

VON BERTRAM BASTIAN

Deutschland hat mit eines der besten Autobahnnetze in Europa, wenn nicht das Beste. Diese ausgezeichnete Infrastruktur in Verbindung mit der zentralen Lage Deutschlands in Europa führt dazu, dass der Tran-



Bild 1

sportverkehr die Republik im wahrsten Sinne des Wortes überrollt. Durch die Verringerung der Lagerhaltung bei der Industrie, verbunden mit dem Stichwort „just in time production“, hat der Schwerlastverkehr diese Verkehrsadern fest im Griff. Die Autobahnmeistereien müssen diese Strecken instand halten und sorgen mit Wanderbaustellen für Grünholzpfle-

ge und Dauerbaustellen dafür, dass Fahrten auf unseren Autobahnen immer ein Erlebnis sind.

Soldatinnen und Soldaten kennen diese Autobahnen in der Hauptsache am Wochenende, wenn man freitags eilig nach Hause fährt, um die Familie zu sehen oder die anstehenden Probleme zu lösen. Am Sonntag oder in der frühen Montagnacht macht man sich wieder auf den Weg zurück zur Dienststelle und hetzt über dieselben Strecken. Die Landschaft nimmt man schon gar nicht mehr wahr, konzentriert sich stattdessen auf die „Blechlawine“ und dass man heil durchkommt. Da fällt das kleine Zeichen am Straßenrand, das schwarze Kirchlein auf weißem Grund, kaum auf. Auch aus diesem Grund ist es auf die Titelseite gerutscht. Das Zeichen soll die hastenden Menschen darauf aufmerksam machen, dass es eben doch mehr gibt, als nur die Hetze im Alltag.

In Deutschland gibt es Autobahnkapellen, die meist auf Rastplätzen direkt an der Autobahn liegen und es gibt Sakralbauten, die in einer Entfer-

nung bis zu 1.000 m von der Strasse entfernt, den Reisenden die Möglichkeit bieten, sich einige Augenblicke von dem Stress zu erholen. Sowohl konfessionell gebundene Kirchen als auch ökumenische Häuser sind eben-



Bild 2

falls zu finden, denn – schon diese Tatsache ist für Deutschland bemerkenswert – es gibt keine Vorschriften über Autobahnkirchen. Immer führt

die Entscheidung einer örtlichen Gemeinde zur Einrichtung einer solchen Kirche oder Kapelle. Diese Gemeinde, die im Regelfall die Einrichtung dann auch betreut, sorgt dafür, dass zu bestimmten Tageszeiten die Kirche offen und zugänglich ist für die Besinnungssuchenden. Aber das ist auch unterschiedlich, Kapellen auf den Rastplätzen sind meist 24 Stunden geöffnet, die evangelische Autobahn- und Gemeindekirche in Gelmeroda zum Beispiel täglich von 08.00 Uhr bis 20.00 Uhr. Historisch interessante Kirchenbauten wie die ökumenische Autobahnkirche Jakobikirche in Wilsdruff, an der A4 in Sachsen (Bild 1) bieten dem Besucher historische Raritäten. Ist die Jakobikirche doch die älteste, erhaltene Wehrkirche in Ostsachsen und ist ein Schmuckstück des romanischen Sakralkirchenbaus. Darüber hinaus gibt sie durch die unvollendete Res-

taurierung des Innenraumes die Blicke auf die Wandmalereien früherer Tage frei.

Aber auch junge Kirchen finden sich in der Sammlung der Autobahnkirchen, die eine ganz andere Art und Weise besitzen, um den Besucher zu beeindrucken. Auf dem Weg zu der Martinskirche (Evangelische Autobahn- und Gemeindekirche Waldlaubersheim, an der A61 im Rheinland Bild 2) gelangt man von der lärmenden, breiten Autobahn in eine andere Welt. Kleine, enge Gassen, die durch das Winzendorf hin zur Kirche führen, lassen den Eindruck entstehen, dass hier die Zeit langsamer vergeht. Zur Kirche selbst muss man einige Treppen steigen, um dann in der Kirche zur Ruhe zu kommen. Die Hektik und der pulsierende Lärm sind weit weg, bis man sich selbst wieder auf den Weg macht, zurück in die Betriebssamkeit der Autobahn.

In fast allen Kirchen und Kapellen findet man ein Buch, in dem man seine Gedanken und Wünsche niederschreiben kann. Ob es der glückliche Autofahrer ist, der knapp einem Unfall entkommen ist oder der verzweifelte Gläubige, der Gott bittet, seine Familie vor drohender Trennung zu bewahren. Diese Orte geben uns Menschen die Möglichkeit, zu uns selbst zu finden, nicht unterzugehen in dem teils selbst verursachten Stress. An diesen Orten sollte uns wieder bewusst werden, dass es Bedeutenderes gibt als wichtig zu sein. Und das es Einen gibt, der größer ist als alles andere.

Wer sich mehr informieren möchte oder vielleicht plant, eine Urlaubsreise entlang dieser schönen Objekte durchzuführen, der kann sich im Internet unter der Adresse www.autobahnkirche.de über diese sehenswerte Orte unterrichten. □

Kurznachrichten:

Das Recht auf Kruzifixe

Der emeritierte Kölner Staatsrechtler Martin Kriele hat scharfe Kritik am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte mit Blick auf das Kruzifix-Urteil geübt. Sollte die Große Kammer nun im Revisionsverfahren das Urteil ohne enge Eingrenzung bestätigen, habe dies weitreichende Konsequenzen, warnt Kriele in einem Gastbeitrag für die „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Denn nach seiner Überzeugung folgt das Urteil der Logik des Schweizer Minarett-Verbots.

Das Gericht hatte am 2. März entschieden, über das umstrittene Kruzifix-Urteil neu zu verhandeln. Ein aus

fünf Richtern bestehendes Gremium billigte die Überweisung des Falls an eine aus 17 Richtern bestehende Große Kammer. Regierung und katholische Kirche in Italien begrüßten die Wiederaufnahme des Kruzifix-Verfahrens.

Wird das ursprüngliche Urteil bestätigt, verletzen „eigentlich alle Kruzifixe in allen öffentlichen Räumen die Menschenrechte“, so der Staatsrechtler. Dasselbe gelte für alle öffentlichen Erscheinungsformen von Religion, wie das Glockenläuten bis hin zu Kirchen und Moscheen.

Der Menschenrechtshof hatte in erster Ins-

tanz einer italienischen Mutter Recht gegeben, die sich gegen Kreuze an öffentlichen Schulen gewandt hatte. Die Richter erklärten, das Kreuz könne als religiöses Symbol auf Kinder verstörend wirken. Das Recht, an keine Religion zu glauben, gehöre zur Religionsfreiheit. Nach Krieles Ansicht folgt das Urteil der Auffassung, dass es ein Menschenrecht sei „in einem säkularisierten Staat zu leben, in dem sich die Religion vollständig aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen hat“. Diese Formel finde sich aber in keiner Menschenrechtskonvention.

(KNA-ID-09/2010)

Eine starke Gemeinschaft

VON GEORG-PETER SCHNEEBERGER

In der Diözese Eichstätt in der Pfarrei St. Martin in Wettstetten wurde das GKS-Mitglied Georg-Peter Schneeberger zum Vorsitzenden des örtlichen KAB-Verbandes gewählt. In dem folgenden Artikel stellt er die KAB vor, die viele von uns nur durch ihre Häuser kennen.

Die Katholische Arbeitnehmer Bewegung (KAB) ist ein Sozialverband, der seine Wurzeln in der christlichen Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts hat. Die KAB entstand aus dem Zusammenschluss von Arbeitervereinen durch Unterstützung des Mainzer Bischofs Wilhelm Emmanuel von Ketteler (1811-1877). Ausdrückliche Anerkennung und Orientierung erhielten die katholischen Arbeitervereine durch das erste große Sozialrundsreiben *Rerum novarum*

„Werkvolk – Süddeutscher Verband katholischer Arbeitnehmer“. 1972 wurde aus dem Werkvolk die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung.

Die KAB ist ein Verband der sich kirchlich, sozial- und gesellschaftspolitisch engagiert. Religiöse Orientierung durch Besinnungstage und Exerzitien, Bildungsangebote für Arbeitnehmer/innen und ihre Familien, arbeits- und sozialrechtliche Beratung und Vertretung vor Arbeits- und Sozialgerichten, Steuerhilfe für Ar-

darische und gerechte Entwicklung in zahlreichen armen Ländern rund um den Globus. Der KAB-Diözesanverband Eichstätt ist zum Beispiel Partnerorganisation des Christian Workers Movement Kenyas. Zahlreiche weitere Informationen erhält man im Internet unter: www.kab.de und www.kab-eichstaett.de.

Die KAB Deutschlands gliedert sich in Diözesanverbände. Alle KAB-Vereine/Ortsgruppen eines Bistums bilden den Diözesanverband. Derzeit besteht die KAB Deutschlands aus den Diözesanverbänden Aachen, Augsburg, Bamberg, Berlin, Dresden-Meißen, Eichstätt, Erfurt, Essen, Freiburg, Fulda, Görlitz, Hamburg, Hildesheim, Köln, Limburg, Magdeburg, Mainz, München und Freising, Münster, Osnabrück, Paderborn, Passau, Regensburg, Rottenburg-Stuttgart, Speyer, Trier, Würzburg. Der Mitgliederstand bewegt sich bei ca. 150.000 Mitgliedern. Als Jugendorganisation arbeitet die *Christliche Arbeiterjugend* (CAJ) mit der KAB zusammen.

Der KAB-Mitgliedsbeitrag braucht keinen Leistungsvergleich zu scheuen mit anderen Sozialverbänden und anderen Verbänden mit anerkannter berufspolitischer Zwecksetzung. Der Mitgliedsbeitrag anderer Sozial- und Berufsverbände, die teilweise erheblich weniger Rechtsschutz und Programmangebote vorhalten, liegt bereits heute deutlich über den für 2010 beschlossenen KAB-Beiträgen.

Die aktuellen Jahresbeiträge betragen: Einzelmitglied 45,00 Euro / Familie 60,00 Euro

Die KAB in unserem Heimatbistum Eichstätt präsentiert ein attraktives Jahresprogramm für ArbeitnehmerInnen, Familien, Frauen und Männer, sowie Senioren. Das Ketteler-Ferienwerk offeriert preisgünstige Urlaubsfahrten im In- und Ausland. □



OSfW a.D. Georg-Peter Schneeberger (dritter von rechts, hinten stehend) wurde als Vorsitzender gewählt. Gleichzeitig wurden er als Delegierter für den KAB Kreisverbandstag und für den KAB Diözesanverband bestimmt.

von Papst Leo XIII. im Jahre 1891. In diesem Jahr erfolgte im süddeutschen Raum der Zusammenschluss zum Verband Süddeutscher Katholischer Arbeitervereine.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Jahre 1933 wurden die Arbeitervereine reihenweise verboten. Aus den Reihen der KAB gingen auch die von den Nazis ermordeten Widerstandskämpfer Nikolaus Groß und Bernhard Letterhaus hervor. Nikolaus Groß wurde am 7. Oktober 2001 von Papst Johannes Paul II. selig gesprochen.

Im süddeutschen Bereich erfolgte 1947 ein Neubeginn der ehemaligen Arbeitervereine unter dem Namen

Arbeitnehmer, politische Aktionen aber auch gesellige Veranstaltungen zählen zum Angebot der KAB. Die KAB versteht sich als Kirche in der Arbeitswelt und versteht sich innerhalb der Kirche auch als Fachverband für die Interessenvertretung der Arbeitnehmer/innen. Der Begriff des Arbeitnehmers wird dabei weit begriffen und umfasst zum Beispiel eben auch Soldaten. Das KAB-Mitgliedermagazin „Impuls“ liefert monatlich gute Informationen zu religiösen, sozialen u. politischen Themen. Die KAB ist Teil der *Weltbewegung Christlicher Arbeiter* (WBCA) und unterstützt mit einem eigenen internationalen Hilfswerk, dem Weltnotwerk der KAB, soli-

Ansprache zum Weltfriedenstag, 2010 im Collegium Josephinum in Bonn

„Willst Du den Frieden fördern, so bewahre die Schöpfung!“

VON GENERAL KARL-HEINZ LATHER¹

Die Botschaft des Papstes betrachtet die Schöpfung, um die wir Menschen uns kümmern sollen. Diese Schöpfung ist uns von Gott anvertraut. Wir sollen verantwortungsvoll mit ihr umgehen. Das ist der göttliche Auftrag. Nur an wenigen Stellen sind in der Schrift Benedikts Bezüge zum Militärischen enthalten. Ganz zu Beginn verweist Benedikt XVI. auf die Grausamkeit „des Menschen gegen den Menschen... die den Frieden.“ bedrohe durch „Kriege, internationale und regionale Konflikte, Terrorakte und Menschenrechtsverletzungen“. Zur Mitte spricht er die aktuellen Bemühungen eines Wunsches nach Global Zero an, „welche auf eine fortschreitende Abrüstung und eine Welt ohne Atomwaffen abzielen“, da letztere schon durch ihr bloßes Vorhandensein die ganzheitliche Entwicklung der Menschheit heute und in Zukunft bedrohen. Und zum Ende des Textes bezeichnet er es als Pflicht eines jeden Menschen – also auch wir alle hier – „eine Welt des Friedens aufzubauen“. Dazu seien die Natur und die Umwelt zu schützen oder in seinen Worten: „Die Bewahrung der Schöpfung und die Verwirklichung des Friedens sind eng miteinander verbunden!“

Die militärischen Aspekte der päpstlichen Botschaft

Seit Kunduz am 4. September 2009 ist der Afghanistan-Einsatz vor allem bei uns in Deutschland noch schärfer in das Bewusstsein der Öffentlichkeit getreten. Wir alle waren betroffen von den Konsequenzen eines Einsatzes der NATO-Luftstreitkräfte, die auf Befehl eines deutschen Kommandeurs im PRT Kunduz zwei Tanklastzüge und aufständische Taliban mit gelenkten Bomben angriffen, beide vernichteten, dabei aber auch eine große Zahl von zivilen Opfern verursachten, wie wir heute wissen. Laut streng vertraulichem Bericht des Internationalen Roten Kreuzes (IRC)

sollen es 74 getötete Zivilisten sein, darunter zahlreiche Kinder im Alter von acht bis zwölf Jahren. Jeder einzelne Tote ist dabei einer zuviel. Über diesen Sachverhalt und seiner politischen Bewertung wurden der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Wolfgang Schneiderhan, und

im Gange und wird leider stark parteipolitisch instrumentalisiert und genutzt. Ich möchte mich hier an den Spekulationen über Ziel und Zweck dieser Arbeit nicht beteiligen.

Oberst Klein hat seine militärische Verantwortung übernommen und sieht sich wahrscheinlich einem Er-



Vor seiner Rede stellte sich General Lather der Presse. v.l.nr. Militärpfarrer Bonn MD Benno Porovne, GKS-Kreis Vorsitzender Bonn OSF Joachim Lensch, Gen Karl-Heinz Lather, Militärgeneralvikar Apostolischer Protonotar Walter Wakenhut

Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Dr. Peter Wichert, entlassen. Der zur Zeit des Zwischenfalls amtierende Verteidigungsminister Dr. Franz-Joseph Jung übernahm die politische Verantwortung und trat als Arbeits- und Sozialminister zurück. Der neue, junge Verteidigungsminister Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg musste seine anfängliche Bewertung eines angemessenen Einsatzes vollständig korrigieren. NATO und Deutschland führten und führen umfangreiche Untersuchungen zum Ablauf des Luftangriffes durch. Die Ergebnisse sind meist geheim eingestuft und dennoch den Medien, z.B. dem Spiegel oder der süddeutschen Zeitung bekannt – ganz oder teilweise. In Berlin beauftragte das Parlament den Verteidigungsausschuss, den Vorfall als Untersuchungsausschuss zu untersuchen. Diese Untersuchung ist

mittlungsverfahren gegenüber. Dies gilt auch, nachdem die Bundesanwaltschaft zum Schluss gekommen ist, es handele sich in Afghanistan um einen nicht-internationale bewaffneten Konflikt und das somit die Vorschriften des Völkerstrafgesetzbuches Anwendung finden. Letzteres hatte die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Mandatsverlängerung für den deutschen ISAF-Anteil erfreulicherweise schon politisch festgestellt. Demnach würde also Kriegsvölkerrecht, bzw. humanitäres Völkerrecht und Kriegsvölkerstrafrecht, aber nicht ziviles Strafrecht wie bisher gelten. Für den Oberst gilt damit, dass er sich nach dem Völkerstrafrecht zu verantworten hat. Für den gläubigen Christen Oberst Klein sicher kein einfacher Weg. Wer ihn kennt und erlebt hat, der weiß, wie sehr ihn seine Verantwortung drückt, wie bewusst er

¹ General Karl-Heinz Lather ist Chef des Stabes des Supreme Headquarter of Allied Power in Europe (SHAPE)

aber auch sich dieser Verantwortung stellt; hätte er doch bei seiner Anhörung vor dem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages schweigen können. Dort hat er dem Vernehmen nach seinen Standpunkt überzeugend vertreten und seine Motive in der Lage vor Ort eindrucksvoll erklären können.

Oberst Kleins Handeln geschah zu einem Zeitpunkt, als der neue Kommandeur der ISAF, General Stan McChrystal, den Fokus seiner Operationsführung zu verändern begann. Der Schutz der afghanischen Zivilbevölkerung steht im Mittelpunkt allen Handelns. Wir denken und handeln nicht mehr vom Gegner her, den es zu besiegen gilt, sondern wir tun alles, um der Zivilbevölkerung eine eigenständige Entwicklung und ein Leben in Sicherheit zu ermöglichen. Dadurch solle die Insurgency, solle die Aufständischen von der örtlichen Bevölkerung getrennt und das Vertrauen in die zivile Verwaltungs- und Entwicklungsstrukturen wiederhergestellt werden. Das ist der Kern der Strategie, wie sie der Kommandeur der ISAF-Truppe in seinem Bericht vom August 2009 an den US-Präsidenten und an den NATO-Rat erläutert hat. Von allen NATO-Nationen grundsätzlich begrüßt, in der Londoner Afghanistan Konferenz im Januar 2010 bekräftigt, von Präsident Barak Obama in seiner Westpoint-Rede diskutiert und mit dem Termin für den Abzugsbeginn versehen. Beide, der Bundesaußen- und der Bundesverteidigungsminister, sprechen gar von einem Strategiewechsel. In diesem Verständnis hat der Deutsche Bundestag im Februar 2010 mit sehr großer Mehrheit einer Verlängerung des ISAF-Mandats unserer Bundeswehr zugestimmt.

Die ökumenischen Aspekte der päpstlichen Botschaft

Eine ganz andere Aktualität und Emotionalität erhielt die Diskussion, als die inzwischen zurückgetretene Vorsitzende der EKD und Landesbischofin von Hannover, Frau Dr. Margot Käßmann, in Predigten am Heiligabend und zum Neuen Jahr die ethische Rechtfertigung des Afghanistan-Einsatzes massiv kritisierte. Nichts sei in Afghanistan gut, so for-

mulierte sie. Nun ist Frau Käßmann nicht irgendwer. Sie ist kommunikativ, vielen sympathisch insbesondere wegen ihres offenen Umgangs mit ihrer eigenen Vita. Sie ist eine öffentliche Person zum Anfassen. Sie wird gehört. Nach ihren Worten kommt es zu einer breiten Debatte in Deutschland. Diese ist noch nicht zu Ende, und das, so finde ich, ist sehr gut. Endlich, könnte man aufatmen, tut die Republik das, was lange überfällig ist, nämlich intensiv über die ethischen, die moralischen, die rechtlichen und die politischen Aspekte des Einsatzes von Soldaten streiten. Ehrlichkeit, Wahrheit und Offenheit des Diskurses gewinnen Raum. Und, sehen wir einmal vom üblichen Gezänk der Parteien ab, so hat die Ernsthaftigkeit der Debatte erheblich zugenommen. All das hat die Bischofin mit ihrer Predigt losgetreten.

Mittlerweile haben sich auch der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Robert Zollitsch ebenso wie Justitia et Pax mit Bischof Dr. Stephan Ackermann für die Katholische Kirche geäußert. Frau Käßmann, der Evangelische Militärbischof Dr. Martin Dutzmann und Bundespräses Nikolaus Schneider, inzwischen designierter Nachfolger im EKD-Vorsitz, haben Ende Januar in einem veröffentlichten Schreiben eine differenziertere Haltung eingenommen, als dies die damalige Bischofin in ihren Predigten tat. Im Ergebnis möchte ich festhalten, dass beide Kirchen in ihren grundsätzlichen Bewertungen hohe Übereinstimmung aufweisen, soweit sie sich bezüglich des Einsatzes militärischer Gewalt auf das Konzept des „Gerechten Friedens“ berufen. Insofern sind die entsprechenden Verlautbarungen der Katholischen Deutschen Bischöfe in ihrem Hirtenwort „Gerechter Friede“ vom 27. September 2000 sowie „Soldaten als Diener des Friedens“ vom 29. November 2005 ein ebenso klarer Bezugspunkt wie die Denkschrift des Rates der EKD „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ vom Oktober 2007. Der moralisch-theologisch-ethische Ansatz unserer beiden großen Kirchen ist sehr gleichartig, nahezu kongruent. Wenn wir denn in der Ökumene an anderen Stellen miteinander auch so weit wären!

Natürlich wird unsere Thematik auch beim 2. Ökumenischen Kirchentag in München sehr präsent sein. Zuvor, in der Vollversammlung des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken im April in München, wird das Thema Friedensethik in einem sich wandelnden Sicherheitsumfeld ein wichtiger Tagungsordnungspunkt sein. Als Mitglied des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken und sicher im Namen unserer evangelischen Mitbrüder und -schwestern möchte ich Sie herzlich einladen, den ÖKT in München zu besuchen und am Abend nach dem Himmelfahrtstag um 21.30 Uhr auf dem Marienplatz an einem ökumenischen Gottesdienst teilzunehmen, der alle in den Blick nehmen soll, die in Auslandseinsätze entsendet werden: Soldaten, Polizisten, Diplomaten, Friedensfachkräfte, die Angehörigen. Auch an die Bevölkerung in den Einsatzgebieten und ihre Opfer wollen wir denken. Wir wollen versuchen mit diesem Gottesdienst ein deutliches, unmissverständliches Wort des Dankes und der Anerkennung zu sagen. Wir wollen unser ehrliches Mitgefühl denen ausdrücken, die am Einsatz Schaden nahmen oder im Einsatz fielen. Wir wollen mit den Angehörigen mitfühlen, mit ihnen trauern und den Segen unseres Herrgottes erbitten.

„Wer als Soldat im Dienste des Vaterlandes steht“, so lehrt es das zweite Vatikanische Konzil, „betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei“. So steht es in der Ziffer 33 des Bischofswortes „Gerechter Frieden“. Die Förderung des Friedens steht im Mittelpunkt, und deshalb leisten Soldaten Friedensdienst. Damals wie heute danken unsere katholischen Bischöfe den Soldaten und ihren Angehörigen für die mit diesem Dienst verbundenen Opfer, auch unter Hingabe des Lebens.

Aber, wir sollen „diese Aufgabe recht“ erfüllen. Mir ist schon wichtig, dies im Blick zu behalten; denn hier wird in prägnanter Kürze eine ethische Einordnung des Soldatendienstes im Einsatz vorgenommen. Klar und unbestritten ist, dass die Anwendung von Gewalt im Sinne von

Gegengewalt grundsätzlich nur als letztes Mittel, als *Ultima Ratio* in Betracht kommen kann. Zuvor müssen alle anderen Mittel und Sanktionen ausgeschöpft worden sein. Politik und diplomatische Anstrengungen waren also in höchstem Maße gefordert und letztlich ohne Erfolg. Wir sind auf Gewaltverzicht verpflichtet, der Angriffskrieg ist geächtet. Dennoch kann die prinzipielle Gewaltfreiheit mit der Pflicht konkurrieren, andere Menschen und Völker schützen zu müssen, damit ihnen kein massives Unrecht geschieht und sie nicht brutaler Gewalt ausgeliefert werden. Nach der Überzeugung vieler resultiert daraus geradezu eine Beistandsverpflichtung. Bosnien-Herzegowina nach Srebreniza, das Eingreifen im Kosovo, auch in Somalia oder in Dafur ebenso wie die Interventionen in Afghanistan, im Kongo und im Tschad, alles in den beiden letzten Jahrzehnten, sind Beispiele dafür, dass die Vereinten Nationen, die Europäische Union oder die NATO sich letztlich zu militärischem Handeln durchringt, was die Anwendung von Gewalt einschließt. Auch der Irakkrieg zählt zu dieser Kategorie, wenn gleich viele diesen US-geführten Koalitionseinsatz ethisch und völkerrechtlich für fragwürdig halten. Übrigens, schon bald könnte sich die Weltgemeinschaft erneut gezwungen sehen, militärisch zu intervenieren, falls der Iran seine Atomwaffenambitionen nicht aufgeben sollte. Politisches Handeln, Diplomatie und wirtschaftliche Sanktionen scheinen in diesem Falle wenig zu fruchten.

Grundsätzlich gilt festzuhalten, dass jede militärische Intervention mit einer politischen Perspektive verbunden sein soll. Sie sollte immer auch in ein Gesamtkonzept eingebunden sein. Wir bezeichnen dies heute oft als *Comprehensive Approach* oder als *Vernetzte Sicherheit*. So hat die NATO für Afghanistan einen *CSPMP* einen *Comprehensive Strategic Political Military Plan* entwickelt. Man versucht so eine möglichst breite internationale Übereinstimmung zu erreichen und Kriterien für die Beurteilung der Lage zu etablieren. Konsequenz ist auch, dass Staaten und Regierungen in aller Regel ein Mandat der Vereinten Nationen als Voraussetzung für ei-

nen militärischen Einsatz annehmen und anstreben. Aber auch die Londoner Afghanistankonferenz vom letzten Januar ist ein Beispiel für eine derartige Konsensbildung mit 73 Staaten.

Die rechtlichen Aspekte der päpstlichen Botschaft

Das Kriegsvölkerrecht – auch humanitäres Völkerrecht, Recht des bewaffneten Konfliktes oder *Ius in bello* genannt – galt und gilt primär in zwischenstaatlichen, in internationalen Konflikten, traditionell regelt es also den Umgang von souveränen Staaten und ihren Armeen. Diese Recht befindet sich erkennbar im Fluss. Die meisten Völkerrechtler werden Ihnen heute argumentativ nachweisen und sind sich sehr einig darin, dass diese Regeln gleichermaßen auf nicht-internationale bewaffnete, auf intern bewaffnete und auf internationale bewaffnete Konflikte anzuwenden sind. Die genaue Beachtung des humanitären Völkerrechtes schützt in den drei Fällen nicht nur die betroffene Zivilbevölkerung, sondern vor allem auch uns Soldaten. Soldaten haben im Einsatz, zum Beispiel in Afghanistan, schwierige, oft undankbare Aufgaben in einem extrem gefährlichen und komplexen Umfeld zu erfüllen. Beachten wir die Regeln, dann ist das Handeln legitim, u.a. weil es für unser Land elementar wichtig und notwendig ist. Es ist aber auch offensichtlich, dass fast alles, was Soldaten tun oder unterlassen, von der Öffentlichkeit, durch unser Parlament und vor allem durch die sehr präsenten Medien intensiv und kritisch begleitet wird. Bei manchen Ereignissen und Vorfällen mag man zu vorschnellen Schlussfolgerungen kommen. Vorverurteilungen, persönliche Verletzungen und öffentliche Bloßstellungen zählen leider auch zur Wirklichkeit. Wenn die betroffenen Soldaten sich an die allgemeinen Grundsätze und Regeln des humanitären Völkerrechtes genau beachtet haben, dann wird dies zur Nüchternheit, Wahrhaftigkeit und Ernsthaftigkeit der Aufarbeitung entscheidend beitragen.

Die Regeln erklären sich dem unvoreingenommenen Zuhörer fast von selbst:

- Der Grundsatz der Menschlichkeit: Man verhält sich menschlich!
- Das Unterscheidungs- oder Diskriminierungsprinzip: Man darf militärische Ziele und kämpfende Kombattanten bekämpfen, nicht aber die Zivilbevölkerung oder sich ergebende, wehrlose oder verwundete Kombattanten.
- Das Prinzip der militärischen Notwendigkeit: In dem Sinne, dass nur diejenigen Maßnahmen angewendet werden dürfen, die das Kriegsvölkerrecht nicht ausdrücklich verbietet und die zur Auftragserfüllung zwingend erforderlich sind.
- Das Prinzip der Verhältnismäßigkeit: Die Begrenzung militärischen Handelns auf minimale Gewaltanwendung und Schadensbegrenzung.
- Das Beschränkungsprinzip: Keine verbotenen Strategien, Taktiken und Waffen anwenden; keine Planung oder vermeidbare Verursachung von unnötigen Leiden oder Schäden.

Ich möchte an dieser Stelle festhalten, dass unsere Soldaten diese Regeln ganz überwiegend einhalten und beherzigen. Da wir es aber in unseren Einsätzen, so wie wir sie ständig erleben, mit extrem komplexen, oft unüberschaubaren Situationen zu tun haben, lässt sich ein Fehlverhalten einzelner nie gänzlich ausschließen. Die Bündnisse und ihre Mitgliedsstaaten sind sich dessen bewusst. Oft verschärfen sie daher die allgemeinen Regeln des humanitären Völkerrechtes je nach Situation, politischem Interesse oder auch kulturellem Hintergrund. Deutsche Soldaten, für die anderen gilt dies entsprechend, tragen das alles mit sich in ihrem Einsatzgepäck in Form von: *Status of Forces Agreements*, Bestimmungen des VN-Mandates und des Deutschen Bundestages, *Memoranda of Understanding*, *Military Technical Arrangements*, Einsatzregeln und die so beliebten Taschenkarten für Soldaten. All diese Dokumente werden in dem ernsthaften Bemühen erlassen, die Komplexität der Konflikt- und Bedrohungssituation genauer zu beschreiben, jeglicher Form

von Willkür zu begegnen, rechtliche Handlungssicherheit zu gewähren sowie den Einsatz militärischer Gewalt möglichst klaren, einvernehmlichen Regeln verbindlich zu unterwerfen.

Wenn der Soldat diese Regeln nicht einhält, bricht er das Recht, das Gesetz, die Bestimmungen und die Regeln. Folglich muss er sich verantworten – kriegsvölkerstrafrechtlich, strafrechtlich, disziplinarrechtlich! In Deutschland haben wir bezüglich der strafrechtlichen und disziplinarrechtlichen Verfahren weitgehende Rechts- und Verfahrenssicherheit. Für den Umgang mit den Konsequenzen der Anwendung des humanitären Völkerrechtes und des kriegsvölkerrechtes fehlen uns, so glaube ich, sowohl die Erfahrung als auch die Verfahren und Institutionen. Bleibt zu wünschen und zu fordern, dass als unmittelbare Folge des Kunduz-Zwischenfalls mehr Klarheit und Rechtssicherheit eintreten, unser Parlament also die nötigen Gesetzgebungsverfahren einleitet und sich dabei nicht im Föderalismus verliert. Fragen und Herausforderungen wie das Bundeswehr-Aufgabengesetz, die Prüfung der Einrichtung einer Militärstrafgerichtsbarkeit oder das Schaffen von Polizeieinsatzregeln in nicht-internationalen bewaffneten Konflikten bedürfen einer realistischen und der Gegenwart angemessenen, gesetzgeberischen Klärung. Wir Soldaten, ebenso die Polizisten und unsere Öffentlichkeit müssen unserer Politiker in Bund und Land an ihre originäre Verantwortung erinnern.

Moderne Entwürfe von Militäretik legitimieren den Soldaten grundsätzlich zum Töten – aber, das ist wichtig, auch unter Soldaten muss gelten: nur als Notwehr oder Notwehrhilfe zum Schutz des eigenen und fremden Lebens sowie zum Schutz der legitimen Rechtsordnung, in der Regel der internationalen Rechtsordnung. Der in diesem Rahmen handelnde Soldat ist dabei immer und umfassend in seine nationalstaatliche Rechtsordnung eingebunden und im Konflikt- oder Kriegsfall dem internationalen Kriegsvölkerrecht verpflichtet. Insbesondere hat er, wie ich ausführte, die elementaren Menschenrechte vollständig und umfassend zu beachten. So weit, so gut – rechtlich! Dadurch aber wird Töten moralisch noch lan-

ge nicht gut! Töten macht – immer – moralisch schuldig!

Wenn Sie mir in dieser Argumentation folgen, dann hat das für uns eine ganze Reihe von Konsequenzen für das Handeln von Soldaten im Einsatz:

- Das Töten eines anderen Menschen ist an die Abwehr einer konkreten Lebensbedrohung gebunden.
- Das Töten aus nationalen, präventiven oder religiös-ideologischen Bedrohungen ist verboten.
- Weil Töten immer schuldig macht, darf es weder verklärt noch heroisiert werden.
- Der Soldat kann einen anderen Soldaten nicht töten, nur weil er Soldat ist. Die berechtigte Gegenwehr wird zum wesentlichen Entscheidungskriterium. Konkret ist dieses schwierige Kriterium in einer Lage der Landesverteidigung leichter zu verstehen als in einem Stabilisierungseinsatz, in einer humanitären Intervention oder in einer bewussten und vertretbaren Angriffssituation.

Wir müssen uns auch fragen, wie es um die Verantwortung des Bomberpiloten, des Raketeneinsatzoffiziers oder des Bedieners einer bewaffneten Drohne steht? Alle lenken ihre Waffen aus sicherer Distanz ins Ziel. Als Artillerist weiß ich um das Gefühl, ein Geschütz, eine Kanone abzufeuern, das Ziel aber nicht zu sehen. Ich will aber festhalten: Militärische Gewalt darf nie selbstverständlich werden. Militärische Gewalt ist vor allem auch kein Computerspiel; denn im

Zielgebiet, also dort, wo Waffen und Sprengsätze wirken, verlieren Menschen ihr Leben.

Wir müssen zunehmend nicht-letale Techniken, Mittel, Taktiken und Strategien entwickeln und umsetzen, um unsere militärischen Aufträge zu erfüllen.

Der Einzelne, jeder Soldat muss lernen, mit diesen Konsequenzen umzugehen. Der Politiker, der den Auftrag gibt, der Soldaten in den Einsatz entsendet, hat dies bei der Mandatserteilung zu bedenken. Patriotische, ideologische und den Krieg gar verherrlichenden Reden sind völlig unangemessen und zu vermeiden. Und – die existenzielle Frage nach der Übernahme der Schuld muss vor, während und nach einem Einsatz angemessen und ernsthaft thematisiert werden.

Im Krieg, im nicht-internationalen bewaffneten Konflikt, in der Notwehrsituation, während eines Stabilisierungs- oder humanitären Hilfseinsatzes mag die Tötung von Menschen unter bestimmten Umständen zwingend erforderlich und unumgänglich sein. Dennoch macht ein solcher Akt der Gewalt moralisch schuldig. Übrigens – das Nichthandeln, das Abseitsstehen, der Voyeurismus, der Verzicht auf ein Eingreifen können doch wohl in gleicher Weise moralisch schuldig machen. Als Verantwortliche in Staat und Gesellschaft, als politisch, ethisch und moralisch denkende und handelnde Menschen und vor allem als Christen werden wir diesen Gegensatz, diese Dilemma aushalten und ertragen müssen. Der Katholik sagt, gläubig aushalten müssen. □

Kurznachrichten

Bundeswehrstruktur-Kommission

General Karl-Heinz Lather wurde von Minister Karl-Theodor zu Guttenberg in die sechsköpfige Strukturkommission berufen. Leiter der Kommission wurde der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, der als Oberst der Reserve über militärische Erfahrung verfügt. Weitere Mitglieder sind der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Hans Heinrich Driftmann, die frühere Präsidenten des Bundesrechnungshofes und jetzige Vizechefin von Transparency International, Hedda von Wedel, der ehemalige Leiter des deutschen Büros der Unternehmensberatung McKinsey und jetzige Vorstandsvorsitzende des Haniel-Konzerns, Jürgen Kluge, der SPD-Abgeordnete und Regierungskordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit, Hans-Ulrich Klose (BB).

In dieser Rubrik werden zwei Dokumente wiedergegeben, von denen zu hoffen ist, dass durch sie etwas mehr Sachlichkeit in die Aufarbeitung der bekannt gewordenen Misshandlungs- und Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche in Deutschland einfließen kann. Es sind:

- das Statement des Leiters des Berliner Canisius-Kollegs, Pater Klaus Mertes SJ, der die Aufklärung von Missbrauchsfällen an (kirchlichen) Internaten eingeleitet hat, sowie
- der Brief des Papstes an die Irländer, der über Irland hinaus auch für andere Länder gilt.

Was ich in den letzten Monaten gelernt habe

Statement auf der Vollversammlung des ZdK in München, 16.04.2010

VON PATER KLAUS MERTES SJ

1. Opfer und Institution

Zum Missbrauch gehören zwei Aspekte: die Missbrauchstat im engeren Sinne sowie die unangemessene Reaktion der Institution, in welcher der Missbrauch geschieht. Gerade dieser zweite Aspekt schmerzt viele Opfer heute noch, oft noch mehr als der erste Aspekt des Missbrauchs. Die Betroffenen melden sich ja bei der Institution (in meinem Fall: beim Canisius-Kolleg), nicht bei den Tätern. Meistens wollen die Opfer mit diesen gar nichts mehr zu tun haben. Aber sie wollen ihr Verhältnis zur Institution klären, vielleicht sogar versöhnen.

In dieser Situation besteht seitens der angesprochenen Institution die Grundentscheidung darin, den Opfern als Vertreter der Institution gegenüberzutreten. Ich gehöre in meiner Eigenschaft als Jesuit, Priester und Schulleiter zur Institution und distanzieren mich von der Institution nicht, gerade auch nicht in der Begegnung mit den Opfern. Die Opfer brauchen jemanden, der ihnen bestätigt: „Ja ihr seid bei mir an der richtigen Adresse, um eure Geschichte zu erzählen, euren Zorn zu zeigen, anzuklagen und Forderungen zu stellen.“ Das ermöglicht den Opfern zu sprechen. Alle Versuche, die Institution ihrerseits als Opfer der Täter oder gar als Opfer der Opfermeldungen zu präsentieren, gehen daneben. In gewisser Weise sind solche Umdeutungen der eigenen Ausgangsposition sogar eine Fortsetzung des Missbrauchs. Zum Missbrauch gehört es ja, den Opfern als Institution auszuweichen und ihnen statt dessen gar nicht oder mit dem Therapeutenohr oder mit einem anderen Ohr zuzuhören. Man könnte es

auch so sagen: Die Opferperspektive einzunehmen bedeutet, für sich selbst zu klären: Wir sind nicht die Opfer, sondern die Opfer sind die Opfer.

2. Der Geschmack des Missbrauchs

Ein Missbrauch in der Familie Müller schmeckt nach Familie Müller, ein Missbrauch in der Odenwaldschule schmeckt nach Reformpädagogik, ein Missbrauch in einer katholischen Schule schmeckt nach katholischer Kirche. Die Familie als Institution muss nicht abgeschafft werden, wenn in ihr Missbrauch geschieht. Die Reformpädagogik ist durch ihren Missbrauch auch nicht per se desavouiert. Dasselbe gilt auch für die kirchliche Pädagogik einschließlich ihrer Sexualpädagogik. *Abusus non tollit usum*. So weit so gut.

Aber auch diese banale Wahrheit kann man missbrauchen, um sich selbst und das eigene Denken einer kritischen Überprüfung zu entziehen. Der Missbrauch stellt die Institution und ihr Selbstverständnis auf den Prüfstand. Dem kann ich als Jesuit ebenso wenig entkommen wie als Lehrer und als katholischer Priester.

Um mit der Selbstprüfung weiter zu kommen, hilft es, den Opfern zuzuhören: Welche Erfahrungen haben sie mit Strukturen in der Kirche, mit kirchlicher Sexualpädagogik und mit Schweigen in der Kirche gemacht? Zum Beispiel hat die Wucht der Schuldgefühle bei den Opfern einen spezifisch katholischen Aspekt, der mit der Lehre zusammenhängt, wie mir viele Opfer berichten.

Auch das Weghören hat einen spezifisch katholischen Geschmack. Die von Missbräuchen betroffenen Schüler am Canisius-Kolleg schrieben 1981 an die Autoritäten: „Der Bereich

der Sexualpädagogik liegt in alleiniger Verantwortung des geistlichen Leiters. Ein vernünftiger Austausch findet nicht statt. Eine weibliche Bezugsperson für heranwachsende Mädchen ist nicht da. Sexualität wird tabuisiert, und mit Verboten wird versucht, die Sexualität gezielt zu steuern und zu beeinflussen. Wir verweisen ferner auf die auch in der offiziellen katholischen Lehre ungelösten Probleme homosexueller Jugendlicher, die sich schwerwiegenden Belastungen ausgesetzt sehen müssen und vielfach mit ihren Problemen alleingelassen werden und erfahren müssen, widersittliche und unnatürliche Auffassungen von Sexualität zu haben.“ Die Frage, die mich quält, lautet: Was hat uns daran gehindert, solche Beschwerden zu hören und nachzufragen, welche konkreten Erfahrungen dahinter stecken? Und was hindert uns heute, zuzuhören, wenn Opfer unserer Pädagogik und Pastoral sprechen?

Ich möchte dazu einen Aspekt nennen: Nicht hören können und nicht sprechen können hängt zusammen. Wer nicht sprechen kann, kann auch nicht hören. Natürlich muss auch schweigen können, wer hören will. Das hörende Schweigen ist hier nicht gemeint. Vielmehr meine ich die Sprachlosigkeit, die mit Verschweigen, mit verängstigtem Schweigen, vielleicht auch mit Überforderung zu tun hat. Die Sprachlosigkeit ist der Preis des Schweigens. Das trifft auch auf Institutionen zu. Da scheint mir eine tiefe und wichtige Frage zu liegen: Gibt es Themen, bei denen wir als Kirche sprachlos sind? Sprachlos, weil wir uns gefährden, wenn wir darüber sprechen? Sprachlos, weil die auszusprechende Wahrheit zu bitter, zu unschön ist? Mich interessiert die

Frage im Interesse der Opfer und im Interesse der Kirche. Es interessiert mich sehr, wenn in der Aussprache im Plenum dazu etwas zu hören wäre.

3. Geistliche Vollmacht und Missbrauch

Mit der Weihe ist eine geistliche Vollmacht gegeben, die Papst Benedikt in diesem Jahr des Priesters besonders herausgearbeitet hat durch den Hinweis auf den Pfarrer von Ars. Es gibt eine besondere priesterliche Vollmacht. Ich glaube daran. Sie gehört zum Wesen der Kirche dazu.

Die Opfer, über die wir sprechen, werden im Rahmen eines Machtgefälles zu Opfern; das Kind wird von den Eltern missbraucht, der Schüler vom Lehrer, der Patient vom Arzt. Das Ganze geschieht in einer für das Opfer unausweichlichen Vertrauensbeziehung. Beim Priester kommt der Missbrauch der geistlichen Vollmacht hinzu. Auch die Beziehung zum geistlichen Amt ist unausweichlich für diejenigen, die Christus in der Eucharistie, in der Absolution, aber auch als Hirten und Lehrer begegnen wollen. Wenn der, der in persona Christi handelt, missbraucht, dann wird der

Zugang zu Christus, zum Glauben an Christus beschädigt, wenn nicht sogar zerstört. Das ist ein ungeheurer Vorgang. Ich bin entsetzt, wenn ich sehe, wie viele der härtesten Kirchenfeinde, denen ich in den letzten Wochen begegnet bin, eine Kirchenbiographie im Hintergrund haben, der mit Machtmissbrauch durch Priester zusammen hängt.

Die Frage nach der geistlichen Macht in der Kirche und ihren Strukturen ist eine Frage von allgemeinem kirchlichem Interesse. Auf den Klerus bezogen: Was bedeutet uns Klerikern Macht? Reflektieren wir überhaupt angemessen, dass wir sie haben? Was bedeutet uns Macht für unsere eigenen Beziehungs- und Anerkennungsbedürfnisse? Wo können wir sie mehr teilen? Wo können wir in der Kirche Empfangende sein. Wie kommunizieren wir mit Nicht-Klerikern? Wie konfrontieren wir Klerikalismus, der ja nicht nur eine Eigenschaft von Klerikern ist?

4. Staatsanwaltschaft und Opferschutz

Gestatten Sie mir eine letzte Bemerkung aus aktuellem Anlass, da

Erzbischof Zollitsch mit der Bundesjustizministerin zusammengetroffen ist. Selbstverständlich muss und will die Kirche mit der Staatsanwaltschaft zusammenarbeiten. Die Fürsorgepflicht des Bischofs gegenüber Priestern und kirchlichen Angestellten darf nicht Verstecken vor der Strafverfolgung, Täterschutz legitimieren. Aber Opfer müssen einen Weg gehen, bis sie in der Lage sind, Täter vor dem Gericht zu konfrontieren. Für diesen Weg brauchen sie Schutz. Die Staatsanwaltschaft ist keine Opferschutzinstitution. Es gibt genügend Fälle, in denen sie im Sinne des Opferschutzes gerade kontraproduktiv agiert hat. Hier stehen wir vor einem Dilemma. Wenn das Prinzip „Opferschutz hat Vorrang“ gilt, dann muss es auch in diesem Falle das ausschlaggebende Kriterium für die diversen Verfahrensfragen sein, die zu stellen sind. Ich möchte an dieser Stelle nicht in die Kasuistik einsteigen, aber der Hinweis sei erlaubt: Mir kommt in der Debatte um die Staatsanwaltschaft die Frage nach dem Opferschutz zu kurz. □

HIRTENBRIEF DES HEILIGEN VATERS PAPST BENEDIKT XVI. AN DIE KATHOLIKEN IN IRLAND

1. Liebe Schwestern und Brüder, mit großer Sorge schreibe ich euch als Hirte der weltweiten Kirche. Wie Euch haben auch mich die Informationen über den Missbrauch an Kindern und Schutzbefohlenen durch Mitglieder der Kirche Irlands, besonders durch Priester und Ordensleute, sehr beunruhigt. Ich kann die Bestürzung und das Gefühl des Vertrauensbruchs nur teilen, das so viele von euch beim Erfahren dieser sündhaften und kriminellen Taten und der Art der Autoritäten der Kirche, damit umzugehen, erfahren haben.

Wie ihr wisst habe ich erst kürzlich die irischen Bischöfe zu einem Treffen hier in Rom eingeladen, dass

sie über ihren Umgang mit diesen Angelegenheiten in der Vergangenheit berichten und um die Schritte aufzuzeigen, die sie unternommen haben, um auf diese schwerwiegende Situation zu reagieren. Gemeinsam mit höheren Verantwortlichen der römischen Kurie habe ich gehört, was sie, sowohl einzeln als auch als Gruppe, zu der Analyse der begangenen Fehler und der gelernten Lektionen, als auch in der Darstellung der Programme und jetzt geltenden Richtlinien zu sagen hatten. Unsere Diskussionen waren offen und konstruktiv. Ich bin zuversichtlich, dass resultierend aus diesen Gesprächen die Bischöfe nun besser in der Lage

sind, die Aufgabe zu übernehmen, die vergangenen Ungerechtigkeiten wieder gut zu machen und das weitergehende Thema des Missbrauchs an Minderjährigen in einer Weise anzugehen, die den Anforderungen der Justiz und der Lehre des Evangeliums entspricht.

2. Die Schwere der Vergehen und die oftmals unangemessenen Reaktion der kirchlichen Autoritäten in eurem Land erwägend habe ich entschieden, diesen Hirtenbrief zu schreiben, um meine Nähe zu euch auszudrücken und einen Weg der Heilung, der Erneuerung und der Wiedergutmachung vorzuschlagen.

Wie viele in Eurem Land betont haben: es ist wahr, dass das Problem des Missbrauchs von Kindern weder ein rein irisches noch ein rein kirchliches ist. Trotzdem ist Eure Aufgabe nun, das Problem des Missbrauchs aufzuarbeiten, das in der irischen katholischen Gemeinschaft entstanden ist, und dies mit Mut und Bestimmtheit zu tun. Niemand erwartet, dass diese schmerzhafteste Situation sich schnell lösen lässt. Wirklicher Fortschritt ist gemacht worden, aber es bleibt noch viel zu tun. Durchhaltenvermögen und Gebet sind nötig, mit großem Vertrauen in die heilende Kraft der Gnade Gottes.

Gleichzeitig muss ich aber auch meine Überzeugung mitteilen, dass die Kirche in Irland, um von dieser tiefen Wunde zu genesen, die schwere Sünde gegen schutzlose Kinder vor Gott und vor anderen offen zugeben muss. Solch eine Anerkennung, begleitet durch ernste Reue für die Verletzung dieser Opfer und ihrer Familien, muss zu einer gemeinsamen Anstrengung führen, um den Schutz von Kindern vor ähnlichen Verbrechen in der Zukunft sicher zu stellen.

Da Ihr nun die Herausforderungen des Augenblicks auf euch nehmt bitte ich euch, „blickt auf den Felsen, aus dem ihr herausgehauen seid“ (Jesaja 51,1). Bedenkt den großherzigen und oft heroischen Beitrag, den vergangene Generationen irischer Männer und Frauen für die Kirche und die ganze Menschheit geleistet haben. Lasst Euch das Ansporn sein für eine ehrliche Selbstbetrachtung und ein engagiertes Programm kirchlicher und persönlicher Erneuerung. Ich bete dafür, dass die Kirche in Irland, durch den Beistand der vielen Heiligen und gereinigt durch Reue, die augenblickliche Krise überwindet und erneut ein Zeuge für die Wahrheit und die Güte des allmächtigen Gottes wird, die sich zeigt in seinem Sohn Jesus Christus.

3. In der Geschichte waren die Katholiken Irlands immer eine starke Kraft für das Gute, in der Heimat und außerhalb. Keltische Mönche wie der heilige Kolumban haben das Evangelium in Westeuropa verbreitet und das Fundament für die mittelalterliche Klosterkultur gelegt.

Die Ideale von Heiligkeit, Nächstenliebe und transzendenter Weisheit, geboren aus dem christlichen Glauben, fanden ihren Ausdruck in den Kirchen und Klöstern, in den Schulen, Bibliotheken und Hospitälern, die alle daran mitwirkten, die geistige Identität Europas zu festigen. Diese irischen Missionare haben ihre Stärke aus dem festen Glauben, der starken Leitung und der aufrechten Verhalten der Kirche in ihrem Mutterland gewonnen.

Beginnend mit dem 16. Jahrhundert haben die Katholiken in Irland eine lange Zeit der Verfolgung erdulden müssen, während derer sie sich mühten, die Flamme des Glaubens unter gefährlichen und schwierigen Umständen lebendig zu halten. Der Heilige Oliver Plunkett, der Märtyrerbischof von Armagh, ist das berühmteste Beispiel einer ganzen Schar von mutigen Söhnen und Töchtern Irlands, die bereit waren, ihr Leben aus Treue zum Evangelium hinzugeben. Nach der katholischen Emanzipation war die Kirche frei, neu zu wachsen. Familien und zahllose Einzelne, die den Glauben in Zeiten der Prüfung erhalten haben, wurden zum Auslöser für das große Wiederaufleben des irischen Katholizismus im 19. Jahrhundert. Die Kirche bot Bildung, besonders für die Armen, und leistete dadurch ihren Beitrag zur Gesellschaft Irlands. Zu den Früchten des Wachstums der neuen katholischen Schulen gehörte eine Zunahme in Berufungen: Generationen von Missionaren, Schwestern und Brüdern, haben ihr Heimatland verlassen um auf allen Kontinenten zu dienen, besonders in der englischsprachigen Welt. Bemerkenswert waren nicht nur ihre große Zahl, sondern auch die Stärke ihres Glaubens und die Standhaftigkeit ihres pastoralen Engagements. Viele Bischöfe, besonders in Afrika, Amerika und Australien, haben von der Präsenz irischer Geistlicher und Ordensleute profitiert, die das Evangelium verkündeten und Pfarreien, Schulen, Universitäten und Krankenhäuser gründeten, die sowohl den Katholiken als auch der gesamten Gesellschaft dienten, mit besonderem Augenmerk auf die Bedürfnisse der Armen.

In fast jeder Familie in Irland gibt es jemanden – einen Sohn oder eine

Tochter, einen Onkel oder eine Tante – der sein Leben der Kirche gegeben hat. Irische Familien würdigen und schätzen zu Recht die Ihren, die ihr Leben Christus geweiht haben, die das Geschenk des Glaubens mit anderen Teilen und aus diesem Glauben Taten folgen lassen, in liebendem Dienst an Gott und dem Nächsten.

4. In den vergangenen Dekaden hatte die Kirche in Eurem Land jedoch neue und schwere Herausforderungen für den Glauben durch die rasche Transformation und Säkularisierung der irischen Gesellschaft zu bestehen. Der schnelllebige soziale Wandel hat oft genug das traditionelle Festhalten der Menschen an den katholischen Lehren und Werten beeinträchtigt. Viel zu oft wurden die sakramentalen und andächtigen Gebräuche vernachlässigt, die den Glauben erhalten und ihm erlauben, zu wachsen, wie etwa die regelmäßige Beichte, das tägliche Gebet und jährliche Einkehrtage. Bedeutsam war während dieser Zeit ebenfalls die Tendenz vieler Priester und Ordensleute, Weisen des Denkens und der Einschätzung säkularer Realitäten ohne ausreichenden Bezug zum Evangelium zu übernehmen. Das Programm der Erneuerung, das das Zweite Vatikanische Konzil vorgelegt hat, wurde häufig falsch gelesen; im Licht des tiefen sozialen Wandels war es schwer, die richtigen Weisen der Umsetzung zu finden. Es gab im Besonderen die wohlmeinende aber fehlgeleitete Tendenz, Strafen für kanonisch irreguläre Umstände zu vermeiden. In diesem Gesamtkontext müssen wir das verstörende Problem des sexuellen Missbrauchs von Kindern zu verstehen versuchen, das nicht wenig zur Schwächung des Glaubens und dem Verlust des Respekts vor der Kirche und ihre Lehren beigetragen hat.

Nur durch sorgfältige Prüfung der vielen Faktoren die zum Entstehen der augenblicklichen Krise geführt haben kann eine klare Diagnose ihrer Gründe unternommen und können wirkungsvolle Abhilfemaßnahmen gefunden werden. Sicherlich können wir zu den entscheidenden Faktoren hinzuzählen: unangemessene Verfahren zur Feststellung der Eignung von Kandidaten für das Priesteramt und

das Ordensleben; nicht ausreichende menschliche, moralische, intellektuelle und geistliche Ausbildung in Seminarien und Noviziaten; eine Tendenz in der Gesellschaft, den Klerus und andere Autoritäten zu favorisieren; und eine fehlgeleitete Sorge für den Ruf der Kirche und die Vermeidung von Skandalen, die zum Versagen in der Anwendung bestehender kanonischer Strafen und im Schutz der Würde jeder Person geführt hat. Es muss dringend gehandelt werden um diese Faktoren anzugehen, die so tragische Konsequenzen in den Leben von Opfern und ihrer Familien hatten und die das Licht des Evangeliums in einer solchen Weise verdunkelt haben, wie es noch nicht einmal Jahrhunderten der Verfolgung gelungen ist.

5. Bereits mehrfach seit meiner Wahl auf den Stuhl Petri habe ich Opfer sexuellen Missbrauchs getroffen und ich bin bereit, das auch in Zukunft zu tun. Ich habe mit ihnen zusammen gesessen, habe ihre Geschichten gehört, ihr Leiden wahrgenommen und ich habe mit ihnen und für sie gebetet. Schon früher in meinem Pontifikat habe ich in meiner Sorge diese Frage anzusprechen, die Bischöfe Irlands aufgefordert, „die Wahrheit dessen, was in der Vergangenheit geschehen ist, festzustellen, jede notwendige Maßnahme zu ergreifen, damit das nie wieder geschehen kann, sicherzustellen, dass die Vorgaben der Justiz voll eingehalten werden und, am wichtigsten, den Opfern und allen von diesen ungeheuerlichen Verbrechen Betroffenen Heilung zu bringen“ (Ansprache an die Bischöfe von Irland während des Ad Limina Besuchs, 28. 10. 2006).

Mit diesem Brief möchte ich euch alle, das Volk Gottes in Irland, ermahnen, die Wunden am Körper Christi zu betrachten. Betrachtet aber auch die manchmal schmerzhaften Heilmittel, die wir brauchen, um diese Wunden zu binden und zu heilen, und ebenfalls die Notwendigkeit der Einheit, der Nächstenliebe und der gegenseitigen Unterstützung in einem langwierigen Prozess der Wiederherstellung und kirchlicher Erneuerung. Ich wende mich nun an euch mit Worten, die von Herzen kommen und ich möchte

zu euch einzeln und zu euch allen gemeinsam als Brüder und Schwestern im Herrn sprechen.

6. An die Opfer des Missbrauchs und ihre Familien

Ihr habt viel gelitten und ich bedaure das aufrecht. Ich weiß, dass nichts das Erlittene ungeschehen machen kann. Euer Vertrauen wurde verraten und eure Würde wurde verletzt. Viele von Euch mussten erfahren, dass, als Ihr den Mut gefunden habt, über das zu sprechen, was euch zugestoßen ist, Euch niemand zugehört hat. Diejenigen von euch, denen das in Wohnheimen und Internaten geschehen ist, müssen gefühlt haben, dass es kein Entkommen gibt aus Eurem Leid. Es ist verständlich, dass es schwer für Euch ist, der Kirche zu vergeben oder sich mit ihr zu versöhnen. Im Namen der Kirche drücke ich offen die Schande und die Reue aus, die wir alle fühlen. Gleichzeitig bitte ich Euch, die Hoffnung nicht aufzugeben. In der Gemeinschaft der Kirche begegnen wir Christus, der selbst ein Opfer von Ungerechtigkeit und Sünde war. Wie ihr trägt er immer noch die Wunden seines eigenen ungerechten Leidens. Er versteht die Tiefe eures Leidens und die fortdauernden Auswirkungen auf Euer Leben und Eure eigenen Beziehungen, eingeschlossen Eure Beziehung zur Kirche. Ich weiß, dass es einigen von euch schwer fällt durch die Türen der Kirche zu gehen nach allem, was passiert ist. Aber Christi eigene Wunden, verwandelt durch sein erlösendes Leiden, sind der Weg, durch den die Macht des Bösen gebrochen wird und wir zu Leben und Hoffnung wiedergeboren sind. Ich glaube zutiefst, dass diese heilende Kraft der aufopfernden Liebe Befreiung und die Verheißung eines Neuanfangs bringt – sogar in den dunkelsten und hoffnungslosesten Situationen.

Ich spreche zu Euch als Hirte, der sich um das Wohl aller Kinder Gottes sorgt und bitte Euch, zu bedenken, was ich gesagt habe. Ich bete, dass durch die Annäherung an Christus und durch die Teilnahme am Leben seiner Kirche – einer Kirche gereinigt durch Buße und erneuert in Nächstenliebe – Ihr die unermessliche Liebe Christi für jeden von Euch wiederentdecken könnt. Ich bin zuversichtlich,

dass Ihr auf diese Weise Versöhnung, tiefe innere Heilung und Frieden finden könnt.

7. An die Priester und Ordensleute, die Kinder missbraucht haben

Ihr habt das Vertrauen, das von unschuldigen jungen Menschen und ihren Familien in Euch gesetzt wurde, verraten und Ihr müsst Euch vor dem allmächtigen Gott und vor den zuständigen Gerichten dafür verantworten. Ihr habt die Achtung der Menschen Irlands verspielt und Schande und Unehre auf Eure Mitbrüder gebracht. Die Priester unter Euch haben die Heiligkeit des Weihesakraments verletzt, in dem Christus sich selbst in uns und unseren Handlungen gegenwärtig macht. Gemeinsam mit dem immensen Leid, das Ihr den Opfern angetan habt, wurde die Kirche und die öffentlichen Wahrnehmung des Priestertums und des Ordensleben beschädigt.

Ich mahne Euch, Euer Gewissen zu erforschen, Verantwortung für die begangenen Sünden zu übernehmen und demütig Euer Bedauern auszudrücken. Ehrliche Reue öffnet die Tür zu Gottes Vergebung und die Gnade ehrlicher Besserung. Durch Gebet und Buße für die, denen Ihr Unrecht getan habt, sollt ihr persönlich für Euer Handeln Sühne leisten. Christi erlösendes Opfer hat die Kraft, sogar die größte Sünde zu vergeben und Gutes sogar aus dem schlimmsten Übel wachsen zu lassen. Gleichzeitig ruft uns Gottes Gerechtigkeit dazu auf, Rechenschaft über unsere Taten abzulegen und nichts zu verheimlichen. Erkennt Eure Schuld öffentlich an, unterwerft Euch der Rechtsprechung, aber verzweifelt nicht an der Gnade Gottes.

8. An die Eltern

Ihr seid zutiefst entsetzt über die furchtbaren Dinge, die an den Orten stattgefunden haben, die eigentlich die sichersten und sorgenfreiesten Orte hätte sein sollen. Es ist heute nicht einfach, ein Zuhause zu bilden und Kinder zu erziehen. Sie verdienen es, sicher aufzuwachsen, geliebt und geschätzt mit einem starken Gefühl ihrer Identität und ihres Wertes. Sie haben das Recht, mit authentischen

moralischen Werten erzogen zu werden, zutiefst in der Menschenwürde verankert. Sie haben das Recht, inspiriert zu werden durch die Wahrheit unseres katholischen Glaubens und Weisen des Verhaltens und Handelns zu erlernen, die zu einem gesunden Selbstwert und zu dauerhaftem Glück führen. Diese noble aber auch anspruchsvolle Aufgabe ist zuallererst Euch anvertraut, den Eltern. Ich bitte Euch dringend, Eure Rolle bei der Gewährleistung der besten möglichen Fürsorge für die Kinder sowohl zu Hause als auch in der Gesellschaft zu spielen, während die Kirche ihre Rolle wahrnimmt und weiter die Maßnahmen der letzten Jahre umsetzt um junge Menschen in Pfarreien und Schulen zu schützen. Während Ihr Eure lebenswichtige Verantwortung wahrnehmt möchte ich Euch versichern, dass ich Euch nahe bin und die Unterstützung meiner Gebete anbiete.

9. An die Kinder und die Jugend Irlands

Euch möchte ich ganz besonders ermutigen. Eure Erfahrung der Kirche ist sehr unterschiedlich von der Eurer Eltern und Großeltern. Die Welt hat sich sehr geändert seit sie in Eurem Alter waren. Trotzdem sind alle Menschen aller Generationen dazu berufen, denselben Weg durchs Leben zu gehen, gleich unter welchen Umständen. Wir sind alle skandalisiert von den Sünden und dem Versagen von einigen Mitgliedern der Kirche, besonders durch die derer, die eigens dazu ausgesucht waren, jungen Menschen zu dienen und sie anzuleiten. Aber es ist die Kirche, in der Ihr Christus findet, der derselbe ist, gestern, heute und morgen (Hebräerbrief 13,8). Er liebt Euch und er hat sich am Kreuz für Euch hingegeben. Sucht eine persönliche Beziehung zu ihm in der Gemeinschaft der Kirche, denn er wird nie Euer Vertrauen missbrauchen! Er allein kann Eure tiefsten Sehnsüchte erfüllen und Eurem Leben den vollen Sinn geben dadurch, dass er es zum Dienst am Nächsten lenkt. Halte Eure Augen auf Jesus und seine Güte gerichtet und schützt die Flamme des Glaubens in Eurem Herzen. Gemeinsam mit den übrigen Gläubigen in Irland sehe ich in Euch treue Jünger unseres Herrn; bringt den nö-

tigen Enthusiasmus und Idealismus zum Neuaufbau und der Erneuerung Eurer geliebten Kirche.

10. An die Priester und Ordensleute in Irland

Wir alle leiden als Folge der Sünden unserer Mitbrüder, die das heilige Vertrauen missbraucht haben oder versagt haben, gerecht und verantwortungsvoll mit den Missbrauchsvorwürfen umzugehen. In der Wut und der Empörung die das alles nicht nur unter den Gläubigen sondern auch unter Euch und in den Ordensgemeinschaften hervorgerufen hat, fühlen sich viele von Euch mutlos oder sogar verlassen. Mir ist ebenfalls bewusst, dass in den Augen vieler Ihr durch die Nähe zu den Tätern einen Makel tragt und als irgendwie verantwortlich für die Verbrechen anderer gesehen werdet. In dieser schmerzlichen Zeit möchte ich Eure Hingabe an das Priestertum und das Apostolat würdigen und Euch einladen, Euren Glauben in Christus zu festigen, Eure Liebe zu seiner Kirche und Euer Vertrauen in die Verheißung des Evangeliums auf Erlösung, Vergebung und innere Erneuerung. Auf diese Weise werdet ihr aufzeigen, dass da, wo die Sünde mächtig wurde, die Gnade übergroß wurde (Römerbrief 5,20).

Ich weiß, dass viele von Euch von der Art und Weise, wie diese Dinge von Euren Oberen behandelt wurden, enttäuscht, verwirrt und verärgert sind. Trotzdem ist es wesentlich, dass Ihr eng mit den Autoritäten kooperiert und helft, dass die Maßnahmen zur Bewältigung der Krise wirklich dem Evangelium gemäß, gerecht und effektiv sind. Vor allem aber bitte ich Euch, immer mehr Männer und Frauen des Gebets zu werden, die mutig dem Weg der Bekehrung, Reinigung und Versöhnung gehen. Auf diese Weise wird die Kirche in Irland neues Leben und neue Dynamik aus Eurem Zeugnis für Gottes erlösende Kraft, die in Eurem Leben sichtbar wird, schöpfen.

11. An meine Mitbrüder im Bischofsamt

Es kann nicht geleugnet werden, dass einige von Euch und von Euren Vorgängern bei der Anwendung der seit langem bestehenden Vorschriften

des Kirchenrechts zu sexuellem Missbrauch von Kindern versagt haben. Schwere Fehler sind bei der Behandlung von Vorwürfen gemacht worden. Ich erkenne an, dass es schwer war, die Komplexität und das Ausmaß des Problems zu erkennen, gesicherte Informationen zu erlangen und die richtigen Entscheidungen bei widersprüchlichen Expertenmeinungen zu treffen. Trotzdem muss zugegeben werden, dass schwerwiegende Fehler getroffen wurden und Fehler in der Leitung vorkamen. Dies alles hat Eure Glaubwürdigkeit und Effektivität untergraben. Ich erkenne Eure Bemühungen an, vergangene Fehler wieder gut zu machen und zu garantieren, dass sie nicht wieder passieren. Abgesehen von der vollständigen Umsetzung der Normen des Kirchenrechts im Umgang mit Fällen von Kindesmissbrauch: kooperiert weiter mit den staatlichen Behörden in ihrem Bereich. Für die Ordensoberen gilt dasselbe. Sie haben ebenfalls an Diskussionen hier in Rom teilgenommen, um einen eindeutigen und klaren Weg zum Umgang in dieser Angelegenheit zu entwickeln. Es ist zwingend erforderlich, dass die Normen der Kirche in Irland zum Schutz von Kindern kontinuierlich überprüft und aktualisiert werden und dass sie vollständig und unabhängig in Übereinstimmung mit dem Kirchenrecht angewandt werden.

Ausschließlich entschiedene Handlungsweisen, umgesetzt in voller Aufrichtigkeit und Transparenz, wird den Respekt und den guten Willen des irischen Volks der Kirche gegenüber, der wir unser Leben geweiht habt, wiedergewinnen. Das muss zuallererst aus Eurer Selbsterforschung, aus innerer Reinigung und geistlicher Erneuerung kommen. Die Menschen Irlands erwarten zu Recht, dass Ihr Menschen Gottes seid, dass Ihr gottgefällig und einfach lebt und täglich die persönliche Bekehrung erstrebt. Für sie – in den Worten des heiligen Augustinus – seid Ihr Bischof; aber gemeinsam mit ihnen seid Ihr berufen, Christus nachzufolgen (Sermon 340, 1). Ich ermahne Euch deswegen, Euren Sinn für die Rechenschaftspflicht vor Gott zu erneuern, in der Solidarität mit Eurem Volk zu wachsen und die pastorale Sorge für alle Mitglieder Eurer Herde zu vertiefen. Besonders

fordere ich Euch auf, achtsam zu sein für die geistlichen und moralischen Bedürfnisse jedes einzelnen Eurer Priester. Gebt ihnen durch Euer eigenes Leben ein Beispiel, seit ihnen nahe, hört auf ihre Anliegen, bietet Ermutigung in dieser schwierigen Zeit und nährt die Flamme ihrer Liebe zu Christus und ihr Engagement für den Dienst an ihren Brüdern und Schwestern.

Die Gläubigen sollen ebenfalls ermutigt werden, ihre eigene Rolle im Leben der Kirche zu spielen. Sorgt dafür, dass sie so ausgebildet sind, dass sie eine verständliche und überzeugende Darstellung des Evangeliums in mitten der modernen Gesellschaft geben können (1. Petrusbrief 3,15) und vollständiger mit dem Leben und dem Auftrag der Kirche kooperieren. Dies wird umgekehrt Euch helfen, wieder glaubwürdige Obere und Zeugen der erlösenden Wahrheit Christi zu werden.

12. An alle Gläubigen Irlands

Die Erfahrung der Kirche eines jungen Menschen sollte immer aus einer persönlichen und Leben spendenden Begegnung mit Jesus Christus in einer liebenden, nährenden Gemeinschaft Frucht bringen. In dieser Umgebung sollten junge Menschen ermutigt werden, ihre menschliche und geistliche Gestalt voll zu entwickeln, das hohe Ideal der Heiligkeit, der Nächstenliebe und der Wahrheit anzustreben, und von den Reichtümern der kulturellen und religiösen Tradition inspiriert zu sein. In unserer zunehmend säkularisierten Gesellschaft, in der selbst wir Christen es oft schwer finden, über die transzendente Dimension unserer Existenz zu sprechen, müssen wir neue Wege finden, jungen Menschen die Schönheit und den Reichtum der Freundschaft mit Christus in der Gemeinschaft der Kirche nahe zu bringen. Für die Bewältigung der gegenwärtigen Krise sind Maßnahmen, die gerecht mit individuellem Unrecht umgehen, unerlässlich, aber allein für sich sind sie nicht ausreichend: wir brauchen eine neue Vision, um zukünftige Generationen zu inspirieren, das Geschenk unseres gemeinsamen Glaubens zu schätzen. Indem Ihr den Weg des Evangeliums

geht, durch das Halten der Gebote und dadurch, dass Ihr Euer Leben immer mehr in Übereinstimmung mit dem Leben Jesu Christi bringen, werdet Ihr sicher die tiefe Erneuerung erfahren, die wir in dieser Zeit so dringend brauchen. Ich lade Euch ein, auf diesem Weg beständig zu sein.

13. Liebe Brüder und Schwestern in Christus, ich wollte Euch diese Worte der Ermutigung und Unterstützung aus meiner Fürsorge für Euch alle in dieser schmerzvollen Zeit, in der die Zerbrechlichkeit des menschlichen Wesens so deutlich offenbar geworden ist, schreiben. Ich hoffe, dass Ihr sie als Zeichen meiner geistlichen Nähe und meiner Zuversicht in Eure Fähigkeit empfangt, den Herausforderungen der Stunde dadurch zu begegnen, dass Ihr erneuerte Inspiration und Stärke aus Irlands nobler Tradition der Treue zum Evangelium empfangt, Ausdauer im Glauben und Beharrlichkeit im Erstreben von Heiligkeit. In Solidarität mit Euch allen bete ich, dass mit Gottes Gnade die Wunden, die so viele Einzelne und Familien verletzt haben, heilen und dass die Kirche in Irland eine Zeit der Wiedergeburt und der geistlichen Erneuerung erfahre.

14. Ich möchte Euch nun auch einige konkrete Initiativen zum Umgang mit der Situation vorschlagen.

Am Ende meines Treffens mit den irischen Bischöfen habe ich darum gebeten, dass diese Fastenzeit reserviert wird für das Gebet um das Ausgießen der Barmherzigkeit Gottes und der Geistesgaben der Heiligkeit und Stärke über der Kirche in Eurem Land. Ich lade Euch alle ein, die Freitagsbuße für die Dauer eines Jahres bis Ostern 2011 dieser Intention zu widmen. Ich bitte Euch, Euer Fasten, Euer Gebet, Eure Schriftlesung und Eure Werke der Nächstenliebe dem zu widmen, damit Ihr so die Gnade der Heilung und der Erneuerung für die Kirche in Irland erlangt. Ich ermutige Euch, aufs Neue das Sakrament der Versöhnung für Euch zu entdecken und häufiger die verwandelnde Kraft seiner Gnade zu nutzen.

Besondere Aufmerksamkeit sollte ebenfalls der eucharistischen Anbe-

tung zuteil werden; in jedem Bistum soll es Kirchen oder Kapellen geben, die speziell diesem Zweck gewidmet sind. Ich fordere Pfarreien, Seminarien, Ordenshäuser und Klöster dazu auf, Zeiten eucharistischer Anbetung zu organisieren, so dass sich alle beteiligen können. Durch intensives Gebet vor dem anwesenden Herrn könnt Ihr Wiedergutmachung leisten für die Sünde des Missbrauchs, die so viel Schaden angerichtet hat. Gleichzeitig könnt Ihr so die Gnade neuer Stärke erleben und einen tieferen Sinn des Auftrags aller Bischöfe, Priester, Ordensleute und Gläubigen.

Ich bin zuversichtlich, dass dieses Unterfangen zu einer Neugeburt der Kirche in Irland führen in der Fülle von Gottes Wahrheit führen wird, denn es ist die Wahrheit, die uns frei macht (Johannesevangelium 8,32).

Darüber hinaus, nachdem ich darüber beraten und gebetet habe, habe ich vor, eine Apostolische Visitation einiger Bistümer Irlands abzuhalten, ebenso von Seminarien und Ordensgemeinschaften. Absprachen für diese Visitation, die der Ortskirche auf ihrem Weg der Erneuerung helfen soll, werden in Absprache mit den zuständigen Büros der römischen Kurie und der irischen Bischofskonferenz getroffen. Die Einzelheiten werden zu gegebener Zeit bekannt gegeben.

Ich schlage ebenfalls eine gemeinsame Mission in ganz Irland für alle Bischöfe, Priester und Ordensleute vor. Es ist meine Hoffnung, dass durch das Nutzen der Expertise erfahrener Prediger und Exerzitienbegleiter von Irland und andernorts und durch das erneute Studium der Dokumente des Konzils, der liturgischen Riten von Weihe und Profess und der neueren päpstlichen Lehren, Ihr zu einem tieferen Verständnis für Eure jeweilige Berufung kommt, um so die Wurzeln Eures Glaubens in Jesus Christus wieder zu entdecken und aus dem Quell des lebendigen Wassers zu trinken, den er Euch durch seine Kirche bietet.

In diesem Jahr des Priesters empfehle ich Euch ganz besonders den heiligen Jean-Marie Vianney, der ein reiches Verständnis des Mysteriums des Priestertums hatte. Er schrieb: „Der Priester hält den Schlüssel zu den Schätzen des Himmels: er ist es,

der die Tür öffnet: er ist der Statthalter des guten Herrn; der Verwalter seiner Güter.“ Der Pfarrer von Ars verstand sehr gut, wie gesegnet eine Gemeinschaft ist, wenn ihr von einem guten und heiligen Priester gedient wird: „ein guter Hirte, ein Hüter nach Gottes Herzen, ist der größte Schatz, den Gott einer Gemeinde schenken kann und eines der wertvollsten Geschenke göttlicher Gnade.“ Durch die Fürsprache des heiligen Jean-Marie Vianney möge das Priestertum in Irland neu belebt werden und möge die ganze Kirche in Irland wachsen in Wertschätzung für das große Geschenk des priesterlichen Dienstes.

An dieser Stelle möchte ich denen im voraus danken, die an der Aufgabe der Organisation der Apostolischen Visitation und der Mission beteiligt

sind, und genauso den vielen Männern und Frauen in ganz Irland, die schon heute für den Schutz von Kindern im kirchlichen Umfeld arbeiten. Seit der Zeit, als wir begonnen haben, die Schwere und das Ausmaß des Problems zu verstehen, hat die Kirche eine ungemein große Anstrengung in vielen Teilen der Welt geleistet, um sich dem zu stellen und um Abhilfe zu schaffen. Auch wenn keine Anstrengung aufgespart werden sollte, die Verfahren zu verbessern und zu aktualisieren, bin ich doch ermutigt durch die Tatsache, dass die augenblicklichen Verfahren zur Absicherung, die die Kirche eingeführt hat, in einigen Teilen der Welt als vorbildlich für andere Institutionen angesehen werden.

Ich möchte diesen Brief mit einem besonderen Gebet für die Kirche in Ir-

land beenden, das ich Euch mit der besonderen Sorge des Vaters für seine Kinder und der Zuneigung eines Mitchristen sende, der skandalisiert und verletzt ist durch das, was in unserer geliebten Kirche geschehen ist. Wenn Ihr es in Euren Familien, Pfarreien und Gemeinschaften betet, möge die selige Jungfrau Maria jeden von Euch schützen und leiten zu einer engeren Verbindung mit ihrem Sohn, dem Gekreuzigten und Auferstandenen. Mit großer Zuneigung und unentwegter Zuversicht in Gottes Zusage sende ich Euch herzlich meinen apostolischen Segen als eine Zusage von Stärke und Frieden im Herrn.

Aus dem Vatikan, 19. März 2010,
am Hochfest des heiligen Josef
BENEDIKTUS PP. XVI.

Religion und Gesellschaft:

Vatikanische Statistik deutet für die Weltkirche Gewichtsverschiebungen an

Die katholische Kirche zählt weltweit 1,166 Milliarden Mitglieder, das sind 19 Millionen mehr als im Jahr zuvor. Prozentual erhöhte sich der Anteil der Katholiken an den zuletzt 6,7 Milliarden Erdenbewohnern von 17,3 auf 17,4 Prozent. Das geht aus dem „Anuario Pontificio“, dem Päpstlichen Jahrbuch 2010, hervor, dessen erstes Exemplar dem Papst jetzt überreicht wurde. Leicht angestiegen ist dem Anuario zufolge auch die Zahl der katholischen Priester. Rückläufig ist unterdessen die Zahl der Ordensfrauen.

Die Zahl der katholischen Priester weltweit ist im Jahr 2008 abermals leicht angestiegen. Insgesamt gab es 2008 allerdings immer noch rund 7.000 Priester weniger als 30 Jahre zuvor. Das neue Päpstliche Jahrbuch 2010 belegt zwar, dass die Kirche in den Ländern Europas im Vergleich zu den übrigen Erdteilen noch immer die meisten Kleriker – 47 Prozent – hat, im christlichen Abendland allerdings auch die größten Einbrüche hinnehmen muss. Die Entwicklungslinien lassen grundlegende kontinentale Gewichtsverschiebungen in absehbarer Zukunft erwarten

Europas Seminare werden leerer

Ein weniger erfreuliches Bild zeichnen die statistischen Angaben im neuen „Anuario Pontificio 2010“, für die katholische Kirche in Europa: Mit 47,1 Prozent zählt das christliche Abendland laut Päpstlichem Jahrbuch zwar weiterhin mit Abstand die meisten Priester vor Nord- und Südamerika (30 Prozent), Asien (13,2 Prozent), Afrika (8,7 Prozent) und Australien/Ozeanien (1,2 Prozent). Ein Blick auf die Entwicklungskurve der geistlichen Berufungen zeigt jedoch, dass sich diese kontinentale Gewichtsver-

teilung in absehbarer Zukunft grundlegend ändern könnte.

In Afrika drängten nach den Angaben 3,6 Prozent mehr junge Männer in die Priesterseminare. Asien und Ozeanien verzeichneten im Jahresvergleich 2008/2007 sogar einen Zuwachs um 4,4 bzw. 6,5 Prozent. In Amerika blieb die Zahl der Priesteramtskandidaten zumindest nahezu konstant. Nur in Europa nahm sie um 4,3 Prozent ab. Weltweit stieg die Zahl der Priesteramtskandidaten um 1,1 Prozent auf rund 117.000. Diese Angaben bestätigen weitgehend

den Trend der zurückliegenden Jahre: In Europa bleiben immer mehr Zimmer in den Seminaren leer, in Afrika und Asien strebt hingegen eine stetig wachsende Zahl junger Katholiken das Priesteramt an.

In der Römischen Kleruskongregation zeigt man sich mit der Entwicklung der Priesterzahlen insgesamt durchaus zufrieden. In Europa gebe es zumindest in Italien und Polen noch immer erfreulich viele Neupriester. In anderen Staaten wie etwa Frankreich sehen Mitarbeiter der Kongregation immerhin Anzeichen für eine Trend-

wende. Von einer „Priesterknappheit“ wollen sie jedenfalls auch in jenen Ländern nicht sprechen, in denen die Zahl der Kleriker in den letzten Jahrzehnten gesunken ist. Dieser Rückgang entspreche den schrumpfenden Gemeinden: Es gibt weniger Priester, aber auch weniger Gläubige. Das Betreuungsverhältnis habe sich demnach

nicht grundlegend verschlechtert. Allerdings gestalten sich die Seelsorge schwieriger, weil die Priester für immer größere Gebiete zuständig seien.

Weniger als 740.000 Nonnen

Besorgniserregend stellt sich die Lage bei den Ordensfrauen dar. Seit dem Jahr 2000 ist ihre Zahl von mehr

als 800.000 um 7,8 Prozent auf knapp 740.000 im Jahr 2008 gesunken. Die Unterschiede zwischen den Kontinenten fallen hier noch drastischer aus: Einem Minus von 17,6 bzw. 12,9 Prozent in Europa und Amerika steht ein Zuwachs um 21,2 Prozent in Afrika und um 16,4 Prozent in Asien gegenüber. (KNA-ID 09/2010)

Kirche und Gesellschaft

Mann und Macht – was man(n) damit macht

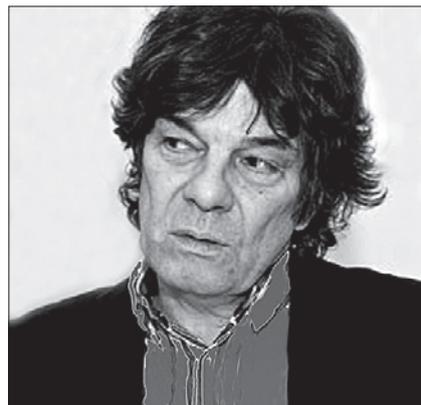


Bericht von der Haupttagung der Gemeinschaft Katholischer Männer Deutschlands (GKMD)

VON PAUL A. SCHULZ

Hätten die „Lehman-Sisters“ es anders gemacht? In den letzten Monaten war zuweilen zu hören, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise, von deren Auswirkungen wir alle betroffen sind, (wesentlich) von Männern gemacht sei und – hätten Frauen das Sagen gehabt – es womöglich ganz anders gekommen wäre. Klar scheint auf jeden Fall zu sein: Hinter dem Zusammenbruch von Banken und Firmen seit der zweiten Jahreshälfte 2008 stehen auch hochspekulative Geschäfte, die der Gier und Selbstüberschätzung von Männern entspringen.

Bei der diesjährigen Haupttagung der Gemeinschaft Katholischer Männer Deutschlands (GKMD) vom 20. bis 22. April im Bonifatiushaus in Fulda haben sich die Männer – Vertreter aus katholischen Verbänden¹ und Pastoralstellen der Diözesen, die sich mit Männerseelsorge und kirchlicher Männerarbeit befassen, – mit Ursachen, Auswirkungen und Akteuren der Wirtschafts- und Finanzkrise beschäftigen. Dabei richteten sie den Blick besonders auf die Männer, die an den entscheidenden Stellen



in Banken und Firmenzentralen sitzen. Was treibt Manager und Börsenspekulanten eigentlich zu ihrem Tun an? Was treibt Männer insgesamt an, zu schlechten wie zu guten Taten? – Antworten gaben:

- der Schweizer Psychologe Allan Guggenbühl mit dem Vortrag „Grandiosität und Mythen – Motoren für gerechtes und soziales Handeln“,
- der Moraltheologe und Sozialethiker Peter Schallenberg mit seinen Ausführungen zum Thema „Die katholische Soziallehre – die Antwort auf die Wirtschafts- und Finanzkrise“,
- der Männerbischof Erzbischof Dr. Ludwig Schick, Bamberg, in seiner Predigt zum Tagungsthema „Mann und Macht – was man(n) damit macht“.

Grandiosität und Mythen – Motoren für gerechtes und soziales Handeln

Der bekannte *Schweizer Psychologe Allan Guggenbühl*² war eingeladen, mit einem Vortrag zum Thema „Grandiosität und Mythen – Motoren für gerechtes und soziales Handeln“ in das Innenleben von Männern einzuführen. Prof. Dr. Guggenbühl vertrat die These, dass in Studien das Bild des heutigen Mannes fast immer mit negativen Termini beschrieben werde. Dadurch müsse sich in der Gesellschaft ein zwanghaftes (pathologisches) Gefühl der Unvollkommenheit einstellen: „Der Mann als Fehlgriff der Natur“ beeinflusse unwillkürlich das Selbstwertgefühl von Männern. Das Männliche habe in unserer Gesellschaft in nie gekannter Weise eine Abwertung erfahren,

² Prof. Dr. Allan Guggenbühl, diplomierter analytischer Psychotherapeut, Kinder- und Jugendpsychologe, Seminarlehrer für Psychologie und Pädagogik im Kindergarten- und Hortseminar des Kantons Zürich, Leiter der Psychotherapiegruppen für Kinder und Jugendliche bei der Erziehungsberatung des Kantons Bern, Publikationen zu Gewalt und Aggression unter Kindern, männlicher Identität (Männer, Mächte, Mythen). – Buch zum Thema: Allan Guggenbühl: Kleine Machos in der Krise. Wie Eltern und Lehrer Jungen besser verstehen. Herder (Freiburg, Basel, Wien) 2006. 192 Seiten.

¹ Die GKS ist als kirchlicher Verband, der Männerarbeit leistet, Mitglied in der GKMD. Delegierte der GKS bei der Haupttagung waren die Ehrenbundesvorsitzenden Oberst a.D. Karl-Jürgen Klein, Oberstleutnant a.D. Paul Schulz und Hauptmann a.D. Heinrich Dorn-dorf.

die auch die Jungen nicht unberührt lasse – im Gegenteil: Das Image der Jungen habe sich in den letzten Jahrzehnten dramatisch verschlechtert, sie gelten als unruhig, gewalttätig und tendenziell rechtsradikal. Das männliche Geschlecht habe das Nachsehen, so Guggenbühl, und befinde sich in puncto Schul- und Berufslaufbahn inzwischen auf der Verliererstraße. Die Folgen würde unsere auf technische Innovation angewiesene Gesellschaft zu spüren bekommen, wenn die Wirtschaftsentwicklung durch einen beträchtlichen Mangel an qualifizierten Technikern, Ingenieuren und Naturwissenschaftlern empfindlich gebremst werde.

Heute ziele die Schulpädagogik darauf ab, so der Psychologe, Geschlechterunterschiede zu egalisieren. Dies laufe darauf hinaus, dass Jungen Sanktionen erhalten, wenn sie typisches Jungenverhalten (Toben, Vorlautsein, Prahlen, Unberechenbarkeit, Risikobereitschaft, Widerstand gegen (weibliches) Lehrpersonal) zeigen. Während die Schule Mädchenförderung, beispielsweise im Fach Mathematik und in technischen Fächern, mit besonderer Entschlossenheit und Energie betreibe, würde die Schuld an den schlechten Schulleistungen der Jungen diesen selbst aufgebürdet. Auch würden Mädchen ihre Gefühle in eine Beziehungssprache umsetzen, dagegen steuerten Jungen ihre Gefühle vielmehr über Aktionen und die Hinwendung zur Sache (vor allem zivilisatorische Errungenschaften wie Autos, Lokomotiven oder Computer). Während es sich bei solchen technischen Objekten aus weiblicher Sicht um bloße Gebrauchsgegenstände handele, hätten sie für Jungen eine seelische Bedeutung. Sie würden nicht selten zu einem Symbol für den menschlichen Gestaltungswillen, für die Herausforderung der Unterwerfung der ungebändigten Kräfte der Natur durch den Menschen. Guggenbühl machte geltend, dass dieses „grandiose Denken“ der Jungen eine Ressource darstelle, indem es Energien und Fantasien freisetze. Dahinter stecke auch eine Sehnsucht nach Anschluss an eine der großen Geschichten oder Mythen unserer Gesellschaft. Die Gesellschaft müsse allerdings einen Ausgleich zwischen den individuellen,

egoistischen Beweggründen des Einzelnen (Grandiosität) und den kollektiven, gesellschaftlichen Mythen (in unserem Kulturkreis: Verpflichtung zum Gemeinwohl) suchen und finden, meint Prof. Guggenbühl.

Die katholische Soziallehre – die Antwort auf die Wirtschafts- und Finanzkrise



In einem zweiten Vortrag des *Theologen und Sozialethikers Peter Schallenberg*³ ging es dann um die Frage nach der Ethik in der (sozialen) Marktwirtschaft und um das, was von kirchlicher Seite für eine gesunde, lebensförderliche Wirtschaft geleistet werden kann. Ausgangspunkt der Überlegungen des Referenten war die Aussage, bei der katholischen Soziallehre handle es sich nicht um eine „Sonderoffenbarung“, sondern um eine Erkenntnisse, welche sich aus dem christlichen Menschenbild und dem Nachdenken darüber ergeben, was gut, schön und gerecht sei. Denn den Menschen zeichne aus, dass bei ihm das Menschengemäße nicht einfach wie beim Tier von Natur aus geschehe, sondern aus Vernunft. So strebe jeder Mensch – wie bereits die griechische Philosophie erkannte – nach dem Guten, Schönen und Gerechten. Das Schöne meinte für den Griechen, das was wir heute als Würde (*dignitas*) bezeichnen und was unsere unveräußerlichen Grundwerte

³ Prof. Dr. Peter Schallenberg, Inhaber des Lehrstuhls für Moralthologie und Ethik an der Theol. Fakultät Paderborn und seit April 2010 Leiter der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach. Forschungsschwerpunkt u.a. Ethik der Sozialen Marktwirtschaft.

ausmache. Das Gute sei zu befragen nach dem Warum – das Schöne verstehe sich von selbst: „Eine Person ist als Abbild Gottes schön und Gott ist schön“, erläuterte Schallenberg.

Gerechtigkeit sei die Herstellung eines Minimums an guten Lebensmöglichkeiten. So könne der Staat zwar Gerechtigkeit zusichern und somit zwar für Zufriedenheit, nicht jedoch für Glückseligkeit sorgen. Gerechtigkeit sei gleichsam ein notwendiger Grundwasserspiegel. Um aber Schwimmen zu können, sei ein Mehr nötig, nämlich die Liebeshwürdigkeit des Menschen, die sich aus der unbedingten Liebe Gottes über den Tod hinaus ergebe und in der, wie Prof. Schallenberg ausführte, das höchste Glück des Menschen und sein letztes Ziel bestehe.

In einem weiteren Schritt erläuterte Schallenberg die vier Grundprinzipien der christlichen Soziallehre: Personalität – Solidarität – Subsidiarität – Gemeinwohl. Damit schlug er den Bogen von den Vorstellungen der griechischen Philosophie zur modernen Wirtschaftsethik. Zunächst aber klärte er einen weit verbreiteten Irrtum auf: Der Begriff des Kapitalismus gründe nicht auf Karl Marx, wie vielfach vermutet werde, sondern stamme von einem Bettelmönch, dem Franziskaner Bernhardin von Siena († 1444). Dieser wusste bereits im 15. Jahrhundert zwischen Gelddarlehen zu Konsumzwecken und solchen zu Produktivzwecken zu unterscheiden. Bernhardin gestand für Letzteres einen „mäßigen Zins“ von ca. 5 Prozent zu. Die „Capitalisti“ waren die Besitzer vieler Schafe, also die Reichen, welche die weniger gut betuchten Mitbürger durch Ausleihen unterstützten. Nach diesem Gedanken, der auf dem Prinzip der Gerechtigkeit beruht, kam der Vortragende zu dem abschließenden Urteil: „Der Kapitalismus ist nicht unmoralisch.“ Allerdings müssten „aktuelle Anlässe genutzt werden, um das soziale System zu verbessern“. Das System der (Wirtschafts- und Finanz-) Gerechtigkeit sei so weiter zu entwickeln, dass verhindert werden könne, wenn Einzelne sich ungerecht und zu Lasten anderer bereichern. An diesem Punkt ging der Vortrag noch auf die unterschiedlichen und schwer in Einklang zu bringenden

Wirtschaftsmodelle ein: Während sich Europa zur sozialen Marktwirtschaft (mit länderspezifischer unterschiedlicher Ausprägung) bekenne, würden die angelsächsischen Staaten, insbesondere die USA, das durch Calvins Prädestinationslehre geprägte individualistische Wirtschaftsmodell bevorzugen.

Prof. Dr. Schallenberg war es in seinem Vortrag gelungen, schwierige philosophische Fragen mit einfachen, humorvollen und plausiblen Beispielen zu erläutern. Ergänzend und abschließend ein Zitat aus der Sozialzyklika „Centesimus annus“ von Papst Johannes Paul II. aus dem Jahr 1991:

„Die Kirche anerkennt die berechtigte Funktion des Gewinnes als Indikator für den guten Zustand und Betrieb des Unternehmens. Wenn ein Unternehmen mit Gewinn produziert, bedeutet das, dass die Produktionsfaktoren sachgemäß eingesetzt und die menschlichen Bedürfnisse gebührend erfüllt werden. Doch der Gewinn ist nicht das einzige Anzeichen für den Zustand des Unternehmens ..., denn Zweck des Unternehmens ist nicht bloß die Gewinnerzeugung, sondern auch die Verwirklichung als Gemeinschaft von Menschen, die auf verschiedene Weise die Erfüllung ihrer grundlegenden Bedürfnisse anstreben und zugleich eine besondere Gruppe im Dienst der Gesamtgesellschaft bilden. Der Gewinn ist ein Regulator des Unternehmens, aber nicht der einzige. Hinzu kommen andere menschliche und moralische Faktoren, die auf lange Sicht gesehen ebenso entscheidend sind für das Leben des Unternehmens.“ (Centesimus annus 35,3)

Mann und Macht – was man(n) damit macht

PREDIGT VON ERZBISCHOF DR. LUDWIG SCHICK, BAMBERG²

„Mann und Macht – was man(n) damit macht“. Als wir dieses Thema für die diesjährige Haupttagung der katholischen Männerarbeit formulierten, hatte es längst nicht die Brisanz, die es derzeit hat.

„Mann und Macht“ ist ein Thema, das unbedingt auf die Tagesordnung der Männerarbeit muss. Es darf auch



keine „Eintagsfliege“ sein, sondern muss Dauerthema werden.

Die Missbrauchsfälle in den Kirchen, in den Familien, in Internaten, Schulen, Sportvereinen etc. machen dieses Thema drängend wichtig. 80 und mehr Prozent der Täter in den Missbrauchsskandalen sind Männer, 80 Prozent der Opfer sind Frauen.

Bei der Aufarbeitung und Analyse der Missbrauchsfälle wird neben der Krankheit „Pädophilie“ und einer fehlentwickelten, unterentwickelten oder unreifen Sexualität immer wieder das Thema „Macht und Machtmissbrauch“ genannt. Sexueller Missbrauch und Machtmissbrauch hängen zusammen!

Aber nicht nur beim „sexuellen Missbrauch“, sondern auch bei Prügelstrafen und anderen so genannten „Erziehungsmaßnahmen“ spielt das Thema „Mann und Macht“ eine große Rolle. Nicht nur früher, auch in unserer Zeit erleben wir diesbezüglich neue gravierende Probleme, z.B. im Fall Dominik Brunner in München, bei den Neonazis, bei Zwangsprostitution oder Mobbing. Auch beim Bankencrash des letzten Jahres, bei Betriebsschließungen oder -verlegungen mit Kündigungen wird öfter als eine Ursache „Macht und Machtmissbrauch“ genannt. Aus diesen vielen Gründen ist es wichtig, dass wir uns in der Männerarbeit mit diesem Thema intensiv befassen. „Mann und Macht – was man(n) damit macht“ soll einen Topplatz in der Männerarbeit aller Diözesen, in Männervereinen und -gemeinschaften bekommen.

Ich kann jetzt nur ein paar Anmerkungen bezüglich Macht und Machtmissbrauch machen und dazu, wie Macht ausgeübt und Machtmissbrauch verhindert werden muss. Ich

möchte zehn schlaglichtartige Thesen dazu aufstellen, die zum Diskutieren und Weiterdenken anregen sollen.

1. Macht wahrnehmen und anerkennen

Eine der ersten Gefahren, Macht zu missbrauchen, Machtmissbrauch zuzulassen oder zu erleiden, ist: Macht nicht anerkennen und nicht benennen. Jeder Mensch hat Macht, als Ehemann, als Vater, im Beruf und durch den Beruf, besonders als Lehrer, Pfarrer, Arzt, im Pflege- und Beratungsberuf, als Beamter und Politiker. Jeder Erwachsene, jeder körperlich Gesunde und Starke, jeder Wissende und Intelligente, jeder Autofahrer mit seinem PS-starken Wagen hat anderen gegenüber Macht!

Wer sagt, er habe keine Macht, lügt und verschleiert, bewusst oder unbewusst. Die eigene Macht verneinen oder verschleiern ist eine erste und gefährliche Gefahrenquelle, Macht zu missbrauchen. „Bucklige Demut ist falsch“. Durch „serviles dienen“ und „sich andienern“ Macht über andere zu gewinnen suchen, ist pervers.

Auf der anderen Seite gehört dazu die Macht des Anderen/der Anderen zu erkennen und wahrzunehmen. Wer die Macht des Anderen nicht sieht, läuft Gefahr durch dessen Machtmissbrauch Schaden zu erleiden. Macht anderer zu erkennen, muss von Kindheit an gelehrt und gelernt werden.

2. Macht (recht verstanden) ist in sich gut

Das Hauptwort „Macht“ und das Tätigkeitswort „machen“ haben den gleichen Ursprung. Macht ergibt sich aus Können, Willen und Verwirklichen.

Mit Macht soll und kann man Gutes machen. Im Lateinischen steht für Macht das Hauptwort „Potestas“, das vom Tuwort „potere“, können/vermögen, abgeleitet ist. Macht ist Potenzial, das gut eingesetzt werden kann und muss. Deshalb muss Macht in den verschiedenen Bereichen des Menschen und seines Wirkens auch ausge-

baut oder entfaltet werden, damit sie den Mitmenschen und dem Gemeinwohl bestmöglich dient.

3. *Macht muss regelmäßig überprüft werden*

Das geschieht in verschiedenen Bereichen auf unterschiedliche Weise, z.B. durch Revision und Evaluation, durch Qualifizierungen und Begutachtungen. Wahlen und funktionierende demokratische Strukturen sind wichtige Maßgaben für den rechten Gebrauch von Macht und Gegenmittel gegen Machtmissbrauch. Grundsätzlich muss es eine Kultur des Hinschauens und der Achtsamkeit geben.

Eine Gefahrenquelle des Machtmissbrauchs liegt auch darin, dass Personen zu lange „an der Macht sind“. Ämter sollten öfter und regelmäßig gewechselt werden. Wenn Menschen zu lange in einem Amt sind, entstehen Seilschaften oder es wird nach dem Prinzip „eine Hand wäscht die andere“ gehandelt.

4. *Macht muss in ein Wertesystem eingebaut sein*

Es sind vor allem die vier Kardinaltugenden zu beachten: Gerechtigkeit, Klugheit, Tapferkeit und Maß; es muss die Goldene Regel, „Was ihr von anderen erwartet, das tut ebenso auch ihnen“ (Lk 6,31; vgl. Mt 7,12) und das Gebot der Nächstenliebe beachtet werden.

5. *Macht und Ehrlichkeit hängen engstens zusammen*

Missbrauch und Lüge bilden oft ein Unheilspaar. Offenheit und Wahrhaftigkeit verhindern Machtmissbrauch.

6. *Menschenorientiert nicht institutionenfixiert*

Eine weitere Gefahrenquelle für Machtmissbrauch ist die Fixierung auf Institutionen: meine Partei, meine Kirche, mein Staat, bis hin zu meine Familie. Christliche Machtausübung ist immer menschenorientiert. (Bei Paulus kann man die christliche „anthropo-

logische Wende“ feststellen. Im Galaterbrief beschreibt er selbst, dass er „aus Treue zum jüdischen Gesetz“ und „mit dem größten Eifer ... für die Überlieferung meiner Väter“ ein Verfolger der Kirche war (vgl. Gal 1,14). Dann offenbarte Gott ihm „seinen Sohn“, damit er ihn unter den Heiden verkünde (vgl. Gal 1,15ff). Paulus wendet sich von den Institutionen des Alten Bundes zu den Personen, d. h. zu Christus und wie ER zu den Menschen.) Christen üben ihre Macht aus, um Menschen zu fördern, nicht, um sie in ein System zu zwängen oder Institutionen zu erhalten. Sie achten dabei die Freiheit des Menschen und lassen ihn entscheiden.

7. *Männer und Frauen*

In den Schöpfungsberichten sind die Gleichberechtigung und Einheit von Frau und Mann grundgelegt. Die Herrschaft von Männern über Frauen ist von Übel, weil sie oft mit Gewaltausübung und Unterdrückung verbunden ist. Starke Frauen sind Korrektive für die Männer. Sie helfen, dass Männer ihre Potenziale gut gebrauchen.

8. *Nähe und Distanz*

Wenn Nähe und Distanz nicht gelingt, ist Gefahr von Machtmissbrauch in Verzug. Wenn ein Lehrer der Kumpel seiner Schüler sein will, muss die Ampel auf rot gehen. Wenn ein Priester keine Freunde auf Augenhöhe hat und die Ministranten und Jugendlichen seine Freunde nennt, ist das problematisch. Ich bin allergisch gegen Ausdrücke „meine Jugend“, „meine Pfarrei“, „meine Diözese“. Sie sind nicht „unser“.

Wir haben ihnen mit unseren Potenzialen zu dienen!

9. *Macht muss ermächtigen*

Jesus sagt heute im Evangelium: Keiner darf zugrunde gehen. Die regelmäßige Überprüfung der eigenen Machtausübung ist wichtig. Tue ich es für andere oder tue ich es für mich selbst? Macht wird nur dann im christlichen Sinn ausgeübt, wenn sie dem Nächsten zum Nutzen wird. Es darf nie darum gehen, die eigene Position zu stärken, sondern Macht muss der Ermächtigung der anderen, besonders der Kleinen im Sinn des Evangeliums, dienen.

10. *Macht und Gottesglaube*

Der Glaube an Gott bewahrt vor Machtmissbrauch. Er verkündet: Über allen Mächtigen steht der „Allmächtige“! Vor dem gerechten Gott wird jeder Machtgebrauch und jeder Machtmissbrauch verantwortet werden müssen. Das sollten wir Christen nie vergessen und es allen anderen sagen.

Das schließt ein, dass jeder Machtmissbrauch auch in unserer Welt von Polizei und den irdischen Gerichten geahndet werden soll.

Liebe Brüder, wir müssen uns mit dem Thema „Mann und Macht“ intensiv befassen, damit wir den Menschen dienen! „Mann und Macht – was man(n) damit macht“ – das darf nicht nur das Thema dieser Tagung sein, sondern muss zum Dauerthema unserer Männerarbeit werden. Befassen Sie sich in Ihrer alltäglichen Arbeit mit den 10 Thesen; um Gottes und der Menschen willen – Amen.

Vatikanklinik an adulter Stammzellforschung beteiligt

Der Vatikan unterstützt mit Nachdruck ein neues internationales Projekt adulter Stammzellen-Forschung. Wie die US-katholische Nachrichtenagentur Catholic News Service (CNS) meldet, fließen jedoch keine finanziellen Mittel von vatikanischer Seite an die Forscher. Für das Projekt, das von der medizinischen Fakultät der University of Maryland im US-amerikanischen Baltimore geleitet wird, wurde ein Konsortium von Wissenschaftlern aus verschiedenen italienischen Gesundheitseinrichtungen zusammengestellt, darunter auch Forscher von der vatikanischen Bambino-Gesù-Klinik in Rom. (ZENIT)

Militärpfarramt Bonn

Probleme der Bioethik

Betrachtungen auf der Grundlage der Sozialenzyklika *Caritas in Veritate*

Über dieses Thema referierte Prof. Dr. Manfred Spieker¹ am Dienstag, den 9. März 2010 im geistlichen Forum auf der Hardthöhe in Bonn. Begonnen wurde der Vortragsabend mit einer Eucharistiefeier, zu dem sich ca. 50 Personen versammelt hatten. Um in das Thema einzuführen, stellte Prof. Spieker zuerst die in der Enzyklika angesprochene Ethik des Lebens und Sozialethik an ausgewählten Stellen vor. Dass beide Themenbereiche eng miteinander verbunden sind, lehre schon die Sozialenzyklika „*Humanae Vitae*“ von Papst Paul VI, führte der Sozialwissenschaftler aus. Aber so wie die *Caritas in Veritate* (CiV) nur verkürzt und damit verzerrt als Globalisierungsenzyklika dargestellt werde, haben die Menschen *Humanae vitae* nur als Enzyklika in Erinnerung, in der Paul VI. über Empfängnisverhütung gesprochen hätte. In der Enzyklika CiV Ziffer 74 und 75 greife Benedikt XVI. die Kultur des Todes auf und in dem der Papst vom Versuch spreche, das Töten gesellschaftsfähig zu machen, ziele er nicht auf das Verbrechen ab, sondern auf Abtreibung und Euthanasie, den klassischen Problemfeldern der Bioethik.

Damit leitete Prof. Spieker zu der Problematik der Abtreibung über. Er führte aus, dass in der gesamten Kirchengeschichte die Abtreibung als Mord und abscheuliches Verbrechen verworfen würde. Als Tatstrafe ziehe sie automatisch die Exkommunizierung nach sich, ohne dass ein gesondertes Urteil gefällt werden müsse, erklärte der Sozialwissenschaftler und zitierte den Katechismus der Katholischen Kirche, in dem die Abtreibung als beabsichtigte und direkte Tötung

eines menschlichen Geschöpfes erklärt wird, die in dem zwischen der Empfängnis und Geburt liegenden Anfangsstadium seiner Existenz stattfindet. In kurzen Rückblicken über die Freigabe der Abtreibung durch die Reformen der entsprechenden Paragraphen des Strafgesetzbuches, den Konflikt um den Beratungsschein und die Pro Life Bewegung in den Vereinigten Staaten, schloss Prof. Spieker seine Ausführungen über das Problemfeld Abtreibung ab.

land in Altenheime ins benachbarte Deutschland.

Gegen Ende seines Vortrages ging Prof. Spieker auch auf die assistierte Reproduktion ein. Hier sei die Linie der Kirche genauso gradlinig wie bei den vorigen Themen, führte Spieker aus. Auch wenn es unbequem sei, in der heutigen Zeit so etwas zu sagen: der eheliche Liebesakt in seiner leibseelischen Einheit bleibe der einzig legitime Ort, der der menschlichen Fortpflanzung würdig sei, beschrieb



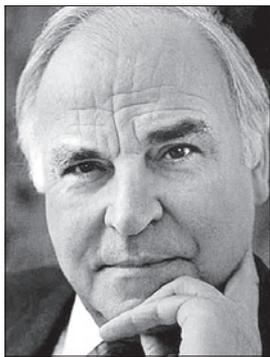
Blick in den Vortragssaal während der Begrüßung des Redners, der am linken Bildrand zu sehen ist.

Über die Einstellung der Kirche zur Fragestellung der Euthanasie gebe es genügend historische Beispiele, gab der Vortragende mit dem Beispiel des Kardinals Graf Galen dem Publikum vor. Aber auch die Problematik der Wachkoma Patienten sprach Prof. Spieker an. Eine Freigabe der aktiven Sterbehilfe durch Mediziner führe unweigerlich zu einem desaströsen Vertrauensverlust in das Pflegepersonal, sagte der Referent und sprach als Beispiel die Credo-Card in den Niederlanden an. Mit der „CREDO CARD“ – „Maak mij niet dood, Dokter“ – wenden sich in Holland zunehmend Patienten gegen lebensverkürzende Maßnahmen, die gegen ihren Willen angeordnet werden. Aus Angst vor dem ungewollten Tod gehen ältere Menschen in Hol-

Spieker die Haltung der Kirche. Die Probleme der embryonalen Stammzellenforschung, der Präimplantationsdiagnostik und des Klonens brachte der Redner kurz auf den Punkt: Keine Therapie – und sei sie noch so phantastisch – könne es rechtfertigen, einen unschuldigen Embryo zu töten. Unterlassungsgebote (z.B. das Tötungsverbot) hätten im Konfliktfall immer den Vorrang vor den Hilfsgeboten. Dies bedeute, das Verbot, Unschuldige zu töten, hat immer Vorrang vor dem Tugendgebot, den Kranken zu helfen. In einer anschließend teilweise emotional geprägten Diskussion, stand Prof. Spieker den Fragenden noch Rede und Antwort, wobei er seine Standpunkte mit anderen Beispielen immer wieder veranschaulichte.

(Text und Bild: Reinhold Gradl)

¹ Prof. Dr. Manfred Spieker ist Sozialwissenschaftler und Professor für Christliche Sozialwissenschaften an der Universität Osnabrück. Von 1995 bis 2001 war er darüber hinaus Beobachter des Heiligen Stuhls im Lenkungsausschuss für Sozialpolitik des Europarates sowie bei Konferenzen der Sozialminister des Europarates



Dr. Helmut Kohl, der sechste Bundeskanzler und die Bundeswehr

– Vater der militärischen Multinationalität –

Teil I¹

VON DIETER KILIAN

In keiner Amtszeit eines Bundeskanzlers gab es für die Bundeswehr zahlreichere herausragende und militärgeschichtlich einmalige Ereignisse als in jener von Helmut Kohl. Dazu zählen die ersten Auslandseinsätze, die Übernahme der NVA, die Aufstellung erster multinationaler Verbände und die runden Jubiläen 1985 und 1995. Aber auch von Unglücken blieb die Armee nicht verschont. Eines der schwersten ereignete sich am 3. Oktober 1983 auf der Schießbahn 8 des Truppentrübungsplatzes Münsingen. Bei einem Übungsschießen der in Neuburg stationierten Heimatschutzbrigade 56 unter Oberst Eberhard Fuhr (* 1935; später Brigadegeneral) wurden bei der Detonation zweier 120 mm Mörsergranaten in unmittelbarer Nähe der Zuschauertribüne zwei Offiziere getötet und 24 zum Teil schwer verletzt.² Kanzler Kohl sprach den Hinterbliebenen und den Angehörigen der Verletzten seine Anteilnahme aus.

In der ersten Hälfte 1985 kam es wegen einer Gedenkfeier zu heftigen Diskussionen, die bis in die USA hinüberschwappten. Am 5. Mai 1985 – dem 40. Jahrestag der Kapitulation

Deutschlands – reichten sich auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg die ehemaligen Kriegsgegner und Generale

daten waren zweiunddreißig ... jünger als fünfundzwanzig Jahre. ... Es ist wahr, dass die Verstrickungen un-



Bild 2: Bundeskanzler Helmut Kohl unter Soldaten des PzGrenBtl 12 beim Mittagessen am 13. November 1985 auf dem Trübplatz Bergen-Hohne nach einem Vorbeimarsch zum 30. Jahrestag der Gründung der Bundeswehr.

a.D. Johannes Steinhoff (1913-1994) und Ex-US-General Mathew B. Ridgway (1895-1993) in Anwesenheit von Kanzler Kohl und US-Präsident Reagan die Hand als Zeichen der Versöhnung. Die 5-minütige Zeremonie wurde zum Stein des Anstoßes, weil auf dem Friedhof auch einige Angehörige der Waffen-SS beigesetzt sind. Kohl und Präsident Reagan blieben trotz massiver Proteste in den USA und in Deutschland standhaft. Kohl schreibt: „Ich ließ ... die Namen ... notieren. Von den ... SS-Sol-

terer ... Geschichte schon für die, die dabei waren, schwer begreiflich sind. ... Ich denke, uns steht ein Urteil ... oder gar eine Verurteilung nicht zu.“³ Diese versöhnliche, zutiefst christliche Haltung steht aber in eklatantem Gegensatz zum heutigen Trend der Pauschalverdammung. Ausgerechnet Günter Grass (1927), der seinen freiwilligen Dienst in der SS jahrelang verschwiegen hatte, war einer der schärfsten Kritiker.*

³ Kohl, Helmut Erinnerungen 1982-1990.

¹ Teil I des Beitrag in: AUFTRAG Nr. 277/März 2010, S. 43-53.

² Oberst Wolfgang Pohl (* 1932; Korpsnachschubkommandeur 2) und Oberstleutnant Siegfried Niklaus (* 1938) vom Stab des II. Korps in Ulm. Der CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Fritz Wittmann (* 1933) verlor ein Bein. Bei dem Gerichtsverfahren in Tübingen 1984 wurde der Kompaniechef freigesprochen. Der mitangeklagte Sicherheitsoffizier, ein Oberfeldwebel, erhielt eine Freiheitsstrafe auf Bewährung und eine Geldstrafe.

Am 13. November 1985 beging die Bundeswehr ihren 30. Geburtstag mit einem Feldbiwak auf dem Truppenübungsplatz Bergen-Hohne. Mit Bundeskanzler Kohl und dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht (* 1930) kam fast das ganze Bundeskabinett in die Heide. Unter den militärischen Besuchern waren u.a. Generalinspekteur Wolfgang Altenburg, Heeresinspekteur Henning von Sandrart (* 1933; später General) und Divisionskommandeur Helge Hansen (* 1936; später General), sowie Brigadegeneral Peter Rückbrodt (1938-2003) und Oberst Istvan Csoboth (* 1936), die Kommandeure der Brigaden 2 und 1. Den Auftakt bildete ein „Schießen verbundener Waffen“ auf der Schießbahn 9, das Oberstleutnant Harald Gossing (* 1943; später Oberst), der Kommandeur des Panzerbataillons 23 aus Braunschweig, leitete. Dann folgten ein Vorbeimarsch und ein Überflug, an dem 220 Panzer, über 300 Radfahrzeuge und 104 Luftfahrzeuge teilnahmen. Als sich der Lärm der Motoren gelegt hatte, mischte sich der Kanzler unter die Soldaten des Panzergrenadierbataillons 12 aus Osterode im Harz (Bild 2). Major Trust, der Chef der Stabs- und Versorgungskompanie, und sein Koch wurden wegen der Erbsensuppe gelobt. Dem Bataillonskommandeur, Oberstleutnant Walter Conze (* 1940; später Oberst), verriet der Kanzler einen bislang „noch unbekanntem“ Grundsatz der Menschenführung: „Die Männer müssen das Gefühl haben, dass sich ihre Vorgesetzten um sie kümmern!“ Danach fand ein Feldappell von 3.500 Soldaten aus sieben NATO-Armeen statt. Kohl sagte: „Wir wollen diesen Geburtstag nicht feiern, ohne denen ein ehrendes Gedenken zu widmen, die in Ausübung ihres Dienstes ihr Leben gaben: 2.000 Soldaten waren es in 30 Jahren, die im Friedensdienst für unser Vaterland den Tod fanden.“

Fröstelnd im eisigen Wind vernahmen die Soldaten und die 700 Gäste diese Zahl. Dann folgte das Gästebiwak, organisiert vom Hildesheimer Panzerbataillon 14 unter Oberstleutnant Hans-Joachim Schick (* 1939) (Bild 3). Die Division hatte befohlen, keinen Alkohol anzubieten, fürchteten die Vorgesetzten

doch negative Bilder von freudigen Zechern im Fernsehen. Doch gleich nach dem Eintreffen der Gäste fragte Wirtschaftsminister Dr. Martin Bagemann (* 1934): „Gibt es hier denn keinen Schnaps?“ Kohl: „Noch nichts geschafft und schon saufen? Herr Oberstleutnant, was haben Sie anzubieten?“ Vorausblickende Kommandeure wie Schick waren – Divisionsbefehl hin oder her – darauf vorbereitet. Und so erschien ein Soldat mit Gläsern und einer Flasche Schnaps. Als auf der Feld-Damentoilette ein goldenes Armband gefunden wurde, wandte sich der Soldat am Lautsprecher an



Bild 3: Feldbiwak des PzBtl 14 auf dem Trübplatz Bergen-Hohne (v.l.: Ministerpräsident von Niedersachsen, Ernst Albrecht, Bundeskanzler Helmut Kohl, BtlKdr Oberstleutnant Hans-Joachim Schick.

den „Herrn Bundeskanzler und die verehrten Gäste“. Kohl versicherte lachend, dass er kein solches Schmuckstück trage.

1985 wurde das erste Weißbuch „Zur Lage und Entwicklung der Bundeswehr“ während Kohls Regierungszeit herausgegeben; das zweite folgte 1994. In beiden Vorworten betonte der Kanzler die Bedeutung der Bundeswehr für die Wahrung des Friedens.

Mit der Ernennung von Peter Kurt Würzbach (* 1937; Spitzname „PKW“), eines vormaligen Infanterie-Hauptmanns und späteren Dip-

lom-Pädagogen, zum Parlamentarischen Staatssekretär⁴ auf der Hardthöhe wollte Kohl, wie er es Generalinspekteur Altenburg gegenüber einmal ausdrückte, „der Bundeswehr beweisen, wie sehr er zu ihr steht, in dem er einen der ihren zum Staatssekretär beruft.“ Was Kohl nicht wissen konnte: Altenburg und Würzbach kannten sich aus gemeinsamer Zeit im Divisionsstab in Neumünster, wo sich beide – Altenburg als G 1-Stabsoffizier Würzbachs Vorgesetzter – in gegenseitiger Abneigung verbunden wussten. Zwar waren zwei Jahrzehnte ins Land gegangen, aber die gegenseitige Dis-

tanz war geblieben. Nunmehr rangierte Würzbach nicht nur protokollarisch vor dem Generalinspekteur.

Mit einem Empfang und Dankurkunden für ihre humanitäre Hilfe im Sudan und Äthiopien ehrte der Kanzler am 15. November 1985 die Transportflieger der Luftwaffe unter Generalmajor Hubert Marquitan (* 1937).

⁴ Würzbach, Oberstleutnant der Reserve, war 1957 in die Bundeswehr eingetreten und wurde Berufssoldat. Nach seinem Ausscheiden studierte er Pädagogik, Soziologie und Psychologie und engagierte sich in der CDU. Von 1982 bis 1988 war er Staatssekretär im BMVg.

Mitte März 1986 flog der Kanzler mit Verteidigungsminister Manfred Wörner und Heeresinspekteur von Sandrart zum NATO-Truppenübungsplatz Grafenwöhr in der Oberpfalz, wo er vom US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger (1917-2006) empfangen wurde. Er nahm an einer Waffenschau teil, in der u.a. der amerikanische M 1-Panzer und das Schlachtflugzeug A-10 vorgestellt wurden. Hauptgrund der Kurzreise aber war ein Gespräch über die deutsche Haltung zur umstrittenen „Strategic Defense Initiative“ (SDI).

Im April 1986 wurde ein Gesetz zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit verabschiedet. Wegen der geburtenschwachen Jahrgänge sollte die Wehrpflicht vom Juli 1989 an von 15 auf 18 Monate erhöht werden; die Umsetzung unterblieb aber wegen der sicherheitspolitischen Umwälzungen in Europa.

Am 3. Juli 1986 stattete der Kanzler – begleitet von Minister Wörner und Luftwaffeninspekteur Eberhard Eimler – der Luftwaffe einen Besuch ab. Zunächst ließ sich Kohl beim Jagdbombergeschwader 34 „Allgäu“ in Memmingen unter Oberst Jürgen Stehli als Kommodore in das Waffensystem „Phantom“ einweisen. Dann stellte ihm die 3. Staffel der Flugabwehrraketengruppe 34 aus dem oberbayerischen Scheyern unter Batteriechef Major Reiter und Oberstleutnant Bernhard Hecker, dem Kommodore der FlaRak-Gruppe, in Meßstetten auf der Schwäbischen Alb die Leistungsfähigkeit der Flugabwehr vor.

Am 17. September 1986 trafen sich Kohl und die britische Premierministerin Margret Thatcher (* 1925) bei der 7. Armoured Brigade unter Brigadier Christopher Wallace (* 1943; später Generalleutnant) im niedersächsischen Fallingb. Danach wohnten die beiden Regierungschefs auf dem Militärflugplatz Faßberg einer Flugvorführung bei und flogen dann zu einem „Wettschießen“ auf dem Truppenübungsplatz Bergen-Hohne: Jeder feuerte einen Schuss mit dem „nationalen Aushängeschild“: Frau Thatcher – in der Luke eines Challenger-Panzers – ähnelte, wie der „Daily Telegraph“ schrieb, mit Kostüm, Kopftuch und Motorradbrille „Lawrence of Arabia“. Kanzler

Kohl – in hautenger Panzer-Kombi mit Haube und Kopfhörern – schoss mit dem „Leo“ von Feldwebel Helmut Gumprecht, dem Zugführer des III. Zuges der 3. Kompanie des Panzerbataillons 24. Wie nicht anders zu erwarten, trafen beide das Ziel. Den Abschluss bildete ein Gefechts-

sage Kohl, wie gut sich die deutsch-chinesischen Beziehungen entwickelt hätten.

Im Jahre 1987 fielen die Entscheidungen für die Verstärkung der militärischen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland. Im Juni



Bild 4: Am Rande der Deutsch-Französischen Heeresübung „Kecker Spatz“ sprechen Bundeskanzler Helmut Kohl und der französische Staatspräsident Francois Mitterrand mit Bundeswehrsoldaten.

schießen auf der Schießbahn 9 mit dem Panzerbataillon 24 aus Braunschweig unter Oberstleutnant Rüdiger Graeger (* 1947; später Oberst) und seiner 3. Kompanie unter der Leitung von Hauptmann Spier. Auf britischer Seite nahmen die C-Squadron der Royal Hussars unter der Leitung ihres Squadron Leaders, Major W. R. MacDonald, sowie die No. 652 Squadron des Army Air Corps daran teil, letztere mit „Gazelle“- und „Lynx“-Hubschraubern. Generalmajor Helge Hansen, der Kommandeur der 1. Panzerdivision, und Brigadegeneral Peter Rückbrodt, der Kommandeur der Panzerbrigade 2, begleiteten die Gäste.

Eine zehntägige Reise des Bundeskanzlers nach China und Nepal im Juli 1987 begann am 12. Juli mit einem Besuch auf dem Schulschiff „Deutschland“⁵ unter Kapitän zur See Franz-Hermann Köhler in Shanghai. Die „Deutschland“ lag dort als erstes Schiff der Bundesmarine seit 1949 vor Anker. Ihr Besuch in Shanghai zeige,

5 Im Mai 1963 in und am 28.06.1990 außer Dienst gestellt, wurde das Schiff 1994 im indischen Alang verschrottet.

1987 stellte Kanzler Kohl erstmals das Konzept eines gemeinsamen deutsch-französischen Großverbandes vor und griff damit eine Adenauersche Idee auf. Während der 50. deutsch-französischen Konsultationen im November 1987 in Karlsruhe stimmte der französische Staatspräsident dem Projekt zu. Anlässlich der Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag des Elysée-Vertrages wurden am 22. Januar 1988 zwei Protokolle zu diesem Vertrag unterzeichnet, von denen eines den deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrat ins Leben rief⁶. Nur ein Jahr später wurde sie in Form der Deutsch-Französischen Brigade in Böblingen (heute Mülhausen) umgesetzt. Während der 59. deutsch-französischen Konsultationen in La Rochelle am 22. Mai 1992 fiel der endgültige Beschluss zur Aufstellung des Eurokorps in Straßburg. Nachdem in den fünfziger Jahren die Pläne einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) gescheitert waren, wurde ein halbes Jahrhundert später der

6 Der Bundestag stimmte den Protokollen mit Gesetz vom 20. Dezember 1988 zu.

Kern einer europäischen Verteidigung geschaffen. Der neue Großverband, dem sich zwischenzeitlich Belgien, Spanien und Luxemburg angeschlossen haben, wurde zum Symbol dauerhafter Aussöhnung und Markenzeichen militärischer Zusammenarbeit, die auch für andere Regionen beispielhaft sein könnten: „*Ich rechnete das Eurokorps zu den Entscheidungen, die sich weit ins nächste Jahrhundert hinein auswirken würden.*“⁷

Vom 21. bis zum 24. September 1987 wurde in Süddeutschland die Heeresübung „Kecker Spatz - Moineau Hardi“ vom II. Korps unter Generalleutnant Werner Lange (* 1929) durchgeführt. Das Besondere dieser Übung war, dass es sich nicht um eine NATO-Übung, sondern um ein rein deutsch-französisches Manöver handelte. Die Übungstruppe Blau bestand aus der 1. Gebirgsdivision und der schnellen französischen Eingreiftruppe „Force d'Action Rapide“ (FAR)⁸. Übungstruppe ROT waren die 4. Panzergrenadierdivision und die Heimatschutzbrigade 56. Der Leitungs- und Schiedsrichterdienst wurde von der 10. Panzerdivision und der 1. Luftlandedivision gestellt. Insgesamt waren rund 75.000 Soldaten (55.000 Deutsche und 20.000 Franzosen) mit 17.000 Radfahrzeugen, 2.200 Kettenfahrzeuge sowie 480 Hubschrauber im Einsatz. Erstmals übte die FAR mit der 4. (FR) Luftbeweglichen Division, der 9. (FR) Panzerdivision und der 9. (FR) Marine-Infanteriedivision gemeinsam mit deutschen Verbänden. Am 24. September führten das Panzerbataillon 244 aus Murnau unter Oberstleutnant Josef Kowalski (* 1946; später Oberst) und die FAR dem französischen Staatspräsidenten und dem deutschen Bundeskanzler Gefechtsausschnitte vor.⁹ (Bild 4) Das Panzerbataillon 284 aus Dornstadt unter Oberstleutnant Siegfried Weber (* 1941; später Oberst) war für den Gäste- und Pressestab verantwortlich und stellte die Ehrenkompanie beim Empfang der Staatsgäste.

Aus Anlass des 80. Geburtstages von Oberst i.G. Claus Schenk Graf

von Stauffenberg lud Kanzler Kohl am 12. November 1987 zu einer Gedenkveranstaltung ins Palais Schaumburg, seinen Bonner Amtssitz, ein, an der u.a. auch Generalmajor a.D. Berthold Schenk Graf von Stauffenberg (* 1934), einer der Söhne des Widerstandskämpfers, teilnahm.



Bild 5: Bundeskanzler Helmut Kohl (Mitte) besucht am 10.09.1988 die Heeresübung „Landesverteidigung '88“ im rheinhessischen Hamm (2.v.r. Heeresinspekteur GenLt Henning von Ondarza, r. BefH WBK IV, Mainz, Generalmajor Roland Oppermann).

Auf der 25. Wehrkunde-Tagung in München sprach der Kanzler am 6. Februar 1988 zum Thema „Grundsätze und Kernprobleme der Sicherheit in Europa“. In Anwesenheit des Kanzlers wurde der scheidende Verteidigungsminister Manfred Wörner am Abend des 18. Mai 1988 auf der Bonner Hardthöhe mit einem Großen Zapfenstreich geehrt, an dem auch Amtsnachfolger Prof. Scholz teilnahm.

Am 1. Juli 1988 besuchte Kohl – begleitet von Ministerpräsident Ernst Albrecht, Verteidigungsminister Prof. Dr. iur. Rupert Scholz und Heeresinspekteur Henning von Ondarza – die Offizierschule des Heeres in Hannover unter Brigadegeneral Ernst Lissinna (* 1934; später Generalmajor)

und sprach zu den frisch beförderten Leutnanten.

Am 10. September 1988 besuchte Kohl in Begleitung von Generalleutnant von Ondarza die Heeresübung, die unter dem Namen „Landesverteidigung 88“ – erstmals vom Territorialkommandos Süd unter Generalmajor

Gerhard Brugmann (* 1930) angelegt – in Rheinland-Pfalz zwischen Mainz, Idar-Oberstein und Worms vom 2. bis 14. September 1988 durchgeführt wurde. Einen ganzen Tag fuhr der Inspekteur im Wagen des Kanzlers mit 60.000 Soldaten, mit Masse Reservisten, waren an der Übung beteiligt, darunter das Wehrbereichskommando (WBK) IV in Mainz mit Generalmajor Roland Oppermann (* 1933), dem Befehlshaber und das WBK V in Stuttgart unter Generalmajor Frank Schild (* 1931) (Bild 5) Anders als bei den bisherigen Heeresübungen gab es wegen des breiten Aufgabenspektrums des Territorialheeres keinen ineinandergreifenden Übungsablauf, sondern nur einzelne Übungsausschnitte. So wurde z.B. unter den Augen des

7 Kohl, Helmut Erinnerungen 1990-1994, S. 40.

8 1984 gegründet und 1999 aufgelöst.

9 s.a.: Kohl, Helmut: Erinnerungen 1982-1990, S. 594 f.

Bundeskanzlers der Flussübergang im rheinhessischen Hamm nördlich von Mannheim vom Pionierkommando 850 geleitet und dem Schwimmbrückenbataillon 850, den „Auerbacher Pionieren“ aus Darmstadt-Eberstadt durchgeführt. In einer Gefechtsübung wurde im Raum Kaiserslautern – Alzey mit der Heimatschutzbrigade 54 aus Trier unter Oberst August Benischke (* 1938; später Brigadegeneral) als Übungstruppe der Angriff einer Heimatschutzbrigade gegen durchgebrochenen Feind im rückwärtigen Korpsgebiet dargestellt.

Am 13. Dezember 1988 sprach der Kanzler im Congress Centrum in Würzburg zu den Kommandeuren der Bundeswehr auf ihrer 30. Tagung unter der Leitung von Generalinspekteur Dieter Wellershoff; nach 1984 war es sein zweiter Besuch. Das Motto „Herausforderung und Wandel“ war beinahe eine Vorhersage. Der Kanzler verstand seine Teilnahme als Ausdruck des Dankes an die Armee, deren Dienst *„nicht immer und überall die Würdigung erfährt, die ihm nach meiner festen Überzeugung gebührt. ... Ohne das Bündnis, ohne den Dienst der Bundeswehr im Bündnis, sähe heute, 1988, die politische Landschaft in Europa anders aus – ...“* Der Kanzler kritisierte, dass die sicherheitspolitische Diskussion „durch ein sinkendes Bedrohungsbewusstsein gekennzeichnet“ sei: *„Die Bundeswehr stellt in unserer ... Sicherheitsvorsorge den entscheidenden Faktor dar. ... Die Bundeswehr hat daher auch ein Recht auf angemessene Selbstdarstellung in der Öffentlichkeit.“* Kohl bekräftigte den Willen zur Zusammenarbeit mit Osteuropa und zur Stärkung des „europäischen Pfeilers“ der Sicherheitspolitik, jedoch ohne die NATO durch autonome europäische Sicherheitsstrukturen zu ersetzen. In diesem Zusammenhang wies er auf die Bedeutung der deutsch-französischen Zusammenarbeit als Motor hin. Die Vorbereitungen zur Aufstellung der deutsch-französischen Brigade in Böblingen waren angelaufen. *„Wir wollen langfristig die Trennung in Europa und ihre ... Folgen für die Menschen überwinden. ... Wir leben in einer Zeit des Umbruchs ... Neue Möglichkeiten in der internationalen Politik, insbeson-*

dere auch im Verhältnis von Ost und West, tun sich auf.“

Ein weiterer Schritt auf diesem Wege zur Aussöhnung zwischen ehemaligen Feinden war der erste Besuch eines amtierenden Generalinspektors in Moskau, der im Mai 1989 durch Admiral Dieter Wellershoff erfolgte. Nur elf Monate später – im November 1989 – bewahrheiten sich Kohls Worte. Durch seine von Vertrauen geprägten Gespräche mit Michail Gorbatschow trug Kohl – so am 12. Juni 1989 – sowohl zu einer engeren Zusammenarbeit der Kriegsgräberbetreuung beider Staaten¹⁰ als auch zur späteren Rehabilitation ehemaliger deutscher Kriegsgefangener bei, die unter Stalin pauschal verurteilt worden waren. Eine der Gesten der Vertrauensbildung war auch der gemeinsame Besuch von Kohl und Gorbatschow auf dem russischen Soldatenfriedhof in Stukenbrock bei Paderborn im Juni 1989, wo etwa 65.000 Russen ihre letzte Ruhe fanden. Das Ende des Kalten Krieges war eingeläutet, und zugleich brachte das letzte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts für die Bundeswehr eine Fülle neuer Herausforderungen. Neben der Auflösung der NVA und den Auslandseinsätzen war es die neue Struktur der Multinationalität. Sie hatte mit der Aufstellung der deutsch-französischen Brigade zunächst zaghafte, aber richtungweisend noch vor dem Zusammenbruch des Ostblocks begonnen und wurde dann beschleunigt: 1992 das „Allied Rapid and Reaction Corps“ (ARRC), 1993 das amerikanisch-deutsche und das deutsch-amerikanische Korps, 1995 folgten das deutsch-niederländische Korps und das Eurokorps. Erst nach Kohls Amtszeit wurde das Korps Nordwest (deutsch-dänisch-polnisch) 1999 in Dienst gestellt. Die immer stärker verzahnte Struktur im Bündnis ist – was bisweilen übersehen wird – auch ein

elementarer Baustein des Vertrauens zwischen den Völkern.

1990 wurden die Weichen für den künftigen Umfang der Streitkräfte gestellt. Wichtige Fragen der sicherheitspolitischen Ausrichtung Deutschlands, so u.a. die Stärke der Bundeswehr, waren noch nicht entschieden. Der militärische Sachverstand war bei der Vorbereitung der „Zwei-plus-Vier-Gespräche“ eingeflossen: So hatte Generalmajor Klaus Naumann (* 1939), der Stabsabteilungsleiter III im Führungsstab der Streitkräfte (Fü S III), am 2. April 1990 an einer Besprechung beim Kanzler – zusammen mit Außenminister Hans-Dietrich Genscher, Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg, Kanzleramtsminister Rudolf Seiters, Außen-Staatssekretär Dieter Kastrup und Ministerialdirektor Horst Teltschik – teilgenommen.¹¹ Auch bei den Gesprächen Kohls mit Generalsekretär Gorbatschow am 13. Juni 1989 in Bonn und mit dem US-Präsidenten in Washington am 17. Mai 1990 war Naumann anwesend.¹² Ein weiteres Abstimmungsgespräch folgte am 5. Juni 1990 zwischen Teltschik und Naumann, in dem die Kriterien der Obergrenzen der Bundeswehr (zwischen 380.000 und 420.000 Mann) diskutiert wurden; die Wehrpflicht sollte auf 12 Monate abgesenkt werden.¹³ Am 3. Juli schließlich fand ein Ministergespräch beim Kanzler statt, an dem – neben Genscher, Stoltenberg, Seiters, Kastrup und Teltschik – wiederum auch Generalmajor Naumann teilnahm.¹⁴ Dennoch war die deutsche Linie nicht klar: Kohl wollte 400.000 Soldaten, Genscher hingegen glaubte, es seien höchstens 350.000 Mann durchsetzbar, eine uneinige Verhandlungsposition.¹⁵ Die Verhandlungen am 15. Juli 1990 in Moskau brachten zunächst kein Ergebnis – im Gegenteil. Gorbatschow

11 Teltschik, Horst: 329 Tage, S. 190

12 Deutsche Einheit, Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, S. 299 bzw. S. 1126.

13 Teltschik, Horst: a.a.O., S. 258.

14 Teltschik, Horst: a.a.O., S. 294 f.

15 Darstellung dieses innerministeriellen Streits zwischen AA und BMVg in: „Deutsche Einheit“ Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, S. 110 ff.

10 So stellte Moskau Unterlagen über einen Teil der ca. 300.000 in der Sowjetunion gestorbenen deutschen Kriegsgefangenen zur Verfügung und das Rote Kreuz im Gegenzug die Listen von 330.000 sowjetischen Bürgern, die in Deutschland gestorben und begraben sind. Überdies wurden weitere Soldatenfriedhöfe durch die sowjetische Regierung für Besuche freigegeben.

behauptete, beide Außenminister hätten sich bereits auf unter 300.000 Soldaten geeinigt. Kohl: „Wieder musste ich zur Kenntnis nehmen, dass Genscher selbstherrlich mit Zahlen operiert hatte, die nicht akzeptabel waren.“¹⁶

Die Wende kam am 16. Juli in der Heimat Gorbatschows, dem Dorf Archys im Kaukasus. Dort stimmte er der von Kohl vorgeschlagenen Obergrenze der Bundeswehr von 370.000 Soldaten zu. Die Armee des geeinten Deutschlands musste danach von weit über 600.000 Mann (Bundeswehr: ca. 495.000 Mann und NVA: 180.000 Mann) um fast die Hälfte schrumpfen. Bei den Wiener Verhandlungen über die Abrüstung konventioneller Streitkräfte in Europa (VKSE) verpflichteten sich die Deutschen zudem, auch beim schweren Wehrmaterial Höchstgrenzen einzuhalten.

Mit der vollzogenen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 wurden die NATO-Dokumente „General Defence Plan“ (GDP) und die Alarmierungs- und Aufmarschpläne außer Kraft gesetzt. Offiziere der Bundeswehr übernahmen das Kommando über alle Verbände der NVA. Die Frage, ob ein wiedervereintes Deutschland Mitglied der NATO bleiben solle, wurde zunächst kontrovers diskutiert. Ein Vorschlag war, dass die Bundeswehr im Westen der NATO unterstellt bleiben solle, die im Osten nicht. Minister Stoltenberg – beraten durch Admiral Wellershoff (GenInsp), Generalleutnant Schönbohm (Bfh BwKdo Ost) und Generalmajor Naumann (STAL Füs III/Militärpolitik) – setzte sich, unterstützt durch das Votum des Kanzlers, durch. Für Kohl stand der Abbau der „Invasionsfähigkeit“¹⁷ der Sowjetunion – der Begriff war Mitte der 80er Jahre geprägt worden im Zentrum; sie wäre „das A und O der Verhandlungen“.

Die erste außenpolitische Bewährungsprobe für das gerade am Anfang seiner Wiedervereinigung stehende Deutschland kam bereits im Sommer 1990: Der irakische Diktator Saddam Hussein (1937-2006) hatte das kleine Nachbarland Kuwait überfal-

len. Eine breite internationale Allianz formte sich, um dessen Pläne notfalls auch militärisch zu durchkreuzen. Deutschland leistete logistische Unterstützung und verlegte im Januar 1991 16 Alpha-Jets in die Türkei. Doch mehr sollte es nicht sein. Zwar hatte Kanzler Kohl im Vorfeld des 2. Golfkrieges u.a. auch den Rat des Inspektors des Heeres von Ondarza eingeholt, der für eine Beteiligung der Bundeswehr votierte. „Das Heer könne in wenigen Wochen eine Brigade aus Freiwilligen stellen“.¹⁸ Eine Nichtteilnahme hingegen hätte keine große politische Wirkung, kostete aber viel Geld. Tatsächlich kompensierte die Bundesregierung ihre Nicht-Teilnahme nicht nur mit 17 Milliarden DM¹⁹, sondern leistete hinter den Kulissen auch massive militärische Unterstützung.²⁰ Die Alliierten hingegen betrachteten dies – wie von Ondarza vorhergesagt – nicht als echte Hilfe. Die deutsche Abstinenz wurde vor allem von Außenminister Genscher stets mit dem Hinweis auf das Grundgesetz abgelehnt. Dabei war die Diskussion schon seit langem in Gange. Bereits am 23. Oktober 1987 hatte Horst Teltschik, der außenpolitische Berater des Kanzlers, in einem Interview in der „Wirtschaftswoche“ geäußert: „Es gibt längst eine Diskussion unter den Experten, nach der die Interpretation des Grundgesetzes viel mehr Möglichkeiten zulässt, als im Augenblick dargestellt wird. Aber es ist sicherlich bequemer, sich an eine Auslegung zu halten.“

Teltschik schwebte ein Verbund mit NATO, UNO, EG und WEU vor. Und tatsächlich erfolgten die ersten beiden Einsätze die Bundeswehr im Rahmen von UN-Missionen: 1992 Kambodscha und 1993 Somalia. In dieser Zeit entstand der innenpolitische Streit darüber, welche Befugnisse dem Parlament bei der Planung und Durchführung eines Ausland-

18 Brief vom August 2009 an den Verfasser.

19 s.a. Ruhfus, Jürgen: *aufwärts*, S. 403 f.

20 So stellt die Bundeswehr z.B. Material und Transportleistungen im Wert von drei Milliarden Mark zur Verfügung und gewährte Überflugrechte und die Nutzung von Militärbasen. Deutschland wurde zur wichtigsten logistischen Drehscheibe der Alliierten. Die Luftwaffe flog mehr als 8.000 „Transall“-Flugstunden.

seinsatzes zustehen. Zwar hat sich das Bundesverfassungsgericht dazu grundsätzlich geäußert, doch bis heute währt die Diskussion um die Ausgestaltung.²¹ Problematisch wird es vor allem, wenn das Parlament auch bei operativen Fragen mitbestimmen möchte. Die im Frieden beim Verteidigungsminister verankerte Befehls- und Kommandogewalt wird immer mehr zu einer leeren Hülle.

1991 war Kohl – nach 1984 und 1988 – zum dritten Mal als Kanzler bei einer Kommandeurtagung der Bundeswehr zu Gast. Auf der 32. Tagung unter Generalinspekteur Dieter Wellershoff sprach er Anfang März im Bonner „Maritim“-Hotel erstmals nach der Wiedervereinigung zur militärischen Spitze der Streitkräfte. Kohl sagte, es gäbe in der deutschen Gesellschaft eine „Tendenz zum Jammern“, und als „Spiegelbild“ dieser Gesellschaft erscheine ihm auch die Bundeswehr bisweilen etwas „larmoyant“. Ob er denn aus seiner Sicht ein „Psychogramm der Bundeswehr“ zeichnen könne, bat Flottillenadmiral Ulrich Hundt (* 1937), der Chef des Zentrums Innere Führung, den Kanzler; dieser antwortete, er werde „*doch niemanden auf die Couch zwingen, der da nicht hin will*“. Als Generalinspekteur Wellershoff die Veranstaltung mit dem Appell: „Stehen Sie auf von der Couch!“ beendete, rief Kohl: „*Stehen Sie nicht auf von der Couch, sondern legen Sie sich gar nicht erst hin.*“

Ende Juli 1991 kehrten die sterblichen Überreste des Königs Friedrich des Großen nach jahrzehntelangem Exil in Marburg und auf der Burg Hohenzollern in die Gruft des Ehrenhofes von Sanssouci zurück. Helmut Kohl nahm als Privatmann und Freund der Familie Hohenzollern an der mitternächtlichen Beisetzung teil.

21 Das BVerfG billigte am 23.06.1993 den Bundeswehreininsatz in Somalia unter der Bedingung, dass der Bundestag diesen mit einfacher Mehrheit beschließt. Am 28.07.1993 verabschiedete der Bundestag das Auslandsverwendungsgesetz, das rückwirkend zum 01.07.1993 in Kraft trat. Im Juli 1994 bestätigte das BVerfG die Zustimmungspflicht des Bundestages zu Auslandseinsätzen. Die gesetzliche Grundlage wurde erst am 18.03.2005 verabschiedet („Gesetz über die parlamentarische Beteiligung bei der Entscheidung über den Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Ausland“).

16 Kohl, Helmut: *Erinnerungen 1990-1994*, S. 170.

17 Deutsche Einheit Dokumente, Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, S. 289.

Im Dezember 1991 besuchte Hannelore Kohl Kinder von Soldaten der Roten Armee in Perleberg anlässlich einer deutsch-russischen Weihnachtsfeier.

Kanzler Kohl empfing am 27. Januar 1992 die Chefs der Generalstäbe der WEU-Mitgliedstaaten in Bonn.



Bild 6: Bundeskanzler Helmut Kohl besucht am 21.07.1988 das Korps/TerrKdo Ost. Befehlshaber GenLt Werner von Scheven (l.) stellt dem Kanzler die Offiziere und Beamten des Kommandos vor. Hier begrüßt Kohl Pionier-Oberst Clauditz (r.).

Er betonte seinen Willen, auf dem Weg zur Europäischen Politischen Gemeinschaft voranzuschreiten und dankte General Naumann, dass er „unter dem Dach der gegenwärtigen deutschen Präsidentschaft mit seiner Einladung ... die Initiative zu diesem Treffen ergriffen“ hätte. „Jugoslawien ist ... ein Beispiel, wie sehr der Blick zurück ... den Blick nach vorn – auf das Zusammenwachsen Europas – vorstellen kann.“

Am 12. Mai 1992 nahm der Kanzler – nach 1984, 1988 und 1991 – zum vierten Mal an einer Kommandeurtagung der Bundeswehr teil. Auf der 33. Tagung – erstmals unter Generalinspekteur Klaus Naumann – sprach der Kanzler in der neuen Leipziger Messe über die Aufgaben der Bundeswehr im vereinten Deutschland. Trotz der grundlegend verbesserten sicherheitspolitischen Lage Deutschlands und Europas sei

eine angemessene militärische Vorsorge „weder überflüssig noch zweit-rangig“. Deutschland könne sich auf Dauer nicht der Pflicht entziehen, an Operationen zur Wahrung und Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit teilzunehmen. Bei seinem Plädoyer für

einem „Puma“-Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes auf die Insel Borkum weiter.

Im Oktober 1992 machte Kohl einen Zwischenstopp beim Marinefliegergeschwader (MFG 1) in Jagel unter Kapitän z.S. Wolfgang Kalähne (* 1945; später Flottillenadmiral); neun Jahre zuvor hatte er den Verband zum ersten Mal besucht.

Am 21. Juli 1993 stattete der Bundeskanzler erstmals dem Korps- und Territorialkommandos Ost in Potsdam unter Generalleutnant Werner von Scheven (* 1937) einen Besuch ab; es war sein erster Besuch bei der Bundeswehr in den neuen Bundesländern (Bild 6). Auf dem Truppenübungsplatz in Kletz – nördlich von Rathenow – beobachtete der Kanzler eine Gefechtsübung. Kohl sprach mit Soldaten und lobte deren Arbeit: „Dieser Vorgang ist ohne jedes Beispiel in der modernen Geschichte. ... In solcher Weise leistet die Bundeswehr einen wichtigen Dienst zum Zusammenwachsen beider Teile unseres Vaterlandes. ... Ich bin sicher, dass die Leistung der Streitkräfte auch im Rückblick später als eines der erfolgreichsten, vielleicht das erfolgreichste Kapitel des deutschen Einigungsprozesses dastehen wird.“²²

den Einsatz der Bundeswehr außerhalb des Bündnisgebiets räumte Kohl allerdings ein, dass er die erforderliche breite Mehrheit noch nicht sehe. General Naumann hatte gefordert, bei diesen Einsätzen nicht zu verschweigen, „dass der Soldat in letzter Konsequenz ein Kämpfer ist“. Dies sei die Eigenschaft, die den Soldaten von allen anderen Berufen unterscheide. Erst beim Afghanistaneinsatz Jahre später sollte sich diese Vorhersage bewahrheiten.

Am 26. August 1992 wurde beim Jagdgeschwader 71 in Wittmund der „rote Teppich“ ausgerollt. Um 13.16 Uhr landete die „German Air-Force 606“ mit Bundeskanzler Kohl an Bord, und 25 Minuten später traf die Maschine des französischen Staatspräsidenten Mitterrand ein. Die Staatsmänner wurden vom Geschwaderkommodore, Oberst Heinz-Gerd Nowak, begrüßt. Nach einem kurzem Gespräch flogen beide Politiker mit

Während der humanitäre Sani-tätseinsatz UNTAC.²³ in Südostasien trotz des ersten Opfers unter den deutschen Soldaten erfolgreich war, konnte dies für die Operation in Ostafrika kaum behauptet werden. Im April 1992 war die Hilfsmission UNOSOM eingerichtet worden, um die Hungersnot in dem vom Bürgerkrieg geschundenen Land zu mindern. Generalinspekteur Naumann forcierte den Einsatz. Von Ende August 1992 bis Ende März 1993 versorgten Bundeswehr-Transportflugzeuge von einem Lufttransportstützpunkt in Kenia aus in einer Luftbrücke die somalische Bevölkerung mit Nahrungsmitt-

²² Scheven, Werner von: Die Bundeswehr und der Aufbau Ost, in: Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit, S. 500.

²³ „United Nations Transitional Authority in Cambodia (= Übergangsverwaltung der UN in Kambodscha) auf der Grundlage der UN-Resolution 745 vom 28.02.1992; die Mission fand von Februar bis September 1992 statt.

ten. Ende 1992 bot der Kanzler dem UN-Generalsekretär eine deutsche Beteiligung an UNOSOM durch deutsche Logistiktruppen an. Der Bundestag beschloss am 21. April 1993 eine deutsche Beteiligung an UNOSOM II („Continue Hope“); die SPD lehnte den Einsatz ab. Das Vorauskommando verlegte am 12. Mai 1993 in die somalische Stadt Belet Huen. Die Bundeswehr betrat Neuland. Personell wurde der deutsche Unterstützungsverband – ein Nachschub- und Transportbataillon, verstärkt durch Fernmelder, Pioniere, Sanitäter und zwei Sicherungskompanien – mit Zeit- und Berufssoldaten aus über 200 Verbänden zusammengestellt; von einem homogenen Truppenkörper konnte keine Rede sein. Die Aufstellung war improvisiertes Flickwerk. Die Ausrüstung war nicht für die Wüste konzipiert, und auf einen Bürgerkrieg war man taktisch nicht vorbereitet. Die Entsendung erfolgte in zwei Kontingenten. Das erste bestand aus 1.725 Soldaten der Luftlandebrigade 26 unter Oberst Helmut Harff (* 1939; später Brigadegeneral); Leitverband des 2. Kontingents (1.300 Soldaten) war die Gebirgsjägerbrigade 23 unter Oberst Holger Kammerhoff (* 1945; später Generalleutnant). Da aber die indische Brigade, die logistisch unterstützt werden sollte, nicht zum Einsatz kam, entfiel auch die Notwendigkeit einer deutschen Beteiligung.

Die nächste, weit härtere Bewährungsprobe folgte nur wenig später vor der europäischen Haustür. Im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts brachen auf dem Balkan jahrhundertalte Spannungen, unter Titos strenger Hand nur mühsam kaschiert, wieder auf. Mitteleuropa war nun, anders als bei Somalia, direkt berührt. Zwar hatte der Kanzler versprochen, „aus Gründen der geschichtlichen Erfahrung keine deutschen Soldaten“ nach Ex-Jugoslawien zu schicken, doch auch hier war es nur eine innerdeutsche Diskussion, deren angebliche Rationalität im Ausland auf wenige Verständnis stieß. Im Juli 1992 begann der Einsatz der Bundeswehr auf dem Balkan. Zunächst beteiligte sie sich an der Luftbrücke für das eingeschlossene Sarajewo im Rahmen der UNPROFOR-Mission („United Nations Protection Force“) der Verein-

ten Nationen (VN)²⁴ unterstützte diese auch logistisch und half, die diversen Embargos gegen Serbien, Montenegro und die „Republica Srpska“²⁵ durchzusetzen.

Im August 1993 begann die personell kleine Beobachtermission UNOMIG (UN Observer Mission in Georgia) der Bundeswehr²⁶ mit dem der Waffenstillstand zwischen Georgien und der abchasischen Regierung kontrolliert wurde. Im Oktober 2001 kam Oberstabsarzt Dieter Eißing (1969-2001) beim Abschuss eines Hubschraubers im Kaukasus ums Leben. Erst 16 Jahre später, am 16. Juni 2009, war diese Mission abgeschlossen.

Im Dezember 1993 besuchte der Kanzler – zusammen mit US-Präsident Bill Clinton (* 1946) – Truppen der 1. US-Panzerdivision „Old Ironsides“ unter Generalmajor William G. Carter III. (* 1944; später Generalleutnant) auf dem Truppenübungsplatz Baumholder.

Am 18. April 1994 empfing Kohl im Palais Schaumburg in Bonn 180 Bundeswehrsoldaten und deren Angehörige, um stellvertretend allen, die bei den verschiedenen UNO-Missionen wie z.B. in Somalia, der Kurdenhilfe im Irak, in Kambodscha und an Bord der AWACS-Flugzeuge bei der Überwachung der Adria im Einsatz waren, Dank und Anerkennung der Bundesregierung auszusprechen. Der Kanzler sagte, er halte die Bundeswehr für unverzichtbar, um „künftigen Generationen ein Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand zu ermöglichen“. Die Beteiligung an Maßnahmen zur Sicherung des Weltfriedens sei eine zentrale Frage der Außenpolitik, „denn auch unsere Verbündeten hatten uns in der Vergangen-

heit beigestanden, und sie taten dies weiterhin.“²⁷

Den Namen des in Kambodscha erschossenen Feldwebels Alexander Arndt (1967-1993) erwähnte Kohl namentlich. Doch zu einem Einsatz der Bundeswehr auf dem Balkan äußerte sich der Kanzler in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ Anfang April noch zurückhaltend: „In diesem Teil Europas ist die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg besonders präsent. Deshalb muss man sich die Frage stellen, inwieweit überhaupt deutsche Hilfe, welcher Art auch immer, wirklich willkommen ist.“

Wenige Wochen später, am 12. Juli 1994, gab das Bundesverfassungsgericht seine Grundsatzentscheidung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr bekannt und bestätigte, dass die Bundesregierung die Bundeswehr zu Friedensmissionen bis hin zu Kampfeinsätzen im Rahmen der UNO und der NATO einsetzen kann, wenn das Parlament mit einfacher Mehrheit zustimmt.²⁸ Damit war die Zeit militärischer Enthaltensamkeit vorüber. Mit seinem Beschluss vom 30. Juni 1995 gab der Deutsche Bundestag grünes Licht für den Einsatz deutscher Truppen: Luftwaffen-Tornados im italienischen Piacenza unter Brigadegeneral Walter Jertz (* 1945; später Generalleutnant) und Sanitäter in Split – zur Unterstützung einer britisch-französischen Bosnien-Eingreiftruppe („Rapid Reaction Force“ – RRF).²⁹ Am 6. Dezember stimmte der Bundestag auch einer deutschen Beteiligung an der NATO-Friedenstruppe für Bosnien und Herzegowina zu. Der Kanzler warnte vor übereiltem Engage-

27 Kohl, Helmut: Erinnerungen 1990-1994, S. 649.

28 In einer Gefahrenlage darf die Bundesregierung die Bundeswehr auch ohne vorherige Zustimmung einsetzen, muss diese allerdings nachträglich einholen. Eine Gefahrenlage liegt vor, wenn die Wehr- oder Bündnisfähigkeit Deutschlands beeinträchtigt oder das Leben deutscher Soldaten oder Staatsbürger gefährdet würden.

29 Als Reaktion auf die Demütigung des Westens, vor allem Frankreichs, z.B. durch das Anketten von ca. 370 französischen Soldaten als Geiseln an potentiellen Zielen. Die RRF bestand aus einer brit. Brigade mit 5.500 und einer franz. Brigade mit 4.000 Soldaten, so-wie 180 niederländische Marines. Ihr oblag vor allem der Schutz der UNPROFOR.

24 Oberbefehlshaber UNPROFOR: Französ. General Philippe Morillon (1992/93); belg. General Francis Briquemont (1993/94); brit. General Sir Michael Rose (1994/95) brit. General Sir Rupert Smith (1995).

25 Resolutionen Nr. 757 vom 30.05.1992, 787 vom 27.11.1992, 820 vom 17.04.1993 und 941 vom 23.09.1994 (Handels- Öl, Luftfahrt- und Wirtschaftsembargo).

26 Die Stärke schwankte; sie betrug z.B. Ende März 2008 129 Soldaten, 16 Polizisten, 105 Zivilisten und 208 Ortskräfte, gestellt von 26 Nationen.

ment. „Der Spiegel“ zitierte seine Mahnung an die militärische Führung mit den Worten: *„Die Herren, die mit Gold ausgestattet sind, sollten sich zurückhalten.“*³⁰

Doch dann forcierte die Eroberung der bosnischen Schutzzone Srebrenica im Juli 1995 durch die Serben, verbunden mit der Ohnmacht und Hilflosigkeit der UN-Blauhelme während des folgenden Massakers, die Entscheidung. Ab Januar 1996 beteiligten sich 4.000 deutsche Soldaten aller Teilstreitkräfte an IFOR („Implementation Force“). Sie setzte unter dem Kommando der NATO das Friedensabkommen von Dayton durch. Es war ein neues Terrain, und so wurde die Truppe auf dem Balkan behutsam an politisch kurzer Leine geführt. Ein deutscher General als „German Representative“ – mit einem eher diffusen Auftrag und marginaler personeller und materieller Ausstattung – überwachte die politischen Vorgaben. Die Soldaten wurden außerhalb von Bosnien und Herzegowina stationiert, durften sich aber zur Erfüllung ihrer Aufgaben zeitweilig dort aufhalten. Ihre Aufgaben bestanden in der sanitätsdienstlichen Versorgung, Pionier- und Transportaufgaben, Luftunterstützung sowie Überwachungsaufgaben in der Adria. Mit der Mandatserweiterung von IFOR zu SFOR (Stabilisation Force) Ende 1996 wurde das deutsche Kontingent auch in Bosnien-Herzegowina stationiert.

Der Abzug der alliierten Truppen aus Ostdeutschland fand getrennt statt. Am 31. August 1994 – einem strahlend schönen Spätsommertag – erfolgte in Berlin zunächst die Abschiedsparade der russischen Soldaten. Kanzler Kohl und Russlands Präsident Boris Jelzin legten am Mahnmal der Neuen Wache Kränze nieder. Nach einem Staatsakt im Schauspielhaus nahmen beide auf dem Gendarmenmarkt die offizielle Abmeldung der letzten von ursprünglich mehr als 500.000 ehemals sowjetischen Soldaten durch den Oberkommandierenden der Westgruppe der Truppen, General Matwej Burlakow (* 1939), entgegen. 49 Jahre und drei Monate sowjetischer Besatzung waren vorüber. Unter den

Klängen eines von einem russischen Musikkorps gespielten Trauermarsches betraten Jelzin und Kohl das sowjetische Ehrenmal im Treptower Park und legten zwei Kränze nieder. Vorbei an deutschen und russischen Ehrenwachen stiegen sie die Stufen empor – vorbei an der zweieinhalb Meter hohen roten Granitfigur „Mutter Heimat“ – und betraten das Mausoleum unter dem riesigen Standbild des jungen Sowjetsoldaten mit dem geretteten Berliner Kind auf dem Arm. Etwa 1.500 Soldaten der 6. motorisierten Garde-Schützen-Brigade und des deutschen Wachbataillons waren aufmarschiert. In seiner kurzen Ansprache dankte der Kanzler den russischen Truppen und versprach, den „in Deutschland gefallenen Kameraden ehrendes Andenken“ zu bewahren. *„Wir verneigen uns vor den vielen Millionen Toten, die dieser entsetzliche Krieg Ihr Land kostete. Wir wollen und dürfen dies alles nicht vergessen.“* Oberstleutnant Hans-Joachim Jung (* 1941) hatte das Abschiedslied der russischen Streitkräfte „Lebe wohl Deutschland“ ins Deutsche übersetzt. „Auf Frieden, Freundschaft und Vertrauen sollten wir unsere Zukunft bauen“, heißt es darin.

Wenige Tage später, am 8. September 1994, folgte der Abschied der westalliierten Truppen in einer Feierstunde im Berliner Schauspielhaus, bei der auch die Garnisonskommandeure Brigadier David de Gonville Bromhead (* 1944) (Großbritannien), Brigadegeneral Jean Brullard (* 1938) (Frankreich) und US-Generalmajor Walter H. Yates (* 1941) anwesend waren. Klassische Musik umrahmte die Reden von Kohl, Mitterrand, des britischen Premierministers Major und des US-Außenministers Christopher. Den Höhepunkt der Abzugsfeierlichkeiten bildete der Große Zapfenstreich auf dem Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor.

Bundeskanzler Kohl besuchte am 12. Juli 1995 zusammen mit dem Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern Dr. Berndt Seite (* 1940) und dem Inspekteur des Heeres Hartmut Bagger den Stab des Wehrebereichskommandos VIII/14. Panzergrenadierdivision in Neubrandenburg unter Generalmajor Hans-Peter von

Kirchbach (* 1941; später General) und das Panzerbataillon 413 in der Ferdinand-von-Schill-Kaserne in Torgelow unter Oberstleutnant Friedrich Roth. Oberst Ernst Lutz (* 1946; später Generalmajor) war Kommandeur der vorgesetzten Panzerbrigade 41 „Vorpommern“. Nach dem Empfang mit militärischen Ehren beobachtete Kohl eine Gefechtsübung auf dem Truppenübungsplatz Jägerbrück, besuchte ein Biwak und nahm an einem staatsbürgerlichen Unterricht unter dem Motto „40 Jahre Bundeswehr – Fünf Jahre Armee der Einheit“ teil. Der Kanzler betonte erneut den großen Beitrag der Bundeswehr für das Zusammenwachsen Deutschlands und stellte der Armee der Einheit eine Höchstnote aus. Auf die Frage nach dem Sinn eines nur zehnmonatigen Grundwehrdienstes angesichts einer hoch technisierten Armee antwortete Kohl, er hätte seine Zustimmung „nicht gerade mit Begeisterung“ gegeben, sich aber den politischen Realitäten stellen müssen und bekannte offen, dass er dies nicht für optimal hielt.

Die Feierlichkeiten zum 40. Geburtstag der Bundeswehr waren über das ganze 2. Halbjahr verteilt – im Vorfeld das übliche Parteiengezänk, Beispiele einer immer noch mangelhaften Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft. Der Vorschlag des Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen, die öffentliche Verteidigung 1995 auf dem Gendarmenmarkt oder den Pariser Platz in Berlin durchzuführen, stieß auf heftigen Protest. Und so kippte Minister Rühle das Vorhaben aus Sicherheitsgründen und entschied, das Gelöbnis am 23. Mai in der Julius-Leber-Kaserne in Wedding abzuhalten. Die Deutsche Post lehnte die Herausgabe einer Sondermarke zu diesem Anlass ab, wäre doch bereits die Gedenkmarke zum 30. Geburtstag der Bundeswehr ein Ladenhüter gewesen.

Am 30. August 1995 landete Kohl, begleitet u.a. vom Gruppenleiter 23 des Kanzleramtes, Oberst i.G. Sude und weiteren hochrangigen Gästen, in der Lützow-Kaserne in Münster-Handorf, in der auch die Heeresunteroffizierschule I (HUS I)³¹ unter

31 Die HUS I war – aus dem PzGrenBtl 193 aufgestellt – am 1. April 1990

30 „Der Spiegel“ vom 20. Juni 1995.

Oberstleutnant Jürgen Arndt (* 1944; später Oberst) stationiert war. Der Kanzler wurde vom Leiter des Schulstabes, Oberstleutnant Jürgen Kain, begrüßt und trug sich in das Gästebuch der HUS I ein (Bild 7). Dann nahm der Kohl am Aufstellungsappell des neuen Deutsch-Niederländischen Korps teil. Der niederländische Generalleutnant Ruurd Reitsma (* 1942) meldete als Kommandierender General vor dem Schloss zu Münster dem niederländischen Ministerpräsidenten Wim Kok (* 1938) und dem Bundeskanzler die Einsatzbereitschaft des neuen Korps. Es besteht aus einem integrierten deutsch-niederländischem Korpsstab sowie aus deutschen und niederländischen Verbänden; erster Stellvertreter wurde der deutsche Generalmajor Dr. Günter Freiherr von Steinaecker (* 1938).

Der Große Zapfenstreich am 26. Oktober 1995 in Anwesenheit von Bundespräsident Herzog und Bundeskanzler Kohl wurde erneut Anlass zum Parteienstreit. Der Kanzler wollte das Fest im Bonner Hofgarten zelebrieren, wo 1966 die Bundeswehr Adenauers 90. Geburtstag ebenfalls mit einem Zapfenstreich gefeiert hatte. Doch die Universitätsleitung zögerte, sah sie doch ihren Rasen in Gefahr.³² In den Reihen der Grünen galt es als „schreckliche militärische Zeremonie“, der man sich durch Nichtanwesenheit entziehen sollte.³³ Diesem Rat folgte der SPD-Vorsitzende und spätere Verteidigungsminister Rudolf Scharping und nahm nicht teil.

Am 27. Oktober 1995 gab Bundeskanzler Kohl während der 65. Sitzung des Deutschen Bundestages eine Regierungserklärung zum Thema „40 Jahre Bundeswehr – 5 Jahre Armee der Einheit“ ab. Dabei machte er u.a. die Aussage: „Die Verweigerung des Wehrdienstes aus Gewissensgründen ist die Ausnahme. Ich sage dies so, weil es manche im Lande gibt, die dies andersherum haben möchten.“ Auf Zwi-

eröffnet und 2003 außer Dienst gestellt worden. Die HUS II war in Weiden, die HUS III in Lahnstein stationiert.

32 Weniger zögerlich war man 1981 gewesen, als sich am 10. Oktober rund 300.000 Menschen im Bonner Hofgarten versammelten, um gegen die NATO-Nachrüstung zu demonstrieren.

33 Vgl. Pressespiegel der Bundeswehr vom 26.10.1995.

schenrufe des Grünen-Abgeordneten Fischer und späteren Außenministers entgegnete Kohl: „Sie ... haben gegen die Freiheit der Bundesrepublik Deutschland demonstriert. ... Leute Ihres Schlages haben gestern und heu-



Bild 7: Bundeskanzler Kohl trägt sich in das Gästebuch der Heeresunteroffizierschule I in Handorf ein (l. Kdr HUS I Oberstleutnant Jürgen Arndt, r. Leiter Schulstab Oberstleutnant Jürgen Kain).

te keinen Beitrag zur Freiheit geleistet und werden dies sicherlich auch morgen nicht tun. ... Sie sind und bleiben ein Trittbrettfahrer der Geschichte, kein Gestalter.“

Am 30. November 1995 meldete der erste Kommandierende General des Eurokorps, Generalleutnant Helmut Willmann (* 1940; 1996 bis 2001 Inspekteur des Heeres), die Einsatzbereitschaft seines multinationalen Großverbandes, in dem inzwischen deutsche, französische, belgische, spanische und luxemburgische Soldaten dienen.

Während seines China-Besuches Im November 1995 stattete Kohl auf eigenen Wunsch Einheiten der chinesischen Volksarmee einen Besuch ab. Die 196. Infanteriedivision³⁴, eine Autostunde von Peking entfernt in der Kaserne Yang Chun, war dafür ausgewählt worden.

Am 2. Dezember 1995 begleitete Kanzler Kohl – zum zweiten Mal nach 1993 – den US-Präsidenten Clinton

34 Am 26. Mai 1960 besuchte Field-Marshal Bernard Lord Montgomery als erster Ausländer diese Division, die 1998 zur Brigade umstrukturiert wurde.

und dessen Gattin Hillary bei einem Besuch der 1. US-Panzerdivision „Old Ironsides“ unter Generalmajor William L. Nash auf dem Truppenübungsplatz Baumholder. Die Division verlegte zwei Tage später im Rahmen der

Operation „Joint Endeavour“ nach Bosnien.

Im Februar 1996 plädierte Bundeskanzler Kohl auf der Münchner Sicherheitskonferenz leidenschaftlich für die Beibehaltung der Wehrpflicht: „Die Wehrpflicht ist und bleibt Ausdruck der Bürgerverantwortung in einer freiheitlich demokratischen Grundordnung. ... Aber ich bin dafür, dass bei uns Offiziere und Soldaten aus allen gesellschaftlichen Schichten hervorgehen. Dies ist nur über die Wehrpflicht möglich.“

Am 17. April 1996 begrüßte Kohl in Begleitung von Verteidigungsminister Volker Rühle und Heeresinspekteur Willmann 162 Soldaten des 1. Kontingents GECONIFOR, die unter Führung von Brigadegeneral Friedrich Riechmann (* 1941; später Generalleutnant) aus dem Einsatz im ehemaligen Jugoslawien zurückkehrten und 200 Angehörige, auf dem Flugplatz Köln-Wahn. In seiner Ansprache sagte der Kanzler: „Sie haben allen Grund, ... stolz auf Ihre Arbeit zu sein. ... Durch Ihren Einsatz haben Sie ganz wesentlich dazu beigetragen,

dass der Frieden für die Menschen in dieser leidgeprüften Region ein Stück nähergerückt ist.“

Unter dem Namen „Operation Libelle“ ordnete Kanzler Kohl am 14. März 1997 die Evakuierung von 1.000 Personen aus Tirana an. Dabei kam es auf dem alten Flughafens Labrak im Nordwesten von Tirana zwischen 15.40 Uhr und 16.09 Uhr erstmals in der Geschichte der Bundeswehr zu einem kurzen, 29 Minuten dauernden Feuergefecht, bei dem Sicherungskräfte der deutschen SFOR-Truppe unter Oberst Henning Glawatz (* 1949; später Brigadegeneral) 183 Schüsse abfeuerten, wie die spätere Buchführung ergab. Die Rettungsoperation von 104 deutschen und ausländischen Zivilisten mit sechs CH-53 Hubschraubern glückte, niemand wurde verletzt.

Fünfzig Jahre nach dem verheerenden Hochwasser an der Oder im März 1947 stand der Fluss im Juli 1997 sechs bis sieben Meter über Landhöhe. Nur der Deich trennte die Fluten von der Tiefebene des Oderbruchs. Als Wasser durchsickerte, und bei Hohenwutzen der Deich an einigen Stellen abbrach, wurde das Oderbruch evakuiert. Tausende von Soldaten und zivile Helfer stemmten sich gegen die Naturgewalten. Wie durch ein Wunder gewannen sie. Kanzler Kohl machte sich am 29. Juli ein Bild von der Lage im Krisengebiet. Auf dem Flugplatz Neuhardenberg, dem zentralen Sandsacklager- und Umschlagplatz, besuchte er Soldaten. Der Kommandeur der 14. Panzergrenadierdivision aus Neubrandenburg, Generalmajor Hans-Peter von Kirchbach (* 1941; Generalinspekteur von 1999 bis 2000), dirigierte die Verteidigungsfront, und wurde vom Kanzler, der ihn von einem Besuch in Neubrandenburg 1995 bereits kannte, als „General aus dem Bilderbuch“ bezeichnet.

Am 3. November 1997 sprach Kohl auf der 36. Kommandeurtagung der Bundeswehr im Berliner Estrel-Hotel unter Generalinspekteur Hartmut Bagger. Es war das fünfte und letzte Mal, dass er in seiner Amtszeit bei der militärischen Führungsspitze zu Gast war. Er sprach über „Die Bundeswehr 1997- Bilanzen und Perspektiven“ und begann seine Rede

mit einem Dank an die Ehefrauen der Soldaten: *„Wer mit einem Soldaten verheiratet ist, muss im Alltag vieles ertragen. Das fängt schon damit an, dass Soldaten, die etwa in Uniform zum Gottesdienst gehen, Diffamierungen ausgesetzt sind und es reicht bis zu umstrittenen Gerichtsurteilen, die auch aus meiner Sicht völlig inakzeptabel sind.“*

Kohl bezeichnete die Bundeswehr als Erfolgsgeschichte, als „eine Armee erster Klasse“ und zählte stichwortartig deren Verdienste auf. Hinsichtlich der Jahrtausendwende sagte er, es gehe nunmehr darum, Deutschland auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vorzubereiten. Dabei ging er auch auf die politischen Vorgaben und Ziele deutscher Außen- und Sicherheitspolitik ein. Oberstes Ziel bleibe die Wahrung und Förderung des Friedens und die Sicherung der Zukunft. Die Bundeswehr spiele dabei eine wichtige Rolle. Dann legte der Kanzler erneut ein Bekenntnis zur Wehrpflicht ab: Diese werde bleiben, *„solange ich Verantwortung in diesem Land habe, egal, was andere Länder in Europa tun“*. Die Wehrpflicht sei *„eine Quelle der ständigen Erneuerung“* für die Streitkräfte und *„eine Klammer von Gesellschaft und Armee“*. Kohl verurteilte die rechts-extremistischen Vorfälle in Hammelburg und Schneeberg, nahm die Bundeswehr aber zugleich vor pauschaler Diffamierung in Schutz.

Am Morgen des 23. Dezembers 1997 traf ein gut gelaunter Kanzler in Begleitung von Minister Rühle im trüb-ebeligen Sarajewo ein, um den Soldaten für ihren Friedenseinsatz zu danken. Es war Kohls erster Besuch bei den SFOR-Soldaten auf dem Balkan, die u.a. vom Panzeraufklärungsbataillon 6 aus Eutin unter Oberstleutnant Jörg Lohmann (* 1955; später Oberst) gestellt wurden. Im Feldlager Rajlovac besichtigte er im Beisein von Brigadegeneral Bernd Müller (* 1945), dem Kommandeur GECONSFOR und zugleich Kommandeur der Luftlandebrigade 31, die verschiedenen Arbeitsbereiche, vom Lazarett über den Sicherungskonvoi bis hin zu den Transporthubschraubern. Kohls direkte Art – er begrüßte alle Soldaten per Handschlag und erkundigte sich auch nach Privatem – kam gut

an. Nur mit seinem Geschenk, einem Schlüsselanhänger mit Bundesadler und eingravierter Unterschrift, lag Kohl daneben. Die Soldaten hätten sich lieber Telefonkarten gewünscht, wie sie US-Präsident Bill Clinton am Vortag den US-Truppen mitgebracht hatte. Doch das zusätzliche Päckchen mit einer Flasche Wein, Süßigkeiten und Kuchen glich den Missgriff wieder aus. Beim Mittagessen erinnerte Kohl an das Motto seines Pfarrers *„Kurze Predigt, lange Würste“* und hielt sich daran. In seiner kurzen Ansprache sagte er, *„wir werden mit der Bundeswehr solange hier in Bosnien-Herzegowina bleiben, wie es notwendig ist.“*

In seiner letzten Sylvesteransprache sagte Bundeskanzler Kohl am 31. Dezember 1997: *„Ich denke an unsere Soldaten und die vielen Helfer, die bis zur Erschöpfung im Oderbruch gearbeitet haben. An die Soldaten, die unter Gefahr für ihr eigenes Leben in Bosnien-Herzegowina mithelfen, den Frieden zu sichern.“*

Am 7. Februar 1998 sprach der Kanzler in München auf der 34. Münchner Sicherheitskonferenz:³⁵ *„Unsere Bundeswehr hat als Wehrpflichtarmee ihren festen Platz im Gefüge unserer Republik. Abschaffung der Wehrpflicht, gesellschaftliche Isolierung der Soldaten oder massive Reduzierung unserer Streitkräfte bis hin zu ihrer gänzlichen Abschaffung sind völlig inakzeptable Forderungen, die von der großen Mehrheit unseres Volkes nicht geteilt werden.“* Zu Recht wies Kohl auf die Erfolge in seiner Amtszeit bei der Truppenreduzierung hin: *„Ich habe zu Beginn meiner Amtszeit ... erklärt: ‚Frieden schaffen mit immer weniger Waffen.‘ ... Auf dem Höhepunkt der Nachrüstungsdebatte hätte auch ich mir nicht träumen lassen, wie weit wir in wenigen Jahren kommen könnten.“* So wurden z. B. die nuklearen Kurz- und Mittelstreckenwaffen in Europa abgebaut, der Nichtverbreitungsvertrag unbefristet verlängert, ein umfassender nuklearer Teststopp vereinbart, und der Vertrag über das Verbot chemischer Waffen trat in Kraft.

³⁵ Von 1999 bis 2008 wurde die Tagung von Kohls ehemaligem außenpolitischen Berater Teltschik geleitet.

Bei der Wahl zum 14. Deutschen Bundestag am 27. September 1998 verlor die christlich-liberale Koalition ihre Mehrheit. Am 12. Oktober stimmte das Kabinett Kohl – in Anwesenheit von Nachfolger Gerhard Schröder und den künftigen Ministern Joschka Fischer und Rudolf Scharping – in einer letzten Amtshandlung den Luftschlägen gegen Rest-Jugoslawien zu.³⁶ Im

*eine der außergewöhnlichsten Stunden meines Lebens, die mich tief bewegt. ... Für mich ist der Große Zapfenstreich ein altes, traditionsreiches Zeremoniell, in dem sich ein Teil deutscher Geschichte widerspiegelt.*³⁹

Für die Serenade hatte Kohl sich drei Stücke gewünscht: Beethovens Ode „An die Freude“, den Choral von Leuthen „Nun danket alle Gott“ und

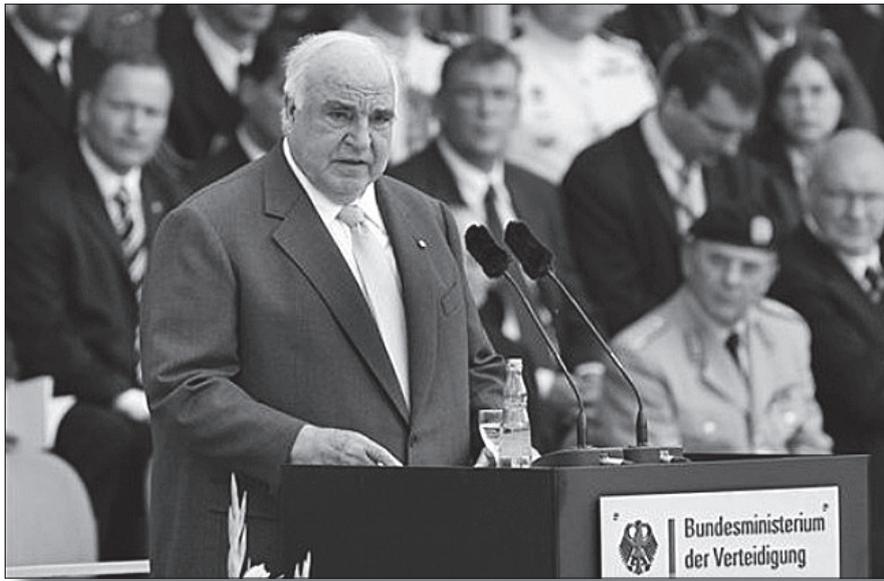


Bild 8: Am 63. Jahrestag des gescheiterten Attentats auf Hitler vom 20. Juli 1944 hält Altkanzler Kohl die Ansprache zum Feierlichen Gelöbnis von 450 Rekruten des Wachbataillons im Innenhof des Bendlerblocks in Berlin.

September 1998 hatte Kohl für ein Eingreifen der NATO plädiert, auch wenn kein VN-Mandat vorläge.³⁷

Am 17. Oktober 1998 verabschiedete die Bundeswehr Bundeskanzler Kohl vor der Kulisse des alten Kaiserdomes zu Speyer mit einem Großen Zapfenstreich. Dazu äußerte Kohl: *„Es war eine schöne Idee von Volker Rühe, mich vor dem Dom zu Speyer von der Bundeswehr zu verabschieden.“*³⁸

Das schwere Pionierbataillon 330 unter Oberstleutnant Ulrich W. Bergmann hatte die Feier vorbereitet. Minister Rühe und Generalinspekteur Bagger begleiteten den Kanzler. Nach dem „Jäger aus Kurpfalz“ meldete der Kommandeur des Wachbataillons, Oberstleutnant Uwe Pomplun, dem Ehrengast. Zeitgleich setzte Regen ein. Während der Rede versagte dem Kanzler kurz die Stimme: *„Es ist*

zuletzt den Reitermarsch des Großen Kurfürsten. Abschiedsstimmung am Ende einer Ära: Schauer fegten über den Platz, löschten einzelne Fackeln und trieben Funken und Blätter über den Asphalt. Ein halbes Jahr später, am 20. April 1999, wurde Kohl auf dem Paradeplatz des Pentagon in Washington vom US-Verteidigungsminister William S. Cohen (* 1940) mit militärischen Ehren verabschiedet.

Auch nach seinem Ausscheiden Ariss Kohls Beziehung zum Militär nicht ab. Als Sohn Peter im Jahre 2001 die türkische Unternehmertochter Elif Sözen heiratete, bat Helmut Kohl – an Stelle von Hochzeitgeschenken – um eine Spende für die Stiftung „Mehmetcik Vakfi“, die kriegsversehrte Soldaten betreut.

Am 15. September 2004 räumte Altkanzler Kohl in einer Rede im Klub am See in Strausberg im Beisein

Kohl, Helmut: a.a.O., S. 26 f.

des brandenburgischen Innenministers Jörg Schönbohm einen „persönlichen Fehler“ bei der Wiedervereinigung ein: Er habe sich nicht genug um die Stellung der NVA-Soldaten gekümmert.

Mit einem Festakt im Beisein von Bundeskanzler a.D. Kohl wurde am 23. November 2006 durch den Bundesminister der Verteidigung Franz Josef Jung und Heeresinspekteur Hans Otto Budde (* 1948; Inspekteur seit März 2004) am Ehrenmal des Deutschen Heeres in Koblenz eine Stele eingeweiht, die an die ums Leben gekommenen Soldaten des Heeres erinnern soll. In seiner Gedenksprache mahnte Kohl – sich selbst zu einer Generation zählend, *„die noch die volle Wucht des Schreckens des Krieges erlebte“* – die kommenden Generationen, *„alles zu tun, dass keine neuen Soldatenfriedhöfe angelegt werden müssen“*.

Am 20. Juli 2007 war Kohl Ehrengast beim Feierlichen Gelöbnis von 450 Rekruten der 2., 4. und 8. Kompanie des Wachbataillons der Bundeswehr unter Oberstleutnant Frank Schuster im Berliner Bendlerblock. Als erster Altkanzler würdigte er in einer bewegenden Rede den militärischen Widerstand um Stauffenberg sowie die Studenten um die Geschwister Scholl und Georg Elser (**Bild 8**). Er sagte, seine Generation sei vom Wunsch angetrieben worden, nach der Erfahrung zweier Weltkriege alle Feindschaften mit den Nachbarländern zu überwinden. Er erklärt den Rekruten, es sei Aufgabe auch ihrer Generation, die politische Union Europas zu vollenden.

„Wenn wir von der Zukunft Europas reden, so ist es vor allem das Europa Ihrer Generation. Es ist Ihr Jahrhundert.“

Literatur:

- Beckh, Dr. Emil, Oberst a.D., Das Reserve-Feldartillerie-Regiment Nr. 6 im Weltkrieg 1914/1918, Band 92 der Erinnerungsblätter deutscher Regimenter Kgl. bayrische Armee Verlag Max Schick, München 21940
- Clough, Patricia, Helmut Kohl. Ein Porträt der Macht, dtv premium, München 1998

36 BT-Drucksache 13/11469.

37 FAZ vom 24.09.1998.

38 Kohl, Helmut: Mein Tagebuch 1998-2000, S. 26.

- Dreher, Klaus, Helmut Kohl. Leben mit Macht, DVA Stuttgart 1998
- Deutsche Einheit, Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, Dokumente zur Deutschlandpolitik Deutsche Einheit, R. Oldenbourg Verlag, München 1998
- Elger, Hans-Otto, Einmalig, Hub-schraubertransportgeschwader 64 1966-1993, Ziese Verlag, Oldenburg 1993
- Geschichte des ehemaligen Königlich bayerischen 12. Feldartillerie-Regiments Standort Landau in der Pfalz, Knorr & Hirth GmbH, München 1935
- Kohl, Helmut, Erinnerungen 1930-1982, Band 1, Droemer Verlag München 2004
- Kohl, Helmut, Erinnerungen 1982-1990, Band 2, Droemer Verlag, München 2005
- Kohl, Helmut, Erinnerungen 1990-1994, Band 3, Droemer Verlag, München 2007
- Kohl, Helmut, Mein Tagebuch 1998-2000, Droemersch Verlag, München 2000
- Kohl, Helmut, Der Kurs der CDU. Reden und Beiträge des Bundesvorsitzenden 1973-1993, hrsg. von Peter Hintze und Gerd Langguth, DVA Stuttgart 1993
- Kollmann, Walter; Loch, Herbert, Das Kgl. Bayer. 5. Feld-Artillerie-Regiment König-Alfons XI. von Spanien, Erinnerungsblätter deutscher Regimenter, Band 45, Verlag Bayerisches Kriegsarchiv, München 1926
- Kujacinski, Dona & Kohl, Peter, Hannelore Kohl. Ihr Leben, Droemer Verlag, München 2002
- Reichardt, Jürgen, Hardthöhe Bonn. Im Strudel einer Affäre, Osning Verlag, Bielefeld Bonn 2008
- Ruhfus, Jürgen, aufwärts, Erlebnis und Erinnerungen eines diplomatischen Zeitzeugen 1955 bis 1992, EOS-Verlag, Sankt Ottilien 2006
- Schmidt, Helmut, Weggefährten, Erinnerungen und Reflexionen, Siedler Verlag, Berlin 1996
- Schmidt, Helmut, Menschen und Mächte, Siedler Verlag, Berlin 1987
- Teltschik, Horst, 329 Tage, Innenansichten der Einigung, Siedler Verlag, Berlin 1991

Besonderer Dank gilt den Herren Oberst a.D. Jürgen Arndt, General a.D. Henning von Ondarza und dem Bilderdienst des Bundespresse- und Informationsamtes (BPA) der Bundesregierung

Bildnachweis:

- BPA (1, 4-18), Privatarchiv OTL a.D. Schick (3), unbekannt (2)

Vor 100 Jahren:

Am Ursprung der Christenheit

Die Dormitio-Kirche in Jerusalem feiert 100-jähriges Bestehen

VON GABI FRÖHLICH (KNA)

Sie gehört fest zum Stadtbild Jerusalems: die markante Silhouette der Dormitio-Kirche auf dem Zionsberg. Gut vorstellbar, wie sich damals 726 Pilger aus Deutschland der Heiligen Stadt näherten und mit vor Rührung erstickter Stimme den Hymnus anstimmten „Ave Sion, du herrlicher Berg“. So geschehen laut Pilgerbericht am 10. April 1910 – dem Tag der feierlichen Weihe der Dormitio. Genau 100 Jahre später wurde mit einem Festgottesdienst an das damalige Ereignis erinnert. Heute wie damals stand der Messfeier der Lateinische Patriarch von Jerusalem vor. Zwischen den Ehrengästen saß Prinzessin Marie-Louise von Preußen, die Urenkelin von Kaiser Wilhelm II. Denn er war es, der zunächst den deutschen Lutheranern und dann den deutschen Katholiken ein geistliches Zentrum in der Heiligen Stadt sicherte.

Der Name Dormitio – lateinisch für „Entschlafen“ – verweist auf die alte Tradition, nach der auf dem Zionsberg die Gottesmutter Maria im Kreis der Jünger Jesu starb. Gleich links daneben liegt jener Ort, an dem die christliche Tradition das letzte Abendmahl Jesu und die Herabkunft des Heiligen Geistes am Pfingsttag verortet. Forscher gehen davon aus, dass hier bereits im ersten nachchristlichen Jahrhundert eine Synagogen-Kirche gestanden haben könnte. Sicher ist, dass der Zionsberg im 5. Jh. von der großen Basilika „Hagia Maria“ überbaut war. In der Folgezeit wurde diese Kirche mehrfach zerstört und wieder aufgebaut. Nach Vertreibung der Franziskaner 1551 errichteten die Osmanen eine Moschee auf dem Gelände, wo sie seit dem 12. Jh. das Grab Davids verehrten.

Diese Moschee war auch der Grund, warum Wilhelm II. 1898 bei seinem Staatsbesuch im damals noch verschlafenen Jerusalem den im Obergeschoss gelegenen Abendmahlssaal nicht für die Katholiken zurückerwerben konnte. Stattdessen „schenkte“ ihm der türkische Sultan das Nachbargrundstück. Der Deutsche Verein vom Heiligen Land musste allerdings 120.000 „goldene Napoleon“ für die Unkosten hinblättern, als der Kaiser den deutschen Katholiken das Gelände „mit wahrer kaiserlicher Huld“ überließ – ein echtes Vermögen. Sicher ist jedoch, dass ohne die geschickte Diplomatie des protestantischen Kaisers die Katholiken keine Aussicht auf den Besitz des privilegierten Orts gehabt hätten. Unter der Regie des Kölner Diözesanbaumeisters Heinrich Renard entstand dort ein Kirchenrundbau samt angrenzenden



Der neoromanische Zentralbau der Kirche „Dormitio Beatae Mariae Virginis“ mit dem schwarzen Kegeldach und dem daneben stehenden hohen Glockenturm auf dem Berg Zion.

An der Stelle des Gebäudes am linken Bildrand gleich unterhalb der Dormitio stand nach christlicher Tradition das oftmals um- und überbaute Haus der Eltern des Evangelisten Markus. Im Erdgeschoss des heute 2-stöckigen Gebäudes ist der Saal der Fußwaschung. In einem hinteren Raum (der Apsis einer Synagogenkirche aus dem 2. Jh. steht das Kenotaph Davids (leeres Grabmal, im 16. Jh. von Moslems hier aufgestellt)). Im Obergeschoss, dem „Obergemach“ der Evangelien, liegt der eindrucksvolle, frühgotische Abendmahlssaal. (Foto: PS)

dem Benediktiner-Kloster. Der freistehende Glockenturm musste soweit zurückgesetzt werden, dass der Schatten nicht auf die benachbarte „Davids-Moschee“ fallen konnte. Nach zehn Jahren Bauzeit konnte die Kirche 1910 in Anwesenheit politischer Prominenz feierlich eingeweiht werden.

Wechselvolle Jahrzehnte folgten für die Mönche aus Beuron, die sich bei der Dormitio ansiedelten. Sie erlebten mehrfache Ausweisung oder Internierung während der beiden Weltkriege und des israelisch-arabischen Kriegs 1948. Im Sechst-

gekrieg 1967 lag die Abtei im Feuer der Kriegsparteien – Erfahrungen, die die Gemeinschaft bis heute prägen. Das Gebet und den Einsatz für Frieden und Versöhnung sehen die Mönche nach wie vor als ihren wichtigsten Auftrag: „Wir sind nur eine winzige Minderheit“, betont Abt Benedikt Lindemann – „aber an exponierter Stelle: Unsere Kirche ist von allen Seiten zu sehen“. Die Gabe werde so zur Aufgabe. Botschafter Harald Kindermann drückt als Vertreter der deutschen Regierung beim Jubiläum seine Wertschätzung für das Anliegen

aus: Juden, Christen und Muslime in der Heiligen Stadt hätten eines gemeinsam, zitiert er einen Rabbiner: „die Sprache des Glaubens“. Während im Nahen Osten politisch darum gerungen werde, „Sprachlosigkeit zu überwinden“, sei diese gemeinsame Sprache ein „kostbarer Schatz“. Ein Ort des Dialogs in dieser Sprache will die Dormitio auch in Zukunft sein. (KNA)

Vor 1.100 Jahren:

Cluny – religiöses Zentrum des Mittelalters – feiert den 1.100 Jahrestag seiner Abteigründung

Ehemalige Benediktinerabtei und Reformkloster gilt als eine „Geburtsstätte der europäischen Idee“¹

Einst war es die gewaltigste Kirche der Welt. Doch von der früheren Größe zeugt im burgundischen Cluny nur noch wenig. Zumeist ragen nur Mauerstümpfe stumm

in den Himmel, wo im 12. Jahrhundert der Glanz Gottes wohnte. Von der größten Kirche der Christenheit – erst der Neubau des römischen Petersdoms im 16. Jahrhundert sollte sie überbieten – blieben lediglich wenige Bauteile und einsame Säulenfundamente.

Und dennoch steht der Name dieser heute eher ländlich-verschlafenen Stadt für eines der einflussreichsten religiösen Zentren des Mittelalters und für wichtige kirchliche Reformen. Vor 1.100 Jahren – im Jahr 910 – wurde das Benediktinerkloster gegründet. Und schon seit dem vorigen Herbst bis

¹ Quelle des 1. Teils: Korrespondentenbericht von Christoph Strack im KNA-Basisdienst vom 13.04.2010)

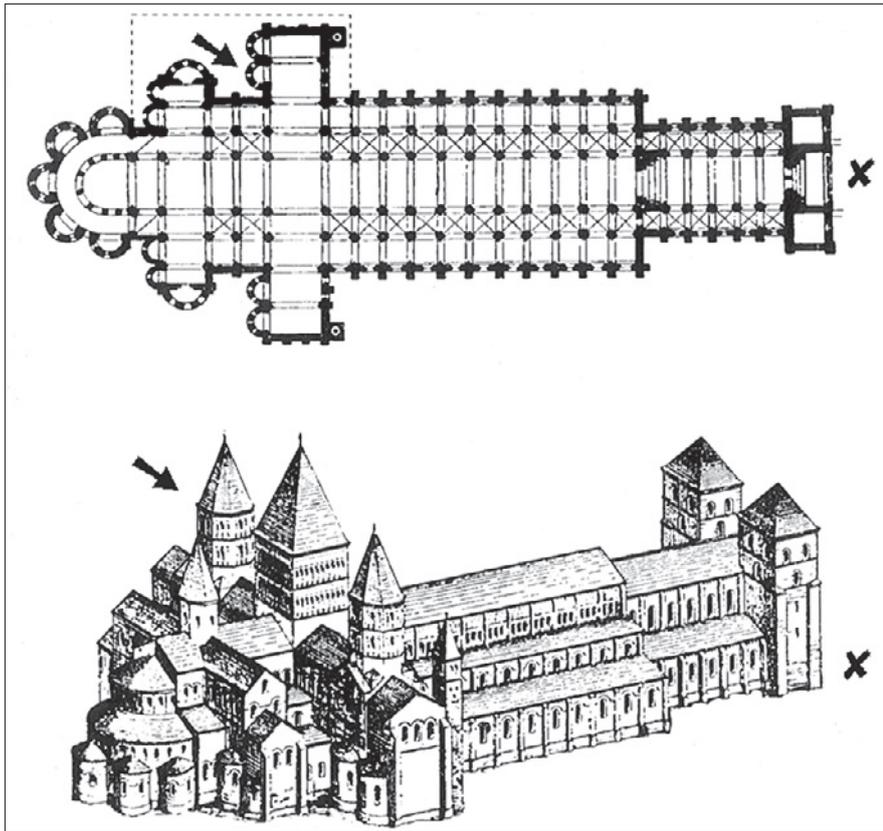


Abb. 1: Die Kirche der ehemaligen Benediktinerabtei Cluny III, 1088-1130. oben: Grundriss, Gesamtlänge des Baus 187,31 m; eingerahmt, der heute noch erhaltene Teil des südl. Querschiffes mit Weihwasserturm. unten: Rekonstruktionsbild: fünfschiffiges Langhaus, doppeltes Querhaus, Chorumgang mit Kapellenkranz, dreischiffige Vorhalle, acht Türme. (X) Standort und Blickrichtung auf dem Foto Seite 59 (↘) südl. Querschiff mit Weihwasserturm

Ende 2010 feiert die Kommune diesen Jahrestag. „Im 10. Jahrhundert war Cluny eine der Geburtsstätten der europäischen Idee“, sagt Bürgermeister Jean-Luc Delpeuch. 1.100 Jahre später könne die Kraft, die von hier ausgegangen sei, Europa auf der Suche nach Einheit wieder inspirieren.

Seinen Ausgang nahm die Benediktinerabtei von Cluny im September 910 mit der Schenkung eines Gutshofs durch Herzog Wilhelm von Aquitanien an Abt Benno von Baume, dem er damit die Gründung eines Reformklosters ermöglichen wollte. Die entstehende Abtei entwickelte sich im Laufe von 200 Jahren zum geistlichen Zentrum der Christenheit. Cluny stand für glanzvolle Zeiten von Architektur und Kunst, für geistliche Impulse, die auf ganz Europa ausstrahlten. Dieser „Hauptstadt eines Klosterreichs“ unterstanden über 10.000 Mönche in mehr als 1.200 Klöstern auf dem gesamten Kontinent.

1088 begann der Bau der gewaltigen Abteikirche (Abb. 1), die heutige Besucher anhand von Computersimulationen immerhin wieder erahnen können. Denn was heute wie der immer noch großartige Vierungsturm einer Kirche wirkt, war tatsächlich nur das südliche Querschiff des gesamten Gotteshauses s. (Abb. 2). In seinen Blütezeiten maß der Bau 187 Meter – das entspricht der Länge von mehr als anderthalb Fußballfeldern. Heute finden sich auf Teilen dieser Fläche Parkplätze oder Wohn- und Geschäftshäuser. Denn ab dem 15. Jahrhundert verblasste der Glanz von Cluny, Ende des 18. Jahrhunderts erlosch er. Die Abteikirche wurde in den Wirren der Französischen Revolution verkauft, über Jahrzehnte diente sie als Steinbruch.

Cluny heute – das ist eine Kleinstadt im Stile französischer Dutzendware: Knapp 5.000 Einwohner, ein Fast-Food-Restaurant, einige Cafés,

das herausragende nationale Gestüt. Dann noch eine postmoderne Fußgängerzone, ohne große Überraschungen – und trotzdem ist das alles irgendwie reizvoll. Vom immer noch gepflegten Bahnhof fährt schon seit Jahrzehnten kein Zug mehr ab. Stattdessen dient die Trasse heute Touristen als Radweg.

Zum Jubiläumsjahr haben Region und Land zudem Geld in die Hand genommen. Die seit den 1980er Jahren laufenden Restaurierungsarbeiten wurden intensiviert, allein 18 Millionen Euro flossen in die Pflege der zum Weltkulturerbe zählenden Abtei. Nebenbei bekam die Kunsthochschule, die sich in ihren Resten befindet, einige bemerkenswert moderne und doch stilvoll eingepasste Gebäude.

Trotz aller Bemühungen kommen Jahr für Jahr nur gut 100.000 Besucher in die Ruine der Abtei. Nicht selten gehören zu den Tagesgästen Gruppen von – vielfach deutschen – Jugendlichen aus dem wenige Kilometer weiter nördlich gelegenen Taizé, das längst zu einer geistlichen Metropole der Moderne geworden ist und damit an alte Wurzeln anknüpft. Auch die Brüder von Taizé sind im Laufe des Jahres mit einem Gebet am Festjahr beteiligt.

Schon im vorigen Sommer gab es eine gemeinsame Esstafel quer durch die Stadt. Nun reihen sich Ausstellungen und Gedenkaktionen in immer dichter werdender Folge aneinander. Ende Juni steht ein sechstägiges „Fest der Erbauer“ an, im September folgen fünf Tage „Ganz Europa in Cluny“. Bürgermeister Delpeuch hofft darauf, dass die Feiern den Bewohnern der Region „neuen Elan“ geben. Denn es gehe eben nicht allein um einen nostalgischen Rückblick.

Die Bedeutung von Cluny?

In seinem lesenswerten, informativen Buch über Burgund widmet Hans Domke unter der Überschrift „Das Imperium der Mönche“ der ehemaligen Benediktinerabtei mehrere Kapitel. Er meint: „Man darf wirklich

2 Quelle Teil 2: Beitrag o. Verf. (vermutlich Heinrich Havermann) aus der Dokumentation „Wallfahrt in Frankreich. Leitungsseminar 1994 des Laienapostolats in der Militärseelsorge“, in: AUFTRG 218/Juli 1995, S. 105-110.

sagen, dass hier, wo der geheiligte Bereich begann, und die Schritte zudringlicher Krämer oder Bettler anhielten, das Herz von Burgund schlug. Für ein Zeitalter lang sogar das Herz des Abendlandes ...“³

Nach dem Untergang des Karolingerreiches hatte sich im 10. Jahrhundert in seinem ehemals ostfränkischen Teil unter den sächsischen Kaisern die Zentralgewalt so festigen können, dass von außen drohende Gefahren abgewehrt werden konnten und eine straffe, Reformen wohl gesinnte Kirchenherrschaft ausgeübt wurde. Die in der karolingischen Epoche sehr veräußerlichte und heruntergekommene Kirche bedurfte nämlich einer Umorientierung.

Heinrich II., der letzte der Sachsenkaiser (1002-1024), zum Beispiel hielt enge Verbindungen zu den verschiedenen Mönchsorden, darunter auch zu den Cluniazensern. Er unterstützte vor allem die strengen Reformbewegungen, zu denen in seinem unmittelbaren Herrschaftsbereich vor allem die Gruppen der Benediktinerklöster gehörten, die sich der asketischen Richtung des lothringischen Klosters von Gorze angeschlossen hatten und mit dieser Abtei eine Gebetsgemeinschaft eingegangen waren, ohne dabei jedoch die eigene Selbstständigkeit bzw. die alten Beziehungen zum Ortsbischof oder Stifter aufzugeben.

In Frankreich, dem Westfranken der Karolinger, waren in den Plünderungen heidnischer Scharen wie der Normannen und Sarazenen, aber auch in den gewalttätigen Machtkämpfen einheimischer Adelliger die politischen Ordnungen wie die klösterlichen Zentren viel nachhaltiger getroffen worden als im ehemals ostfränkischen Reichsteil. Die Adelschicht, die dabei war Macht und Land an sich zu reißen, war zwar roh und ungeistig, aber fromm – zumindest abergläubisch. Die Herren mochten wohl selber nicht beten, legten aber Wert darauf, dass andere für ihr Seelenheil beteten. So dachte gewiss auch Herzog Wilhelm von Aquitanien. Nachdem er die Klöster ringsum geplündert hatte, schenkte er um 910 sein bei Macon im Tal der Grosne gelegenes burgundi-

³ vgl. H. Domke, „Burgund“, 9. Auflage, München 1991, S. 122.



Abb. 2: Reste des ehemaligen Benediktinerkloster St-Pierre-et-St-Paul in Cluny. Blick durch die Reste des Eingangsportals der dritten Kirche auf den 62 m hohen oktogonalen Turm des südl. Querschiffes (Tour de l'Eau Bénite, Weihwasserturm). Nach Gründung im Jahr 910 bestand das Kloster 880 Jahre lang. 1790 wurde die Abtei aufgehoben und acht Jahre später wegen der hohen Unterhaltskosten an ein Abbruchunternehmen verkauft. Bis auf die südlichen Querhäuser wurde die Anlage abgerissen. Erst 1913 begannen Grabungen, denen die heutigen Kenntnisse über Cluny weitgehend zu verdanken sind. (PS)

sches Jagdhaus Cluny den Mönchen. Seinem Seelenheil zuliebe gab er dieses Hauskloster frei und unterstellte es direkt dem Papst. Der war weit weg und zu dieser Zeit ohne großen Einfluss. Von neuem war in einer chaotischen Umwelt eine benediktinische Zone geistlicher Freiheit geschaffen, die zwar von den umliegenden rivalisierenden Adligen und den nicht minder habstüchtigen Ortsbischöfen eifersüchtig beobachtet, aber letztlich nicht angetastet wurde. Dieses Kloster Cluny blieb nicht so selbstgenügsam und weltfern wie es das auf dem Monte Cassino einmal gewesen war;

denn viele Brüder und Neffen der streitbaren adeligen Herren wie der machtbewussten Bischöfe gingen aus Glaubenseifer und voller Tatendrang in dieses Kloster. Sie wollten in seiner Mönchsgemeinschaft den pfingstlichen Urzustand der Kirche wiederfinden, die gegenwärtige Verwirrung überwinden und den endzeitlichen Frieden vorwegnehmen. Einen Wandel konnten sie nicht in ekstatischer Versenkung, sondern nur im Blick auf die leidenden Zeitgenossen bewirken. Hans Domke hält die hier beginnende Reform von Cluny für eine säkulare Größe, die in gewisser Weise bis

heute andauere. Er sagt dazu weiter: „... ‚Mystique‘ nennen die Franzosen solche Erneuerungen gern, die eine Abkehr von der Verflachung des Lebens bewirken und aufs neue in die Tiefe des Daseins loten. Aber das deutsche Wort Verinnerlichung, das unsere Nachbarn jenseits des Rheines so oft missfällt, trifft es weitaus besser. ...“⁴

Der adlige Eifer der Klosterinsassen wandte sich nun nicht, der Regel des hl. Benedikt entsprechend, der groben Handarbeit zu, auch der zielstrebigem Gelehrsamkeit nicht. Selbstverständlich blieben Schweigen, Arbeit und Gebet das benediktinische Ordensgut auch ihre wesentlichen Lebensäußerungen. Doch Cluny brach mit dem Gleichgewicht von Meditation und Arbeit. An Stelle der inbrünstigen, kurzen Anrufung Gottes, die der Abt von Monte Cassino empfohlen hatte, setzte die burgundische Abtei das Ideal einer Epoche, die an die Wirksamkeit langer Gemeinschaftsgebete glaubte und ihnen einen Wert an sich beimaß. Mit der Intensivierung des Chorgebetes, mit der Entfaltung der Liturgie wuchs der Wunsch nach Ausgestaltung des Chorgesangs, dem man seither große Aufmerksamkeit widmete. Das Psalmodieren bekam sein eigenes Gewicht, die Zahl der Gottesdienste vermehrte sich, die Zeremonien wurden reicher.

Von den Cluniazensern sind Sprüche überliefert, die ihre wieder entdeckte Weltabgewandtheit begründen. Zeitkritisch hatte schon ihr zweiter Abt Odo (926-942) mit einem Rückblick auf seine in der Welt den Unfrieden stiftenden Adelsgenossen festgestellt: „Nicht die Natur hat die Adeligen hervorgebracht, sondern die gewaltsame Aneignung der Macht.“⁵ Odilo (994-1049), der fünfte Abt in Cluny, der 1014 an Heinrichs II. Kaiserkrönung in Rom teilnahm schreibt: „Lasst uns dieses trügerische und hinfallige Leben fliehen und zu jenem, das wahr und dauerhaft ist, sehnsüchtig eilen“. In der Musik erkannten die Mönche eine Vorahnung von der himmlischen Seligkeit: „Wie gewaltig und betörend muss die Harmonie im himmlischen Vaterland

sein, wenn die irdische Musik schon so herrlich klingt“.⁶

Im Psalmodieren und Zelebrieren ging für die Mönche der Tag dahin. Keine halbe Stunde verblieb ihnen für ein privates geistliches oder geselliges Gespräch. In ihr Gebet schlossen sie nicht nur die Stifter ein, auch nicht nur alle Lebenden, sondern sogar alle Verstorbenen. So war denn Cluny der Ort, von dem aus sich in der Kirche das Fest Allerseelen durchsetzte. Hilfe für die Umwelt, für Arme und Pilger, leistete die Abtei durch großzügigi-

ebenso frommen wie mächtigen Abtei. Die rasch wachsende Zahl der Mönche zwang zu ihrer Aussendung, keineswegs zur Mission unter den Laien, sondern zur Gründung neuer Töchterklöster. Nach hundert Jahren waren es 65, im Spätmittelalter über 1.000 Klöster, die dem Abt von Cluny unterstanden.

Eine Eigentümlichkeit dieser cluniazensischen Kongregation verlangte, dass die Weihe sämtlicher Professoren, wo immer sie ihr Noviziat ableisteten, in Cluny stattfand. das war



Die Abtei von Cluny im Jubiläumsjahr während der „Gala Arts et Métiers Photographie“ (Foto: Patrick Giraud, aus www.wikipedia.org)

ge Almosen und gastfreie Bewirtung. Seit 981 zogen die Mönche, die nicht missionieren mochten, die Laien in ihre Kirchen und bauten sie größer, als sie für die Mönchsgemeinschaft hätten sein müssen. Laienbrüder sorgten im Kloster selbst für den Unterhalt und nahmen dienend an den Verdiensten der geistlichen Herren teil. Reliquienkult und Heiligenverehrung sprachen die Laien erst recht an und veranlassten sie zu Wallfahrten. Vom klösterlichen Frieden angetan, ließen sich viele Laien dazu bewegen, ihre adligen Fehden im „Gottesfrieden“ einzuschränken. Adliger Wirkungs-wille war es wohl, der die Cluniazenser bald veranlasste, auch verrottete Klöster der Umgebung zu reformieren, und diese unterstellten sich gern der

bei den Umständen des Reisens jener Tage ein kostspieliges und gefährliches Unterfangen. Allerdings erklärt diese Maßnahme vieles, das uns die sonst lockere Verbindung zwischen den Klöstern der Kongregation nicht verstehen lässt. Die Weihe der Mönche gab dem Abt nicht nur die Gelegenheit, sämtliche priesterlichen Angehörigen der Kongregation kennen zulernen und dadurch über den Zustand der Klöster informiert zu werden. Sie schuf auch bei dem Mönch das Bewusstsein, einer über die Ländergrenzen hinweggehenden, weltumfassenden geistigen Macht anzugehören, deren Zentrum – Cluny – in Burgund für sie ein neues Jerusalem oder Rom war. Ein solches Bewusstsein hat gewiss dazu beigetragen, dass Außenstehende dem cluniazensischen Mönchtum eine außerordentliche Bedeutung zuerkannten. Da gab es eine Gemeinschaft überregio-

⁶ vgl. A. Nitschke, „Frühe christliche Reiche“, in: WELTGESCHICHTE, Bd. V, hrsg. von G. Mann und A. Nitschke, Gütersloh 1979, S. 354 f.

⁴ ebd. S. 125.

⁵ ebd. S.159.

nalere Prägung, deren Angehörige nach Gesichtspunkten lebten, die sich dem Einfluss politischer Macht entzogen.

Die Freiheit von weltlicher wie bischöflicher Gewalt versetzte Cluny in die Lage, sich eine eigene geistliche Herrschaft zu schaffen, ein theokratisches „Reich von Cluny“. Erstaunlich lange entzog es sich dem Sog der Verweltlichung, weil es große Äbte besaß, wahre Heilige, aber auch starke Männer mit innerer Freiheit. Sie waren schnell einflussreich geworden und wurden Berater der Mächtigsten, doch nutzten sie ihre Macht nur für den Frieden auf Erden, damit das Reich Christi komme

Die Bedeutung der Abtei von Cluny war vor allem auch eine Folge des energischen Wirkens ihrer Äbte. Aus der Reihe dieser Äbte ragen der vierte, fünfte und sechste hervor. 150 Jahre lang wurde die Entwicklung der Abtei allein von diesen drei Männern gelenkt:

- Majolus (954-994), eine glänzende Erscheinung, ein guter Kanzelredner, gewandt im Umgang mit Fürsten wie Päpsten und als Berater selbst im Kaiserhaus geschätzt;
- Odilo (994-1048), ein fruchtbarer Schriftsteller, Staatsmann und Friedensstifter;
- Hugo (1048-1109) – Stütze der Päpste im Investiturstreit, Pate Kaiser Heinrichs IV. und Vermittler von Canossa, der große Bauherr und Repräsentant der glänzendsten Epoche Clunys.

Der Historiker Gerd Tellenbach schreibt über diese Äbte: „In ihrer Zeit kommt es für die kirchliche Entwicklung darauf an, dass die Ideale strenger christlicher Lebensführung, der Hingabe an den Sakramentendienst, die Achtung vor den kirchlichen Ordnungen, des betenden Einsehens des Christen für seine Mitchristen in weiten Kreisen durchdringen. Und dieses ist es, worin die Cluniazenser vorangingen.“⁷ Hans Domke sieht in der diplomatischen Aktivität der Äbte von Cluny, vor allem in der Vermittlertätigkeit Hugos zwischen Heinrich IV. und Gregor VII.

⁷ zit. bei R. Vocke, „Cluny und Gorze und ihre Reformen“ in: DEUTSCHE GESCHICHTE, Bd. I, Teil 11, hrsg. von H. Pleticha, Gütersloh 1983, S. 80.

kein Tun, das auf eine indifferente Haltung zu den Problemen schließen lassen dürfte. Er meint: „vielmehr offenbart sich hier eine Fertigkeit, die fast alle frühen Äbte Clunys bekunden sollten. Sie haben sich stets viel mehr als Sachwalter ihres geistlichen Amtes gefühlt, statt in die Politik einzugreifen, als es die Geschichtsschreibung in Deutschland verzeichnet. Tatsächlich war es so, dass jede cluniazensisch reformierte Abtei einen Hort des Friedens und der inneren Sauberkeit darstellte, und es bleibt das historische Verdienst der Äbte von Cluny, dem Okzident ein neues Wertbewusstsein geschenkt zu haben...“⁸

Unter dem zweiten der großen Äbte entstand in Europa eine Bewegung, die noch immer lebendig ist: die Wallfahrtsbewegung zum Grab des Apostels Jakob nach Compostela. Ausgerechnet an Abt Odilo richteten die kastilischen Könige einen Hilferuf. Das besondere Anliegen dieses von Gestalt kleinen, aber von seiner Wirkung her großen Mannes wurde dann die Befreiung Spaniens vom Islam. Von 1024 an trieb Cluny die Reorganisation des Klosters von San Juan de la Peña in Aragonien. Bald dehnte Odilo die Reformtätigkeit auf Bitten König Sanchez des Großen, Ferdinand I. und Alphons VI. auf Navarra, Kastilien und Leon aus. Bis ins

⁸ vgl. H. Domke, a.a.O. S.161.

12. Jahrhundert hinein sind die Äbte von Cluny immer wieder persönlich in Spanien gewesen, um Klöster an der Wallfahrtsstraße nach Santiago anzulegen und so die Widerstandskraft der Spanier im Kampf mit einem kulturell hoch überlegenen Gegner zu stärken.

Umgekehrt kamen auch die Spanier nach Cluny. 1095 weihte der Bischof Dalmatius von Compostela in der im Bau befindlichen großen St. Peter und Paul-Kirche den Altar des hl. Jakobus – ein höchst demonstrativer Akt. In Cluny war es, wo Papst Calixtus II. (1119-1124) die erzbischöfliche Würde dem Wiederhersteller der Kathedrale von Compostela, dem Bischof Diego Gelmirez verlieh. Pierre de Roda, Bischof Pamplona, der eine der neuen Kapellen des Chorumgangs der neuen Kathedrale von Santiago de Compostela geweiht hatte, musste nach Cluny kommen, um dort die St. Gabrielskapelle zu weihen. Die Beziehungen über die Pyrenäen hinweg waren rege. Die von den schwarzen Mönchen damals organisierte und betreute Wallfahrtsstraße hat uns eine der schönsten Hinterlassenschaften der romanischen Epoche beschert – die zahlreichen Wallfahrts- und Andachtskirchen, die mit ihren üppig gestalteten Portalen, regelrechten Schauwänden, noch heute einem Pilger die Herrlichkeit Gottes, die Sündhaftigkeit der Welt und den Wert der Überwindung einprägen sollen. □

Kurznachrichten

Großflughafen mit Kapelle

Der neue Großflughafen Berlin Brandenburg International (BBI) erhält nun doch eine christliche Kapelle. Nach anfänglicher Ablehnung entspreche das Flughafen-Management nun dem Wunsch der beiden großen Kirchen, bestätigte der Leiter des Katholischen Büros Berlin-Brandenburg, Tobias Przytarski, am Mittwoch auf Anfrage. Beide Seiten bereiteten nun eine Ausschreibung vor. Die Kapelle soll bis zur Flughafenöffnung Ende 2011 fertig gestellt werden.

Das BBI-Management wollte zunächst nur einen allgemeinen „Raum der Stille“. Es sah dafür 120 Quadratmeter in „exklusiver Lage“ im Terminal auf Ebene 2 vor. Die Kirchen beharrten jedoch auf einer Kapelle. Die vorgesehene Fläche soll nun für einen „Raum der Stille“ und einen unverkennbar christlichen Andachtsraum geteilt werden. Eine ähnliche Lösung gibt es auch im Münchner Flughafen. (KNA)

Kirche unter Soldaten / Personalia:

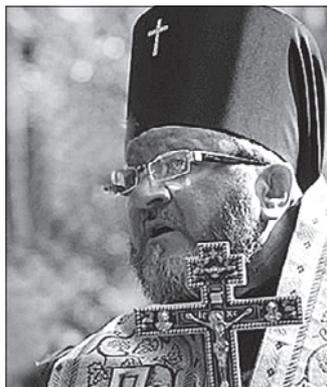
Tragischer Verlust der Polnischen Militärseelsorge

Die Katholische Militärseelsorge in Deutschland zeigt sich tief betroffen von dem Flugzeugabsturz am 10. April in Smolensk, bei der mit dem polnischen Präsidenten Lech Kaczynski zahlreiche führende Persönlichkeiten ums Leben gekommen sind. Unter den Opfern befand sich der 2004 von Papst Johannes Paul II. zum **Katholischen Militärbischof in Polen** ernannte **Generalmajor Prof. Dr. Tadeusz Ploski** (54). Dieser war, seit er im Jahr 1992 nach Warschau zum Feldordinariat delegiert wurde, in besonderer Weise mit der deutschen Militärseelsorge verbunden und durch zahlreiche Besuche auch mit vielen Militärpfarrern vertraut. Ein besonderer Höhepunkt in den guten Beziehungen war die alljährliche Wallfahrt der polnischen Soldaten nach Tschenschow, an der immer auch Soldaten der Bundeswehr teilnahmen.

Zusammen mit dem polnischen Militärbischof fand auch sein Sekretär und Vize-Kanzler der militärbischöflichen Kurie, der **Militärgeistliche Oberstleutnant Jan Kazimierz Osinski**, den Tod.

Weiterhin verstarben bei der Flugzeugkatastrophe der **Erzbischof der Polnisch-Orthodoxen Kirche Miron Chodakowski**, der zugleich das Amt des **orthodoxen Militärbischofs** wahrnahm, und der **Evangelisch-lutherische Militärpfarrer Adam Pilch**.

Polen nahm einen Tag nach dem Begräbnis seines Präsidentenpaares am 19. April Abschied von den beiden Militärbischöfen Tadeusz Ploski und Miron Chodakowski. Verteidigungsminister Bogdan Kilch verlieh beiden Geistlichen bei getrennten Trauerfeiern in Warschau posthum militärische Orden, die er Familienangehörigen übergab. Ploski und Osinski wurden in der Krypta



der Militär-Kathedrale bestattet. Die Totenmesse feierten der Apostolische Nuntius in Polen, Erzbischof Jozef Kowalczyk, der polnische Primas, Erzbischof Henryk Muszynski, sowie die Erzbischöfe Kazimierz Nycz (Warschau) und Slawoj Leszek Glodz (Danzig), der Ploskis Vorgänger als Militärbischof war. Miron's letzte Ruhestätte ist ein orthodoxes Kloster im Nordosten Polens.

(PS nach: KMBA u. Feldordinariat Warschau)

Kurzporträt: Hanna-Renate Laurien

Im April 1996 bei der 36. Woche der Begegnung auf Schloss Hirschberg hatte Hanna-Renate Laurien vor der Bundeskonferenz der GKS einen beachteten Vortrag zum Thema „Gegen die Gleichgültigkeit und Unsicherheit der Christen“ gehalten. Am 12. März starb die gebürtige Danzigerin, engagierte Katholikin und erfolgreiche Politikerin mit 81 Jahren in Berlin. Mit ihr verabschiedet sich auch eine besondere Repräsentantin der Liaison von Glauben und Politik, die für die alte Bundesrepublik charakteristisch gewesen ist. Wegen ihrer Durchsetzungskraft und ihres Auftretens wurde ihr der Spitzname „Hanna-Granate“ zuteil. Sie brauchte keine Frauenquote und keinen katholischen Arbeitskreis, um sich in ihrer Partei der CDU oder in ihrer Kirche Gehör und Einfluss zu verschaffen. Die Hauptstadt war lange auch ihre politische Wirkungsstätte. In der geteilten Stadt war sie Schulsenatorin, zuvor hatte Helmut Kohl (CDU) sie in die Politik geholt. Unter Bernhard Vogel (CDU) wurde sie Ministerin in Rheinland-Pfalz. Ein „krönender Schlussstein“ war 1991 ihre Wahl zur Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses. Regierende Bürgermeisterin ist sie trotz vielfältiger Unterstützung nie geworden.

Die gelernte Lehrerin, die mit 24 Jahren zum Katholizismus konvertierte, lebte unverheiratet und hatte das Gelübde der Ganzhingabe abgelegt. Sie war 36 Jahre lang von 1967 bis 2004 Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Von 1975 bis 1997 leitete sie die Kulturpolitischen Kommissionen des ZdK. Zum Erfolg der Würzburger Synode hat sie als deren Vizepräsidentin maßgeblich beigetragen. (KNA/PS; Foto: F. Brockmeier)

Josef Rommerskirchen, langjähriger CDU-Bundestagsabgeordneter und Mitbegründer des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), ist am 16. März im Alter von 94 Jahren gestorben. Rommerskirchen, der von 1937 bis 1945 als Soldat in der Wehrmacht gedient hatte, zuletzt als Major, wurde im März 1947 unmittelbar nach seiner Entlassung aus französischer Kriegsgefangenschaft zum



ersten Bundesführer des BDKJ gewählt. Dieses Amt hatte er bis 1952 inne. In dieser Funktion setzte sich Rommerskirchen ein für eine engagierte Mitgestaltung beim Aufbau der freiheitlichen Demokratie aus christlichem Geist gerade auch durch die katholische Jugend. Hierzu gehörte auch die Befürwortung der Wiederbewaffnung Deutschlands in den 1950er Jahren unter der Voraussetzung, dass die Verteidigung der Freiheit in europäischer Solidarität zur Wahrung der Menschenrechte und unter Beachtung der Sittlichkeit nach Gottes Gebot zur Pflicht erhoben werde („Elmstein-Erklärung des Deutschen Bundesjugendringes vom 24.04.1952). - Die GKS hat diese Auseinandersetzung um die Legitimation von Streitkräften und des Soldatenberufes, wie sie von katholischen Politikern wie Rommerskirchen u.a. bereits in den 50er Jahren im BDKJ aufgegriffen wurde, bis zum heutigen Tag fortgesetzt. (PS)



Neu belgischer Militärbischof: Andre-Joseph Leonard wurde am 27. Februar in sein Amt als neuer Erzbischof der mit 1,6 Millionen Katholiken größten und der einzigen zweisprachigen Diözese, dem belgischen Hauptstadt-Erzbistum Mechelen-Brüssel, eingeführt und am selben Tag auch zum Militärbischof ernannt. Der 70-Jährige ist in beiden Ämtern Nachfolger von Kardinal Godfried Danneels (76) und hat im April auch dessen Aufgabe als Vorsitzender der Belgischen Bischofskonferenz übernommen. (KNA-ID 13-14)



Königshaus neuer Wehrbeauftragter des Bundestages

Der FDP-Abgeordnete Hellmut Königshaus (59) ist neuer Wehrbeauftragter des Bundestages. Das Parlament wählte am 25. März den gebürtigen Berliner mit 375 von 579 abgegebenen Stimmen zum Nachfolger des Sozialdemokraten Reinhold Robbe (55); erforderlich waren 312 Stimmen. Schon im Vorfeld hatte die SPD-Fraktion signalisiert, dass es auch aus ihren Reihen Unterstützung für Königshaus geben werde. Das Katholische Militärbischofsamt sprach von einer „guten Entscheidung“; der Jurist und frühere Offizier habe ein Ohr für die Anliegen der Militärseelsorge. Der Liberale scheidet mit der jetzigen Wahl aus dem Parlament, dem er seit 2004 angehörte. Königshaus hat sich vor allem als Mitglied mehrerer Untersuchungsausschüsse profiliert. Seit der letzten Bundestagswahl ist er

Obmann der FDP im Verteidigungsausschuss und damit auch Chefaufklärer der Liberalen bei den parlamentarischen Untersuchungen zur Kundus-Affäre. Er ist der elfte Wehrbeauftragte. Noch vor seiner Wahl hatte Königshaus bemängelt, dass die Politik die Soldaten bislang „möglicherweise nicht mit der notwendigen Aufmerksamkeit betrachtet“ habe. Im ZDF-Morgenmagazin bezeichnete er das neue Amt als „Hilfsorgan des Parlaments“; es sei nicht dessen Vormund. „Der Wehrbeauftragte wird das umsetzen und bearbeiten, was die Politik, was das Parlament vorgibt.“ Deshalb könne er auch nicht sagen, ob die Wehrpflicht in seiner Amtszeit abgeschafft werde.

Unter Bezug auf eine Äußerung von Bundespräsident Horst Köhler sprach Königshaus zudem von einem „freundlichen Desinteresse an der Bundeswehr“ in der Gesellschaft. Die Soldaten bräuchten aber das Gefühl, dass sie auch Anerkennung finden. Königshaus ist Oberleutnant der Reserve; sein Vorgänger hatte den Wehrdienst verweigert und war der erste Beauftragte, der Zivildienst geleistet hatte. Vor der Wahl hatte Bundestagspräsident Norbert Lammert Robbe unter dem Applaus des ganzen Hauses für seine Arbeit gedankt. Er habe einen wesentlichen Beitrag zur parlamentarischen Kontrolle der Bundeswehr als Parlamentsarmee geleistet. Robbe sei wichtiger Ansprechpartner für den Bundestag und ganz besonders für die Soldatinnen und Soldaten gewesen.

(PS nach KNA; Foto: wikipedia, common use)

Kurznachrichten

In der Kirche bleiben und den Mund aufmachen

Katholiken sollten nach Überzeugung der TV-Journalistin Maria von Welser (63) trotz der Fälle sexuellen Missbrauchs ihre Kirche nicht verlassen. „Gerade in schwierigen Zeiten sollte man an Bord bleiben“, sagte die Direktorin des NDR-Landesfunkhauses Hamburg am Freitag, den 07.05. auf Anfrage in Hamburg.

Die Missbrauchsfälle seien schrecklich, betonte sie. Aber sie habe kein Verständnis, wenn Menschen jetzt der Kirche den Rücken kehrten. Entweder hätten sie dies schon länger vor und nutzen die Missbrauchsfälle als Vorwand, „oder aber sie sind keine Kämpfer“. Gerade jetzt müsse man dabei bleiben, „den Mund aufmachen“ und klar und deutlich zum Beispiel für den Wegfall des Zölibats und die Zulassung von Frauen zum Priesteramt eintreten. Sie selbst denke nicht im Entferntesten daran, die katholische Kirche zu verlassen. Von Welser trat 2000 vom evangelischen zum katholischen Glauben über. (KNA)

Bereich Süd

Dekanatsarbeitskonferenz I/2010

Die Dekanatsarbeitskonferenz (DAK) I/2010 des Katholischen Militärdekanats München, Dienstaufsichtsbezirk Bayern und Baden-Württemberg, fand vom 26.03. bis 28.03.2010 im Kolping-Familienhotel in Lambach statt. Der Lamer Winkel ist eine Region im nördlichen *Bayerischen Wald* zwischen den Bergen *Hoher Bogen*, *Osser*, *Arber* und *Kaitersberg*; politisch gehört dieses Gebiet zum *Landkreis Cham* und befindet sich im Regierungsbezirk *Oberpfalz*. Dieses ehemals abgeschiedene Tal gehört zu den landschaftlich schönsten im gesamten Bayerischen Wald und wurde in den letzten Jahrzehnten *touristisch* stark erschlossen. Im Lamer Win-



Gemeinsam auf dem Weg von der Palmbuschweihe zur Hauskapelle und dem Gottesdienst. Bei den Zelebranten rechts im Bild Msgr. Reinhold Bartmann, Leitender Katholischer Militärdekan Bereich Süd.

kel liegen die Gemeinden *Lohberg*, *Lam* und *Arrach*, die zusammen eine attraktive *Urlaubsregion* bilden, die sich besonders bei Familien großer Beliebtheit erfreut. MD Msgr Reinhold Bartmann begrüßte alle TeilnehmerInnen und ihre Familien sowie die Kinderbetreuung zur DAK I/2010. Zusammen mit den Delegierten begrüßte er auch alle Mandatsträger und besonders den Referenten Pfarrer Norbert Winner, Neumarkt/Opf.

Pfarrer Winner referierte zum Thema: „Sakramente – Zeichen des Lebens unter der besonderen Berücksichtigung der Initiationssakramente“ (Taufe-Eucharistie-Firmung).

Die Taufe gehört mit der Firmung und der Eucharistie zu den Initiationssakramenten. D.h. durch die Taufe, dem Eingangstor der Kirche, wird der Getaufte in die Gemeinschaft der Kirche aufgenommen, er wird Glied des Leibes Christi. Die Taufe geschieht durch Untertauchen oder durch Übergießen mit Wasser auf den Namen des Vaters, des Sohnes und des Hl. Geistes. Durch die Salbung mit geweihtem Chrisam tragen sie den Namen Jesu Christi = Christen.

Beim Sakrament der Firmung geht es um mehr, als ein äußerliches Fest in die Gemeinschaft der katholischen Kirche. Der Übergang vom Kind zum Erwachsenen spielt in jeder Kultur und Religion eine große Rolle. Daher sollen bei der Vorbereitung zur Firmung Glaube, Hoffnung und Liebe besser erkannt werden, um ein geglücktes Leben als

erwachsene Christen zu ermöglichen. Jugendliche und Erwachsene empfangen bei der Firmung die sieben Gaben des Hl. Geistes, wie die Apostel zu Pfingsten in Jerusalem. In der katholischen Kirche ist sie die Vollendung der Taufe und bildet zusammen mit der Taufe und der Eucharistie die „drei Sakramente der christlichen Initiation. Die Eucharistie lässt sich in Worten weder beschreiben noch erklären. Alle Worte sind „Stückwerk“. Am ehesten nähern sich die Worte „Quelle und Höhepunkt des ganzen christlichen Lebens“ diesem „Geheimnis des Glaubens“.

Pfarrer Winner schilderte dies aus reicher Erfahrung als Seelsorger sehr eindrucksvoll und für die Delegierten auch nachvollziehbar. Er ging auch darauf ein dass es zurzeit in einigen Bistümern eine Debatte gebe um das Alter für die Spendung des jeweiligen Sakraments. Die lebhafteste Diskussion zeigte, dass mit dem Thema das Interesse vieler geweckt wurde. Danach tagen die Pfarrgemeinderäte zu Fragestellungen aus dem Vorstand KR für die 50. Woche der Begegnung und wählen hierzu ihre Delegierten.

Die Delegierten der GKS tagten ebenfalls:

Der Bereichsvorsitzende der GKS Süd, OstFw Peter Strauß eröffnete die Konferenz und begrüßte MD Bartmann und Frau PR'in Reusch. Weiter begrüßte er die GKS Kreisvorsitzenden Freyung und den designierten Nachfolger für den Kreis München, namentlich HptFw Walter Söldner und HptFw Franz-Xaver Kreuzer, die zum ersten Mal an der Bereichskonferenz teilnahmen. Ganz besonders begrüßte er Oberstlt. Christoph Auer, der neben seinen vielfältigen Aufgaben in der GKS den Weg nach Lambach antrat, um in seiner Funktion als Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Neue Ordnung“ den Anwesenden Hintergründe, Zusammenhänge und Abhängigkeiten des hier vorliegenden Entwurfes zu erläutern.

MD Bartmann gab zu verstehen, dass die GKS ein Verband sei, der mit der Militärseelsorge harmoniere. Danach benannte er Frau PR'in. Reusch zum geistlichen Beirat der GKS Süd. MD Bartmann dankte den Tagungsteilnehmern für Ihre Bemühungen um die GKS und Ihr Engagement in der Militärseelsorge, besonders aber bei dem Bereichsvorsitzenden OstFw Strauß für seine durchdachte Arbeit zum Wohle der GKS. Danach erfolgten im Plenum Kurzberichte aus den Diözesanräten und dem Landeskomitee der Katholiken Bayerns. MD Bartmann bat alle Vertreter in diesen Gremien bei den Zusammenkünften aktiv die Anliegen der Soldaten und deren Familien zu vertreten, um so auch in diesen Ausschüssen ein Bewusstsein für die Situation (Sorgen / Nöte) der Soldaten zu wecken.

Der Palmsonntag begann mit der Palmbüschelweihe und der anschließenden Prozession zur Hauskapelle (siehe Bild). Dort wurde der feierliche Gottesdienst, gemeinsam vom Hausgeistlichen mit MD Bartmann und MD Hutter zelebriert.

Am Ende des Gottesdienstes dankte MD Bartmann den Teilnehmern und besonders seinen Mit-Zelebranten. Beim darauf folgenden Empfang sprach er seinen Dank denjenigen aus, die für einen reibungslosen Ablauf dieser DAK gesorgt hatten. Ebenso bedankte sich MD Bartmann bei allen, die sich während dieser Tage „am Rande“ engagiert haben. Dies gilt besonders für die Kinderbetreuung.
(Text: Georg-Peter Schneeberger, Bild: Herbert Krauß)

Bereich West

Dekanatsarbeitskonferenz in Vallendar

Vom 5. bis 7. März 2010 führte das Militärdekanat Mainz seine erste Dekanatsarbeitskonferenz durch. Wie bereits in den vergangenen Jahren, wurde diese im Frühjahr stattfindende Arbeitskonferenz als Familienwochenende gestaltet. Mehr als 30 Vertreter der einzelnen Mitarbeiterkreise, der Pfarrgemeinderäte und der Kreise der Gemeinschaft Katholischer Soldaten aus den zugeordneten Standorten des Militärdekanats Mainz hatten sich, größtenteils mit Familie, in der Bildungsstätte Marienland des Schönstatt Ordens in Vallendar eingefunden.

Wurde der Freitagabend hauptsächlich zum gegenseitigen kennen lernen und wenigen organisatorischen Dingen genutzt, so stand der Samstag im Zeichen der inhaltlichen Arbeit. Neben dem Bericht des Leitenden Militärdekans, Msgr. Rainer Schnettker zur Lage der Militärseelsorge im Militärdekanat Mainz und der Aussprache dazu, standen die Berichte aus dem Katholikenrat und der Bericht des Vorsitzenden West der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, Oberstleutnant Albert Hecht, auf der Agenda. Die Wahl der Delegierten für die Woche der Begegnung rundete das Programm des Vormittags ab.

Ein Highlight erwartete die Teilnehmer am Nachmittag. Mit Schwester Irmgard aus dem Katholischen Militärbischofsamt stand eine Kennerin der Laienarbeit in der Kirche unter Soldaten als Referentin zum Thema „Das Selbstverständnis der Dekanatsarbeitskonferenz – Engagement und Mitarbeit des katholischen Laienapostolates in der Militärseelsorge“ zur Verfügung. Mit ihren Erfahrungen als langjährige Vorsitzende eines zivilen Pfarrge-



Bei den Beratungen v.l.n.r.: MilPfr Stephan van Dongen, MD Msgr Rainer Schnettker, OTL Ralf Richard, Schwester Irmgard, OSF Joachim Lensch, Frau Tanja Limmer

meinderates konnte sie die Zuhörer davon überzeugen, dass es sich lohnt, trotz mancher Niederlage und Enttäuschung in der Militärseelsorge mitzuarbeiten. Angeregt durch diesen Vortrag konnten in der Diskussion zahlreiche Grundsätze für eine gedeihliche Zusammenarbeit zwischen Laien und Hauptamtlichen aufgezeigt werden.

Die in der Diskussion erörterten Grundlagen fanden sich im Grundsatzpapier zum Selbstverständnis der Dekanatsarbeitskonferenz wieder, das einstimmig verabschiedet wurde und als Aufgabenbeschreibung zukünftiger Konferenzen gelten soll.

Nicht nur die Delegierten, auch die Familienangehörigen nutzten den Samstag, um sich inhaltlich mit verschiedenen Themen, entlang des Mottos „Gottes Schöpfung bewahren – damit alle leben können“ zu beschäftigen. So fertigen die Kinder beispielsweise afrikanische Fußbälle aus Papier und Schnur um dabei festzustellen, dass man auch mit einfachen Dingen zufrieden und glücklich sein kann. Auch der abschließende Gottesdienst am Sonntag wurde unter diesem Motto von allen Teilnehmern gestaltet und bildete einen stimmungsvollen Abschluss des Wochenendes.

(Text und Foto: Andreas Quirin)

Militärpfarramt Bonn

Familienwochenende in Lennestadt

Für das Wochenende 16. bis 18. April 2010 hatte das Katholische Militärpfarramt Bonn zu einem Familienwochenende im „Landhotel Klaukenhof“ in Lennestadt-Burbecke eingeladen. Bei gutem Wetter begaben sich 40 Teilnehmer in das Sauerland, um sich dort mit Hilfe der Diplomsozialpädagogin Martina Müller (Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung) mit dem Thema „Eltern – Kind – Beziehungen in berufsbedingten Abwesenheitszeiten“ zu beschäftigen. Die Familien und deren Angehörigen sollten sich auf berufsbedingte Abwesenheiten vorbereiten, denn sehr schnell wurde allen Beteiligten klar, dass die Begriffe Wochenendpendler und Auslandseinsätze nicht nur Schlagworte sind, sondern jeden von ihnen treffen könnten. Im Rahmen der Arbeitseinheiten galt es Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten, um damit innerhalb der Familie als Lebensgemeinschaft umzugehen und die Abwesenheit eines Elternteiles für die Kinder zu erleichtern.

Am Samstagnachmittag ging es mit einem Planwagen durch das Sauerland und bei Kaffee und Kuchen konnte man die am Vormittag erarbeiteten Lösungsansätze vertiefen und diskutieren. Für die Kinder wurde eine Waldbauerngaudi durchgeführt, bei der jeder unter Spaß und Freude, begleitet von viel Sonnenschein, seine Geschicklichkeit unter Beweis stellen konnte. Am Abend wurde gemeinsam eine Eucharistiefeier in der Burbecker Kappelle gefeiert.

Auch der Sonntag ließ keine Wünsche offen. Nach dem Frühstück stand ein Wortgottesdienst an und eine abschließende Arbeitseinheit rundete dieses schöne Wochenende ab. Alle Teilnehmer waren sich einig: Das Landhotel „Klaukenhof“ sowie das interessante Programm haben Appetit auf mehr gemacht.

(Text: Andreas Preuss)

Buchbesprechung:

Kreuzzug gegen das Reich des Mahdi mit einem Vorwort des Übersetzers Georg Brunold

Das 2008 im Eichborn Verlag herausgegebene Buch „Kreuzzug gegen das Reich des Mahdi“ ist eine Neuauflage des 1899 erschienenen, zweiten Buches von Winston Spencer Churchill (*30.11.1874, †24.01.1965, britischer Premierminister von Mai 1940 bis Juli 1945 und von Oktober 1951 bis April 1955), welches den britisch-ägyptischen Feldzug beschreibt, in dem der Sudan unter britische Kontrolle gebracht wurde. Vorgeschaltet ist dem Buch ein Kapitel des Übersetzers und Editors Georg Brunold, der sich der Mühe unterzog, nicht nur die Originalausgabe zu übersetzen sondern auch die später gekürzten und von Churchill selbst autorisierten Fassungen zu vergleichen, um am Ende dem deutschen Leser ein Werk auf dem neuesten Stand zugänglich zu machen. Von den ursprünglich über 30 Karten hat der Editor diejenigen beibehalten, die zum Verständnis unbedingt notwendig sind und um die Schreibweise der beteiligten Einheiten und der Stämme zu vereinheitlichen.

In seinem ausführlichen Vorwort geht Georg Brunold auf die Person des jungen Churchills ein (er war bei Erscheinen der Originalausgabe 23 Jahre alt) und erklärt aus dem Geschehen gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Entstehung des politischen Islam. Diese Tatsache wird von Churchill zwar selbst in der Originalausgabe geschildert aber von der modernen Gesellschaft erst später entdeckt werden.

In seinem Originalbuch, das diese Übersetzung zugrunde liegt, („The River War. A Historical Account of the Reconquest of the Soudan“) beginnt Churchill mit allgemeinen Bemerkungen über die Entstehung dieses Aufstandes unter der Führung des Mah-

di und die militärische Lage am Nil, bevor er die Vorbereitungen und den Feldzug der britischen Armee unter Lord Horatio Kitchener zur Wiederoberung des Sudan schildert. Nach Ende der Schlachtenschilderungen

gegenüber dem geschlagenen Gegner hat ermangeln lassen. Diese Einschätzung teilte der junge Churchill schon in der Originalausgabe seinen Lesern mit, die Zeitgenossen konnten aber dieser Entstehung des politischen Islam nicht die Sprengkraft zuordnen, die jene Bewegung hundert Jahre später bekommen sollte. Ob es daran lag, dass die christliche Welt damals wesentlich geschlossener auftrat und im alltäglichen Leben deutlich präsenter war, als zur heutigen, oberflächlichen Welt? Der junge Churchill schrieb dieses sehr interessant und durch seine politische Bedeutung zeitlose Werk nicht nur, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen, sondern er legte damit auch eine Grundlage für seine später dann einsetzende politische Karriere, in der er der britischen Krone in vielfältigen Positionen diente. Deshalb ist es empfehlenswert, sich mit der Person Winston S. Churchill vor der Lektüre dieses Buches vertraut zu machen. Dabei sollte man sich aber immer bewusst bleiben, dass diese Beschreibung des Feldzuges im Tal des Nils von einem jungen Offizier geschrieben wurde, der alle Beziehungen nutzte, um überhaupt daran teilzunehmen. Fazit: ein interessantes, gut lesbares Buch, das sehr empfehlenswert ist.

(Bertram Bastian)

Winston S. Churchill, Kreuzzug gegen das Reich des Mahdi, ISBN 978-3-4996-1354-8, Eichborn Verlag, 3. Ausgabe 2009



geht der junge Churchill dazu über, aus der Sicht des „zur Wahrheit verpflichteten Historikers“ die positiven aber auch die negativen Seiten des Feldzuges zu schildern. Scharf fällt dazu ins Auge, dass er die Schändung des Grabmals des Mahdi als unverzeihlichen Fehler ansieht (entgegen der Meinung seiner Zeitgenossen), da es der britische Feldherr an Achtung

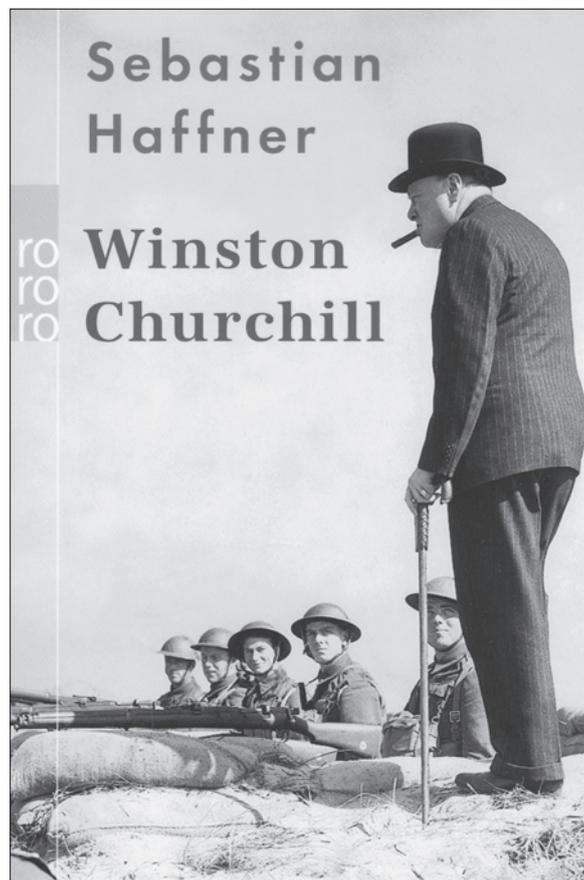
Buchbesprechung:

Winston Churchill

Sebastian Haffner über den bedeutendsten Briten des 20. Jahrhunderts

Winston Spencer Churchill ist den meisten Deutschen als der Mann bekannt, der Adolf Hitler und dem Nationalsozialismus die Stirn geboten hat und ihn besiegte, aber danach sofort von der britischen Bevölkerung abgewählt wurde. Mit Erstaunen nimmt man dann zur Kenntnis, dass dieser Mann schon im ersten Weltkrieg als Marineminister gegen die Deutschen gekämpft hatte. War W. Churchill deshalb ein Deutschenhasser?

Über diesen bedeutendsten Briten des 20. Jahrhunderts (Ergebnis einer Umfrage der britischen Tageszeitungen) schrieb der Sebastian Haffner (renommierter Publizist und Historiker, *27.12.1907 in Berlin, † 02.01.1999 ebd.) in seiner bekannten und lesenswerten Art dieses kleine Büchlein, um diesen Ausnahmepolitiker dem Publikum vorzustellen. Dabei trifft man im Sohn des Lords Churchill auf einen Menschen, der in jungen Jahren schon gegen jede Art der Bevormundung auftrat (sehr zum Leidwesen seiner Lehrer, die damals alle Arten von Sanktionen gegen den jungen Rebellen verhängten), der unter der Art seines Vaters litt, und um sich selbst zu beweisen, die Herausforderungen suchte. Ohne Scheu setzte der junge Churchill die Beziehungen seiner früh verwitweten Mutter ein, um immer an den Brennpunkten des damaligen Empire zu



stehen. Seine Erfahrungen schrieb er nieder, einmal um seinen Lebensunterhalt zu verdienen und zum andern, um sich einem breiten Publikum bekannt zu machen, damit er dann leichter in die Politik steigen konnte. Denn das war sein erklärtes Ziel schon in jungen Jahren. So nahm er als junger Leutnant an den Kriegszügen des Lord Kitcheners teil, um diese danach politisch und militärisch

zu kritisieren. Davon ist auch in dem Buch „Kreuzzug gegen das Reich des Mahdi“ die Rede. Aber Haffner geht weiter, schildert die Laufbahn des Winston Churchill, der ohne Bedenken von dem einen politischen Lager ins andere wechselte, ohne seine Überzeugung, dem Land zu dienen, zu opfern.

Diese kleine Biographie von Churchill hebt sich wohltuend ab von den großen, umfangreichen Werken, die über diesen bedeutenden Staatsmann geschrieben wurden. Leicht und verständlich geschrieben, schildert sie den Premierminister, der in den 50er Jahren wieder Verantwortung für Großbritannien trug, als einen Mann von nebenan, mit seinen Stärken und Schwächen, mit seinen Zielen und auch mit dem Scheitern seiner Ziele. Für das Verständnis für seine jungen Werke ist dieses kleine Büchlein fast eine Voraussetzung. Gerade wenn man danach erkennen muss, wie weitblickend Winston Churchill schon Ende des 19. Jahrhunderts die Entstehung des politisch radikalen Islam geschildert hat.

(Bertram Bastian)

*Sebastian Haffner,
Winston Churchill,
ISBN 978-3-499-61354-8,
Rowohlt Taschenbuch Verlag,
5. Auflage 2008*



Redaktionsschluss für **AUFTRAG 279**
Freitag, 25. Juni 2010



Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen der GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 40 Jahren begleitet.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint viermal im Jahr.

Hrsg.: GKS, Am Weidendamm 2,
10117 Berlin
www.katholische-soldaten.de

Redaktion: verantwortlicher Redakteur
Bertram Bastian (BB),
Paul Schulz (PS), Oberstlt a.D., Redakteur,
Klaus Brandt (bt), Oberstlt a.D., Redakteur

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG
c/o Bertram Bastian,
Alter Heerweg 104, 53123 Bonn,
Tel: 0177-7054965, Fax: 0228-6199164,
E-Mail: redaktion-auftrag@kath-soldaten.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.

Druck: Verlag Haus Altenberg GmbH,
Carl-Mosterts-Platz 1, 40477 Düsseldorf.
Überweisungen und Spenden an:
GKS e.V. Berlin, Pax Bank eG Köln,
BLZ: 370 601 93, Konto-Nr.: 1 017 495 018.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von EUR 10,- an den ausliefernden Verlag.

ISSN 1866-0843